

# Preußische Allgemeine



Nr. 37 · 11. September 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



## Vor dem Sturm

Griechenland und die Türkei streiten sich um die Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen in der Ägäis. Hintergründe zu einem Konflikt, der das Potenzial zu einem Krieg hat **Seite 2**



**Geschichte** Vor 80 Jahren begann die „Kinderlandverschickung“ **Seite 10**



**Religion** Steuergelder für islamische Religionsgemeinschaften **Seite 12**

### AUFGEFALLEN

## Nennt Helge nicht Kermit!

Sage und schreibe 27 Mal beleidigt fühlt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Helge Lindh. Und zwar so schlimm, dass er es jeweils der Staatsanwaltschaft anzeigte.

Doch wer hat sein Ehrgefühl verletzt? Es handelt sich um Leser des Blogs „Die Achse des Guten“. Dass Herr Lindh die „Achse“ nicht sonderlich mag, tat er in seiner Bundestagsrede vom 15. Mai kund. Aufgebracht sprach er von deren „Hysteriewahn“, einer „selbsternannten Dirtyharryfizierung“ und schenkte der deutschen Sprache in seiner Erregung sogar ein neues, wenn auch etwas rätselhaftes Wort: „Japperlammeritis“ betreibe die „Achse“. Diese nahm die eindrucksvolle Ansprache dankend auf und stellte sie online, nicht zuletzt wegen des beträchtlichen Unterhaltungswerts.

Wie üblich, war es den Lesern möglich, via Kommentar ihre Ansichten zu veröffentlichen. Herr Lindh musste erfahren, dass man hier seine Einschätzungen nicht so recht zu teilen vermochte. Äußerungen wie „vom Wickeltisch gefallen“, „astreine ABBA-Karriere“ (Abitur-BAföG-Bundestag-Altersrente) oder etwas schlichter „A...geige“ fielen. Vertreten wurde die These, „Kermit, der Forsch in menschlicher Gestalt“ habe da gesprochen. Auch von „dumpfen Funzeln“, „Bekloppten der Königsklasse“ und der „nach oben offenen Stegnerskala“ war im Zusammenhang mit ihm die Rede.

Das kann sich ein gestandener Sozialdemokrat, der lediglich vor der „Achse“ warnen wollte, nicht bieten lassen. Die Justiz möge ihm Genugtuung verschaffen. *Erik Lommatzsch*

### AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

## Fragen an den Fall Nawalnyj

Der Giftanschlag auf den Dissidenten belastet die deutsch-russischen Beziehungen schwer. Da hilft ein Blick auf die Interessen der Beteiligten

VON RENÉ NEHRING

**C**ui bono? – Wem nützt es?, fragte schon Cicero, als er 80 vor Christus den Angeklagten Amerinus gegen den Vorwurf, seinen Vater ermordet zu haben, verteidigte. Auch wenn das Prinzip nicht immer zum Ziel führt, so bringt die Frage, wem eine Sache zum Vorteil gereicht, seit Alters her Licht in viele dunkle Angelegenheiten. So auch im Falle des russischen Dissidenten Alexej Nawalnyj. Seitdem dieser am 20. August Opfer eines Giftanschlags wurde, hagelt es zwischen Berlin und Moskau gegenseitige Schuldzuweisungen. Seit zudem ein Bundeswehr-Labor herausfand, dass Nawalnyj mit einem Kampfstoff aus der sowjetischen „Nowitschok“-Reihe vergiftet worden ist, fordern deutsche Politiker, den kurz vor dem Abschluss stehenden Bau der europäisch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen.

Gerade dies wirft die Frage auf, ob es tatsächlich die Russen waren, die hinter dem Nawalnyj-Attentat stecken. Erst wenige Tage vor dem Attentat hatten US-Senatoren in einem erpresserischen Schreiben an den Fährhafen Sassnitz versucht, den Fortgang der Arbeiten an der Gaspipeline zu verhindern (siehe PAZ 35/2020).

Wie realistisch ist es also, dass Wladimir Putin – dem im Westen stets ein kaltes Machtkalkül unterstellt wird – unmittelbar vor der Fertigstellung eines für sein Land wichtigen Infrastrukturprojekts einen Anschlag verüben lässt, der bei den Partnern erwartbar die Forderung aufkommen lässt,

eben dieses Projekt zu beenden? Und wie realistisch ist es, dass die Russen den Vergifteten – wenn sie ihn denn töten wollten – erst in Sibirien in ein Krankenhaus bringen und anschließend nach Deutschland ausfliegen lassen, wodurch sich nicht nur die Wahrscheinlichkeit erhöhte, dass dieser überlebt, sondern auch, dass der Einsatz von „Nowitschok“ überhaupt erst nachgewiesen werden konnte?

Interessant ist auch die Frage, wem Nawalnyj bisher geschadet hat. Richtig ist, dass er mit seinen Videos zahlreiche Mächtige in Russland gegen sich aufgebracht hat. Besonders bekannt wurde 2017 ein 50-minütiges Video, in dem der Dissident das Luxusleben des Ministerpräsidenten Medwedew enthüllte und dabei Luftaufnahmen mehrerer Anwesen des Regierungschefs zeigte. Auf ähnliche Weise entblößte er korrupte Politiker und Unternehmer im ganzen Land.

### Wem nützt und schadet Nawalnyj?

Andererseits hat Nawalnyj offenkundig auch mächtige Förderer im Staatsapparat. Sonst hätte er seine Drohnenaufnahmen nicht drehen können. Zum einen braucht er dezidierte Hinweise, wo die Anzuprangernden ihre Luxusdatschen haben, zum anderen kommt man auch in Russland nicht einfach an sie heran, selbst mit einer Drohne nicht. So ist denn auch aufschlussreich, um wen der Oppositionelle mit seinen Enthüllungen bisher einen Bogen gemacht hat: Präsident Wladimir Putin.

Auf all das hinzuweisen heißt nicht, die Russen und ihren Präsidenten frei von

Verantwortung zu sprechen. Allein die Tatsache, dass ein prominenter Staatsbürger auf russischem Gebiet Opfer eines Anschlags mit einem militärischen Kampfstoff werden konnte, sollte bei jedem Verantwortlichen in Moskau die Alarmglocken schrillen lassen. Hinzu kommt die lange Liste von nicht- oder nur halbherzig aufgeklärten Attentaten gegen missliebige Personen in den letzten Jahren.

Gleichwohl sollten die Verantwortlichen in Deutschland gerade in Krisenzeiten nicht vergessen, dass Russland trotz aller Gegensätze auf vielen Gebieten ein verlässlicher Partner war und ist – nicht nur in der Energiewirtschaft. So spielten die Russen 2015 eine konstruktive Rolle, als sie zusammen mit der EU und den USA den „Atom-Deal“ mit dem Iran aushandelten – der später von der amtierenden US-Regierung gekündigt wurde.

Die meisten Deutschen – Politiker wie Bürger – neigen dazu, Außenpolitik mit moralischen Maßstäben zu bewerten. Sie kritisieren nicht nur Russland wegen Putin, sondern auch Polen und Ungarn für deren Weigerung, Migranten aufzunehmen, die Briten für den Brexit, China wegen seiner Großmachtansprüche, die Türken wegen Erdoğan, die Brasilianer wegen des Umgangs mit dem Regenwald, die USA wegen Donald Trump sowie Italien, Spanien und Griechenland, weil diese ihre Finanzen nicht in den Griff bekommen.

Doch wenn wir jedes Mal wichtige Projekte abbrechen wollten, weil uns die Politik unserer Partner nicht passt, stünden wir bald allein in der Welt.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Keine Stadt wird durch die Corona-Pandemie so gebeutelt wie Berlin **Seite 5**

#### Kultur

In einem neuen Dreiteiler feiert die ARD das Münchner Oktoberfest **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das Gebäude der Königsberger Börse wird 145 Jahre alt **Seite 13**

#### Leben

Seebäder in Ostpreußen – vierter und letzter Teil unserer kleinen Rundreise **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Griechisch-türkischer Konflikt** Der Streit um die Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen in der Ägäis führt zu einem Säbelrasseln zwischen beiden NATO-Verbündeten

## Ein Streit um Gas – und Ehre

Obwohl ein Kompromiss im Interesse beider Länder wäre, wird er von keiner Seite angestrebt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 26. August dieses Jahres verkündete der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis unter Berufung auf das Seerechtsübereinkommen der UN (UNCLOS) vom 10. Dezember 1982 eine Erweiterung der Territorialgewässer der Hellenischen Republik von sechs auf zwölf Seemeilen. Vorerst galt die Erklärung zwar nur für die Ionische See zwischen Griechenland und Italien, aber der Grieche signalisierte, dass künftig auch in der Ägäis Ausweitungen der Hoheitszone erfolgen könnten. Dies geschah vor dem Hintergrund des Streites mit der Türkei um vermutete Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer.

Ankara regierte daher überaus heftig. Sowohl Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan als auch sein Vize und sein Außenminister bezeichneten Änderungen des territorialen Status quo in der Ägäis als lupenreinen Kriegsgrund. Daraufhin hagelte es jede Menge Kritik am Verhalten der türkischen Führung, die jedoch nur zum Teil berechtigt ist.

Wenn Griechenland tatsächlich um jede seiner rund 3000 Ägäis-Inseln und -Inselchen, die vielfach in Sichtweite der türkischen Küste liegen, aber bis zu 600 Kilometer vom hellenischen Festland entfernt sind, einen Kreis von zwölf Seemeilen Durchmesser zöge, dann würde das Ägäische Meer zum fast rein griechischen Gewässer mutieren und Ankara besäße keine Chance, die vermuteten Erdgasvorkommen vor seiner Haustür auszubeuten. Zumal Athen gleichermaßen angedeutet hatte, auch noch eine bis zu 200 Seemeilen breite Ausschließliche Wirtschaftszone um die Eilande beanspruchen zu wollen. Bei all dem könnte Griechenland zwar auf das UNCLOS-Abkommen pochen, sich aber dennoch ins Unrecht setzen.

### Kritik nur teilweise berechtigt

Nach Ansicht diverser Seerechtsexperten wie Nele Matz-Lück von der Universität Kiel würden solche formal zulässigen griechischen Maßnahmen die Türkei über Gebühr benachteiligen – und das widerspricht dem Geist der UN-Vereinbarung. Grenzregelungen zur See müssten auch den Prinzipien von Gerechtigkeit und Vernunft folgen. Deshalb sei in der Ver-



Mit militärischem Begleitschutz unterwegs: Das türkische Forschungsschiff „Oruç Reis“ auf der Suche nach Erdgaslagerstätten in sowohl von der Türkei als auch von Griechenland beanspruchtem Seegebiet  
Foto: ddp images

gangenheit bei der Beilegung derartiger Streitigkeiten ebenso auf die Länge der Küstenlinie eines Staates geschaut worden; und man habe kleinere Inseln unberücksichtigt gelassen, damit keine unbilligen Härten für eine Seite entstehen.

Das heißt, die Türkei wäre aufgrund ihrer geografischen Lage eigentlich klug beraten, den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg oder eine andere Schiedsstelle der Vereinten Nationen anzurufen, um einen Kompromiss herbei-

zuführen. Das könnte Erdoğan jedoch als Schwäche ausgelegt werden und innenpolitisch weniger nützen als das permanente Säbelrasseln gegenüber dem Erzfeind Griechenland. Zudem dürfte auch Athen kaum bereit sein, einem Güteverfahren zuzustimmen, da es sich derzeit in der komfortableren juristischen Position wähnt.

Dabei zeigt das Beispiel anderer Staaten, wie solche Problemsituationen zum Vorteil beider Protagonisten gelöst werden können. So haben Russland und Norwegen tragfähige Lösungen bei der gemeinschaftlichen Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen in der Barentssee gefunden. Als Vorbedingung musste Ankara allerdings erst einmal dem UNCLOS-Abkommen beitreten, denn dessen Boykott nützt der Türkei am Ende gar nichts. Schließlich ist sie nach dem Völkergewohnheitsrecht auch als Nichtunterzeichnerstaat verpflichtet, die Ansprüche von Signatarmächten wie eben Griechenland anzuerkennen.

### Kurzporträts



FOTO: IMAGO IMAGES/ANE

Nach dem Amtsantritt des derzeitigen griechischen Ministerpräsidenten **Kyriakos Mitsotakis** eskalierte der Konflikt zwischen Athen und Ankara stufenweise



FOTO: U.S. FEDERAL GOVERNMENT

Für den türkischen Staatspräsidenten **Recep Tayyip Erdoğan** sind die politischen Verantwortlichen in Athen allesamt „geldgierig“ und „inkompetent“



FOTO: PA

Die Völkerrechtlerin **Nele Matz-Lück** kann die türkische Rechtsauffassung im Streit um die Hoheitsrechte in der Ägäis teilweise nachvollziehen

### MILITÄR

## Gefährliches Pulverfass

In dem Konflikt zwischen den beiden Ägäis-Anrainern stehen sich zwei wohlgerüstete Kontrahenten gegenüber

Ungeachtet ihrer immer desolater werdenden Wirtschaftslage rüstet die Republik Türkei derzeit massiv auf – auch mit Hilfe deutscher Lieferungen von Kriegsgeschütz. Allerdings will Ankara nun unabhängiger von Waffenimporten werden und setzt daher zunehmend auf Militärtechnik aus eigener Produktion. Auf der Agenda steht dabei unter anderem die Entwicklung von modernen Kampfflugzeugen, Hubschraubern, Sturmgewehren und Kampfpanzern.

Derzeit verfügt die Türkei bereits über 2419 solcher Panzer sowie etwa 360 Raketenwerfer, 2700 Haubitzen, 200 Flugabwehrsysteme, 800 Hubschrauber aller Art und 400 Kampffjets.

Großes Augenmerk schenkt die Erdoğan-Regierung aber auch den türkischen Seestreitkräften. Zu den bereits vorhandenen 112 Einheiten sollen in den nächsten drei Jahren noch 24 hinzukommen, darunter das fast fertiggestellte große Amphibische Angriffsschiff „Anadolu“ (Anatolien). Das kann bis zu 25 Hubschrauber sowie vier Landungsboote an Bord nehmen und wäre damit hervorragend geeignet, umstrittene kleine Inseln in der Ägäis zu besetzen.

### Türkei 13 Plätze vor Hellas

Bis Ende 2023, also passend zum 100. Jahrestag der Gründung der Republik, dem 29. Oktober des Jahres, will das Land rüstungstechnisch autark sein. Bereits jetzt

kann es selbstentwickelte Waffensysteme wie die recht effektiven Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar TB2 ins Ausland verkaufen. Hauptabnehmer sind momentan Turkmenistan, Pakistan und der Oman. Mittlerweile ist die Türkei schon der vierzehntgrößte Waffenexporteur weltweit. Und bei der Höhe des Rüstungsetats rangierte sie vergangenes Jahr mit umgerechnet 20,8 Milliarden US-Dollar an 15. Stelle.

Griechenland hingegen belegte in dieser Kategorie nur den 28. Platz – die Militärausgaben Athens betragen im Vorjahr 5,73 Milliarden Dollar. Dafür leistet sich die hochverschuldete Republik 230 Kampffjets, 1345 Kampfpanzer, 13 Fregatten sowie

Die Türkei strebt bei der Wehrtechnik Autarkie an. Hellas will für die Verteidigung seine Devisenreserven angreifen

zahlreiche weitere große schwimmende Einheiten und elf U-Boote, die wie die türkischen allesamt deutscher Bauart sind.

Und dabei soll es nicht bleiben. Laut Aussage des griechischen Finanzministers Christos Staikouras vom vorletzten Monat will Athen noch in diesem Jahr Teile seiner Devisenreserven für Verteidigungszwecke aufwenden. Was genau mit dem Geld beschafft werden soll, ließ er indes offen.

Auf jeden Fall besitzen die Kontrahenten Griechenland und Türkei schon jetzt ein beachtliches Arsenal an modernen Waffen. Das verleiht dem Konflikt zwischen den beiden NATO-Mächten zusätzliche Brisanz. W.K.

### VORGESCHICHTE

## Ziemlich beste Feinde

Die tief verwurzelte Feindschaft zwischen Griechen und Türken ist historisch bedingt. Zuerst litten die Griechen unter der teilweise sehr brutalen und nahezu vier Jahrhunderte währenden osmanischen Fremdherrschaft, dann kostete der griechische Unabhängigkeitskrieg von 1821 bis 1829 auch zahlreichen Osmanen das Leben.

1919 startete Griechenland als Siegermacht des Ersten Weltkrieges einen höchst ambitionierten Eroberungsfeldzug zur Annexion von Teilen der Konkursmasse des Osmanischen Reiches einschließlich Istanbul. Der scheiterte allerdings 1922 und führte zur Massakrierung von über 40.000 Griechen in Kleinasien durch türkisches Militär. Für weiteres böses Blut sorgte anschließend der 1923 unterzeichnete Friedensvertrag von Lausanne, der den griechisch-türkischen Krieg beendete. Nun wurden 1,25 Millionen Griechen aus der Türkei und 500.000 Türken aus Griechenland vertrieben.

Im Jahr 1955 eskalierte eine anti-griechische Kundgebung türkischer Nationalisten in Istanbul. Es gab Pogrome gegen Griechen und andere Nichtmuslime. Auslöser des Ganzen war die eifrig von den türkischen Medien verbreitete Falschmeldung, die Griechen hätten einen Bombenschlag auf das Geburtshaus des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk in Thessaloniki verübt.

Und im Sommer 1974 standen die beiden NATO-Mitglieder sogar am Rande eines weiteren heißen Krieges. Mit der Rückendeckung Athens putschte die Nationalgarde Zyperns gegen den Präsidenten des Inselstaates, Erzbischof Makarios III. Daraufhin landeten Truppen Ankaras auf der Insel und initiierten dort nachfolgend die Gründung der Türkischen Republik Nordzypern mit einem guten Drittel des zypriotischen Territoriums. Auch während dieses Konfliktes fanden wieder wechselseitige Massaker und Vertreibungen statt, die im kollektiven Gedächtnis beider Völker haften blieben. W.K.

# Eine Revision der Zeitgeschichte

Neue Forschungsergebnisse zwingen zu einem Perspektivenwechsel bei der Bewertung der sozial-liberalen Entspannungspolitik in den 70er Jahren

VON REINHARD OLT

**W**ir müssen umlernen. Willy Brandt war nicht der „Erfinder“ der Entspannungspolitik

und Egon Bahr, die „rechte Hand“ des ersten von der SPD gestellten Bundeskanzlers, nicht deren zwischen Bonn, Pankow und Moskau pendelnder Wegbereiter. Als solche sind sie uns im bisherigen wissenschaftlichen Schrifttum von Zeithistorikern und Politologen begegnet, als ebensolche werden sie uns bis heute in der Publizistik mehr oder weniger rühmend präsentiert. Doch die künftige Geschichtsschreibung und diejenigen aus der Historikerzunft, die sich dem Ost-West-Verhältnis in Zeiten des „Kalten Krieges“ zwischen 1945 und 1991 widmen, werden von den Ergebnissen eines österreichisch-deutsch-russischen Mammutprojekts zu einem Perspektivenwechsel gezwungen sein. Dasselbe gilt für denjenigen Teil der Medien, der historiographisch gebotene Veränderungen einem interessierten Publikum nahezubringen willens und zudem in der Lage ist, sie angemessen darzustellen, unvoreingenommen einzuordnen sowie zu erklären.

Denn was die bedeutendsten österreichischen Osteuropahistoriker unter Leitung des Grazer Russlandfachmanns Stefan Karner im Zusammenwirken mit deutschen Kollegen und führenden russischen Geschichts- und Archivwissenschaftlern aus zuvor hermetisch versperrten sowjetischen Aktenbeständen herausfilterten, mit einschlägigem deutschem Archivgut in Beziehung setzten und in dem grundlegenden voluminösen Band „Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE“ (Graz/Wien, Leykam-Buchverlag, 2020) auf 800 Seiten festhielten, legt offen, dass die eigentliche Initiative zur Entspannung zwischen den Blöcken von der durch den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew eingeleiteten und forcierten sowjetischen Deutschland- und Westpolitik ausging. Und, sensationell: 100 Archivalien, welche den gesamten Prozess veranschaulichen, sind – über das Monumentalwerk hinaus – im Online-Portal „www.ostpolitik.de“ verfügbar. Darunter in deutscher Übersetzung, was als Besonderheit gelten darf, auch jene russischen Schlüsseldokumente als Faksimiles, welche die zu den neuen Erkenntnissen in der Bewertung der Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik führenden Sachverhalte untermauern.

## Die Rolle von Brandt und Bahr

Brandt als Kanzler der sozial-liberalen Koalitionsregierung und Bahr als sein „Handlungsbevollmächtigter“ im Range eines Staatssekretärs, erweisen sich mit der programmatisch und – man darf es ohne Vorbehalt so nennen – auch innen- und parteipolitisch propagierten „neuen Ostpolitik“ lediglich als „Treibriemen“ für die Veränderung des zwischen Warschauer Pakt und Nordatlantischer Allianz bestehenden, konfliktgeladenen Aggregatzustands der Erstarrung. Sie waren sozusagen die westdeutschen Katalysatoren eines auf östlicher Seite maßgeblich von Breschnew forcierten Prozesses hin zu einem weniger spannungsreichen und allmählich moderateren Verhältnis zwischen Moskau und Washington, was auch für die westlich des Europa teilenden „Eisernen Vorhangs“ gelegenen Länder – und naturgemäß für den westdeutschen Teilstaat sowie für die innerdeutschen Beziehungen – von Vorteil sein sollte.

Keineswegs schmälert die Kategorisierung Brandts und Bahrs als Katalysatoren, nicht aber Initiatoren der Entspannung, ihre



Höhepunkt des Entspannungsprozesses: Im September 1971 besuchte Bundeskanzler Willy Brandt den sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew auf der Krim. Zu diesem Zeitpunkt war der Moskauer Vertrag, in dem beide Seiten den infolge des Krieges entstandenen Status quo anerkannten, bereits unterzeichnet

Foto: pa

Verdienste. Diese dürfen jedoch nicht – was die westdeutsche Zeithistoriker-Zunft insbesondere der „Nach-68er-Generation“ eher dürrig beleuchtete – die, wie die Forscher aus Österreich und Russland nun herausarbeiten, von Moskau durchaus erwünschte Anbahnung eines verbesserten westdeutsch-sowjetischen Verhältnisses seit Adenauers Moskau-Besuch 1955 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verdunkeln.

Insbesondere dürfen Brandts und Bahrs von Washington anfangs skeptisch beäugten Schritte die ostpolitischen Markierungen nicht verdecken, welche der von 1961 bis 1966 im Amt befindliche Außenminister Gerhard Schröder (CDU) bereits unternommen hatte. Wie aus dem Buch hervorgeht, hielten sich die beiden sozialdemokratischen Ostpolitiker denn auch weitgehend an Leitlinien, wie sie seit der Endphase der Kanzlerschaft Adenauers sowie während der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Brandt gewissermaßen vorgegeben waren.

## Moskaus Motive

Als entscheidende Beweggründe für Breschnews Kurswechsel sind ganz überwiegend wirtschaftliche Motive zu nennen. Im Gegensatz zu Nikita Chruschtschow (dem KPdSU-Parteichef von 1953 bis 1964) und der von ihm provozierten Kuba-Krise im Oktober 1962 mit den USA unter John F. Kennedy, vor allem jedoch im Unterschied zu dessen Vorgänger Josef Stalin, denen die von Partei- und Staatsgründer Wladimir Iljitsch Lenin propagierte Weltrevolution vorschwebte und die alles taten, um bei Einsatz des militärisch-industriellen Schwerindustrie-Komplexes der Sowjetunion der marxistisch-leninistischen Weltanschauung den Siegeszug um den Globus zu ermögli-

chen, konzentrierte sich Breschnew auf den gesellschafts- wie innenpolitisch für ihn absoluten Vorrang genießenden Ausbau der Konsumindustrie. Dabei musste er innere (in Politbüro und Zentralkomitee) sowie blockinterne Widerstände (in den „Bruderländern“) überwinden.

Es kam daher nicht von ungefähr, dass just unter Breschnews Ägide als Partei- und Staatschef (1964–1982) die nach ihm benannte Doktrin von der begrenzten Souveränität der Satellitenstaaten oberste Maxime war und sich nicht allein auf die Außen- und Militärpolitik beschränkte, sondern auch weithin auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen erstreckte und dabei besonders Polen und Ungarn sowie die DDR berührte. Insbesondere in Pankow/Ost-Berlin fürchtete die Partei- und Staatsführung – trotz Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch Sowjettruppen 1968 – den von Breschnew eingeschlagenen „Westkurs“, in Sonderheit dessen Offerten an Brandt. Walter Ulbricht, der stalinistisch geprägte Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des DDR-Staatsrats, sah darin die Gefahr einer Schwächung der sozialistischen Staaten, vor allem der DDR – sowie seiner eigenen Position. Und das nicht zu Unrecht, denn bereits 1971, nur ein Jahr nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, wurde er auf maßgebliches Betreiben Moskaus respektive Breschnews durch Erich Honecker ersetzt.

Ironie der Geschichte: 1983, elf Jahre nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR, misstraute wiederum die Moskauer Führung unter Breschnews Nachfolger, dem vormaligen KGB-Chef Juri Andropow, den „deutsch-deutschen Sonderbeziehungen“, welche sich just aus Breschnews Westpolitik sowie dem deutsch-sowjetischen und dem deutsch-deutschen Vertragswerk bis hin zur

Willy Brandt war nicht der „Erfinder“ der Entspannungspolitik und Egon Bahr nicht deren zwischen Bonn, Pankow und Moskau pendelnder Wegbereiter

## Buch-Tipp



Michael Borchart / Stefan Karner / Hanns Jürgen Küsters / Peter Ruggenthaler  
**Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE**  
Leykam Verlag (Graz Wien 2020), 800 Seiten, 44,90 € ISBN 978-3-7011-0447-5 [www.leykamverlag.at](http://www.leykamverlag.at)

KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 überhaupt erst haben ergeben können – und blockierte Honeckers Plan eines Besuchs in der Bundesrepublik. Dieser konnte erst 1987 stattfinden, als in Moskau der Reformler Michail Gorbatschow mit „Glasnost“ und „Perestroika“ das seit Breschnews Sättigungsphase in Erstarrung geratene System letztlich erfolglos zu retten versuchte.

Breschnew war seinerzeit indes nicht nur an einer stärkeren Konsumorientierung interessiert, sondern wollte sich just im kapitalistischen Westen gegenüber dem ideologisch von Moskau abgewichenen maoistischen China und dessen zunehmender Bedrohung (durch Bevölkerungswachstum und militärische Stärke) im zentralasiatischen Raum (sowjetische Teilrepubliken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan) sowie im Fernen Osten (Amur-Ussuri-Grenzkonflikte) sozusagen den Rücken freihalten. Bei moderaterem Gebaren gegenüber dem Westen erstrebte Breschnew mittels Vereinbarungen „zu Vorteil und Nutzen beider Vertragsparteien“ zugleich die Sicherung des infolge des Zweiten Weltkriegs errungenen sowjetischen Vorhofs bis zur Elbe. Wichtige Bausteine dabei waren die De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze – die DDR hatte dies längst getan – sowie der DDR selbst durch die sozial-liberale westdeutsche Bundesregierung.

## Der KSZE-Prozess

Mit dem 1970 von Brandt und Scheel sowie dem sowjetischen Regierungschef Aleksej Kosygin und Außenminister Andrej Gromyko unterzeichneten und alsbald ratifizierten Moskauer Vertrag kam ein Prozess in Gang, der schließlich über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; Helsinki 1975) und sieben Nachfolgekonferenzen zur OSZE (Budapest 1994) führte und als eine Art „institutionalisierte Entspannung“ gelten kann. Der berühmte „Korb 3“ der Beratungsthemen, der den „Austausch von Informationen und Meinungen“ vorsah, den Breschnew und Moskau sowie die Warschauer-Pakt-Vasallen aufgrund ihrer Praxis gelenkter Medien und Kommunikationsmittel für leicht beherrschbar erachteten, sollte letztlich erheblich zur Systemimplosion und Auflösung des Ostblocks beitragen.

Die aus den bis dato verschlossenen Akten, in Sonderheit aus Dokumenten von Breschnews archivalischem Nachlass, gewonnenen neuen Erkenntnisse und deren Publikation wären, das muss abschließend hervorgehoben werden, ohne die Zugänge und Kontakte, die der Grazer Historiker Stefan Karner, Gründer und langjähriger Leiter des „Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung“ (<https://bik.ac.at/>), in Russland eröffnete und kontinuierlich ausbaute, nicht möglich gewesen. Hierin zeigt sich, wie schon seinerzeit beim Zugang zu den Akten der in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen österreichischen Wehrmachtsangehörigen und Zivilinternierten sowie deren gänzlich computerisierter Erfassung sowie Exploration, dass die zieldienlichen Wege just von diesem österreichischen Historiker und seiner Schule eröffnet wurden.

Man fragt sich jedoch auch, warum das seit 2005 in Moskau tätige – und personell sowie materiell nicht eben schlecht ausgestattet – Deutsche Historische Institut in Moskau daran keinerlei Anteil hat.

● Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Olt war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen, österreichischen und ungarischen Hochschulen inne.

## MELDUNGEN

## Strafjustiz ist am Limit

Berlin – Der Deutsche Richterbund (DRB) hat darauf aufmerksam gemacht, dass immer mehr Strafverfahren eingestellt und mutmaßliche Straftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil die Gerichte überlastet sind. Die Zahl der Tatverdächtigen, die vergangenen Jahr aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, weil die Strafverfahren zu lange gedauert haben, beziffert der DRB auf 69. Im Jahr zuvor waren es 65 Fälle gewesen. Insgesamt sind nach den Angaben des DRB in den vergangenen fünf Jahren mehr als 250 Tatverdächtige ohne Urteil entlassen worden, weil die Gerichte gegen das Beschleunigungsgebot für Haftsachen verstoßen hatten. Der Bundesgeschäftsführer des Richterbundes, Sven Rebehn, sagte, diese Zahlen machten sehr deutlich, „dass die Strafjustiz nach wie vor am Limit arbeitet“. Rebehn forderte die Politik auf, die Justiz besser auszustatten. N.H.

## Niederlage für grüne Senatorin

Berlin – Sogenannte Pop-up-Radwege, die in Berlin während des Lock-downs für Fahrradfahrer eingerichtet wurden, sind unzulässig. Das entschied jetzt das Berliner Verwaltungsgericht gegen die grüne Verkehrsministerin Regine Günther. Sie hatte die Corona-Pandemie dazu genutzt, zu Ungunsten des Autoverkehrs auf acht Straßen temporäre Radstreifen anzulegen mit der Begründung, dass der Rad- gegenüber Autoverkehr deutlich zugenommen habe. Laut dem Gericht seien solche Radwege nur dann zulässig, wenn „ganz konkret“ eine Gefahr diese „verkehrsbezogene Erwägungen“ begründe. Der AfD-Abgeordnete in der Berliner Volksvertretung, Frank Scholtyssek, der gegen die neuen Radwege geklagt hat, nannte den noch nicht rechtskräftigen Gerichtsbeschluss, gegen den noch Beschwerde eingelegt werden kann, einen „Sieg der individuellen Mobilität gegen den Autohass“. tws

## Schließung für gut vier Jahre

Berlin – Die 14 Jahre alte Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ soll ab Mitte nächsten Jahres für gut vier Jahre geschlossen werden. Begründet wird die geplante Schließung mit einer Sanierung der Klimaanlage im historischen Zeughaus Unter den Linden. Deren Leitungen und Nischengeräte müssten zu großen Teilen komplett ausgetauscht werden. Zusätzlich zu den Sonderausstellungen im angrenzenden Pei-Bau, die von den Baumaßnahmen unberührt bleiben, will das Museum in dessen Untergeschoss als Trostpflaster eine eigens eingerichtete Ausstellung mit Schlüsselobjekten zur deutschen Geschichte zeigen. Nach den Sanierungsarbeiten soll Ende 2025 eine neue Dauerausstellung eröffnet werden. Inwieweit der Austausch der Dauerausstellung geschichtspolitisch genutzt werden wird, um dem Zeitgeist Rechnung zu tragen, ist noch nicht absehbar. PAZ



Stellen ihren Forderungskatalog auf der Bundespressekonferenz vor: Saraya Gomis, Vorsitzende von Each One Teach One (EOTO), Marta Neüff, Vorsitzende des Polnischen Sozialrates, Farhad Dilmaghani, Vorsitzender von DeutschPlus, Ferda Ataman, Vorsitzende von neue deutsche organisationen, Marianne Balle Moudoumbou, Mitglied des Vertreter\*innenrates der Bundeskonferenz der Migrant\*innenorganisationen und Sprecherin von PAWLO – Pan African Women's empowerment and Liberation Organisation (v.l.)

## „ANTI-RASSISMUS AGENDA 2025“

## Forderungen der Gäste an die Gastgeber

Immigrantennetzwerk stellt Katalog angeblich notwendiger Maßnahmen zur Besserstellung vor

VON PETER ENTINGER

Die Bundeskonferenz der Migrantennetzwerke (BKMO), ein Netzwerk aus 40 Lobbyorganisationen für Einwanderer hat eine „Anti-Rassismus Agenda 2025 – für eine rassismofreie und chancengerechte Einwanderungsgesellschaft“ vorgestellt. Der Maßnahmenkatalog beginnt mit einer Aufzählung von Orten, an denen ausländerfeindliche Gewalttaten stattgefunden haben. Sie soll suggerieren, dass die Bundesrepublik traditionell ein Problem mit strukturellem Rassismus habe. „Die Tatsache, dass es Jahrzehnte gebraucht hat, bis sich die Bundesregierung zu einer intensiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in einem Kabinettsausschuss durchgerungen hat, ist für uns unbegreiflich und unerträglich“, heißt es zur Erklärung. In ihrem Papier fordern die Organisationen ein neues Ministerium für Asyl- und Integrationspolitik sowie eine Bundestagswahlberechtigung für alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben – auch wenn sie keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Aktuell betreffe das 6,5 Millionen Men-

schen. „Das sind mehr als AfD-Wähler 2017 bei der Bundestagswahl“, sagte die Vorsitzende des Polnischen Sozialrats, Marta Neüff, bei der Vorstellung des Papiers. Die Immigranten wollen politischen Einfluss und wenn möglich direkte Teilhabe an der politischen Macht.

Ein sogenannter Partizipationsrat könne, so wie es der Ethikrat bei medizinischen Fragen macht, die Politik beraten, erklärte der Vorsitzende des Vereins „DeutschPlus“, Farhad Dilmaghani: „Dem Ethikrat ist es gelungen, die teilweise vergifteten Debatten bei den Lebenswissenschaften zu versachlichen. Dies ist auch beim Thema Rassismus gefragt.“ Dieses Gremium solle 30 Mitglieder haben, wobei eine knappe Mehrheit von Vertretern aller Immigrantengruppen besetzt werden soll. Die restlichen Plätze sollen dann an Vertreter der öffentlichen Hand, der Wissenschaft sowie von Verbänden und Kirchen gehen. Wiederholt wurden auch die Forderungen nach einer Immigrantquote für den öffentlichen Dienst. Vorgeschlagen wurde auch die gesetzliche Verankerung einer Rassismusdefinition.

Der Zeitpunkt der Vorstellung des Forderungskataloges war wohl geplant.

Denn am vergangenen Mittwoch traf sich auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Die Bundesregierung hatte den Ausschuss nach den angeblich rechtsextrem motivierten Morden in Hanau gegründet. Die Verbände durften ihre Agenda dort präsentieren.

## Geschickte Terminwahl

„Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Indikatoren in der ‚Anti-Rassismus Agenda 2025‘ sehen wir als essenziell an und fordern den Kabinettsausschuss auf, diese zu berücksichtigen. Ohne diese grundlegenden Weichenstellungen kann der Ausschuss seinen Auftrag einer ‚rassis-

musfreien und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft‘ aus unserer Sicht nicht erfolgreich erfüllen. Wir sind entschlossen, diesen Kabinettsausschuss zu nutzen, um eine dauerhafte und nachhaltige Auseinandersetzung mit Rassismus auf den Weg zu bringen“, übten sie sogleich Druck aus. Obwohl viele empirische Studien belegen würden, dass es eine strukturelle Ungleichbehandlung im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt und in weiteren Bereichen gebe, habe Deutschland im europäischen Vergleich eines der schwächsten Gesetze gegen Diskriminierung, monieren die Unterzeichner in einer Erklärung. „Rassismus hat eine erschreckende Kontinuität in Deutschland“, sagte Marianne Ballé Moudoumbou, Sprecherin von PAWLO – Pan African Women's empowerment and Liberation Organisation. Zu viele Menschen hätten bereits durch Rassismus ihr Leben verloren und zu viele Menschen hätten aufgrund von Diskriminierung und Rassismus schlechtere Lebenschancen. Es könne keinen nachhaltigen gesellschaftlichen Zusammenhalt geben ohne eine wirksame und durchgreifende Anti-Rassismus-Agenda, heißt es weiter. Peter Entinger

Eigenes Ministerium,  
„Partizipationsrat“,  
Quote und  
Wahlrecht gehören  
zu den Forderungen

## CORONA

## Nur wenige lebensgefährlich Erkrankte

Die entsprechenden Zahlen finden sich kaum in den Medien, sind aber im Internet frei zugänglich

Seit Monaten vermehren die Medien täglich die aktuellen Corona-Fallzahlen – und manchmal folgen noch ein paar Informationen zur Gesamtzahl der Covid-19-Patienten, die im Krankenhaus weilen. Hingegen werden kaum Angaben über die in Lebensgefahr befindlichen und daher intensivmedizinisch versorgten Personen gemacht. Dabei existiert eine Datenbank, die auch diese Gruppe erfasst. Das ist das DIVI-Intensivregister – aufgebaut von der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), dem Robert-Koch-Institut (RKI) sowie der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Es existiert seit März 2020 und zeigt tagesaktuell an, wie es um die Auslastung der mittlerweile rund 30.000 Intensivbetten mit der Möglichkeit zur künstlichen Beatmung in 1300 Kliniken der Bundesrepublik steht.

## DIVI-Intensivregister

Aus der Datenbank geht hervor, dass momentan viele Intensivbetten belegt sind. Allerdings handelt es sich bei den darin versorgten Patienten in aller Regel nicht um Covid-19-Erkrankte, sondern um Menschen mit anderen schweren Gesundheitsproblemen wie Herz- und Nierenversagen, Schlaganfällen, lebensge-

fährlichen Verletzungen und Blutvergiftungen. Die mit dem Corona-Virus Infizierten machen nur einen ganz winzigen Bruchteil der intensivmedizinisch behandelten aus, wobei außerdem auch noch viele der Covid-19-Patienten ohne invasive Beatmung auskommen.

Jeder, der die Angaben hinsichtlich der belegten Intensivbetten beziehungsweise der wegen einer Corona-Ansteckung auf der Intensivstation Befindlichen kennt, muss daher zu dem Schluss kommen, dass der Anteil der lebensgefährlich Erkrankten an der Gesamtmenge der Träger des SARS-CoV-2-Virus verschwindend gering ist. Politiker und Me-

dien, die etwas anderes suggerieren, schüren völlig unbegründet Angst. Leider ist es aber nicht möglich, konkrete Zahlen aus dem DIVI-Intensivregister zu publizieren, um das ganze Ausmaß der Panikmache offenzulegen. Wer die entsprechende Internetseite [www.intensivregister.de](http://www.intensivregister.de) der DIVI konsultiert, findet dort den Warnhinweis, dass die Datenbank Urheberrechtlich geschützt sei und eine Verletzung der Rechte der Seitenbetreiber juristische Konsequenzen haben könne. Allerdings stets es jedem frei, sich selbst ein Bild zu machen, denn das Register ist seit Anfang April öffentlich zugänglich. Wolfgang Kaufmann

## WIRTSCHAFT

## Wieder arm – und nicht mehr sexy

Keine große deutsche Metropole wird von den Corona-Maßnahmen so hart getroffen wie Berlin

VON NORMAN HANERT

Als Tesla-Gründer Elon Musk Anfang September die Baustelle für sein erstes europäisches Großwerk besuchte, war er voll des Lobes für die Berliner „Gigafactory“. Tatsächlich wird Teslas erstes europäisches Autowerk im Land Brandenburg errichtet. Die Aufmunterung durch den bekennenden Berlin-Fan Musk kann die Hauptstadt allerdings gut gebrauchen.

Derzeit regnen auf Berlin nämlich vor allem Hiobsbotschaften nieder. Wirtschaftlich läuft es seit dem Beginn der Pandemie-Maßnahmen im März sogar noch schlechter als in vielen anderen Gegenden Deutschlands. Die Stadt hängt stark von Tourismus, Dienstleistungen sowie von der sogenannten Kreativ- und Eventbranche ab. Diese Sektoren haben der Millionenmetropole in den vergangenen Jahren zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum verholfen. Seit März sind aber gerade diese Boombranchen besonders stark vom Wegbleiben der vielen Berlin-Besucher betroffen. Gleichzeitig fehlt Berlin, einst die größte Industriestadt des Kontinents, eine breite Basis an verarbeitenden Betrieben.

Insgesamt fällt der wirtschaftliche Absturz in der Hauptstadt so heftig und tiefgreifend aus, dass in der „FAZ“ unlängst sogar schon vom „Ende des Berliner Geschäftsmodells“ die Rede war. Ein Alarmsignal für die Metropole.

## Touristenzahlen stürzen ab

Bislang war vor allem der Tourismus eine Erfolgsgeschichte. Noch im Februar hatten Visit-Berlin-Chef Burkhard Kieker und Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) voller Stolz neue Rekordzahlen für den Hauptstadt-Tourismus präsentiert. 2019 hatten fast 14 Millionen Besucher in Berliner Hotels und Pensionen übernachtet. Die Bilanz von mehr als 34 Millionen Übernachtungen katapultierte die Hauptstadt Deutschlands sogar in die Gruppe der Weltstädte mit mehr als 30 Millionen Übernachtungen pro Jahr.

„Wir spielen in der Liga von New York, Dubai und Singapur“, so Kieker damals. Auch Pop befand: „Berlin bleibt ein Mag-



Bis zu 90 Prozent weniger Auslandstouristen: Leere Stühle einer Berliner Eisdielen

Foto: imago images/Müller-Stauffenberg

net für Menschen aus aller Welt.“ Der sogenannte Corona-Lockdown im März hat diese Entwicklung jäh unterbrochen. Seit Ende Mai sind die Hotels in Berlin zwar wieder für Touristen geöffnet – diese bleiben jedoch weiterhin weg.

Laut Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg kamen im Juni nur noch rund 270.000 Gäste an die Spree. Im Juni des Vorjahres zog es noch mehr als 1,2 Millionen Touristen nach Berlin. Besonders stark eingebrochen sind die Buchungszahlen ausländischer Reisender: Die Zahl der Gäste aus den USA und Asien sank im Vergleich zum Juni des Vorjahres um 90 Prozent.

Einen drastischen Rückgang des Geschäfts meldet auch die Immobilienwirtschaft. Besonders extrem war die Entwicklung bei Büroflächen: Die Branche hat zwischen April und Juni in Berlin nur noch etwas mehr als halb so viele Vermietungsverträge abgeschlossen wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Insgesamt wur-

den in der ersten Jahreshälfte 2020 etwa 80.000 Quadratmeter Bürofläche weniger vermietet als ein Jahr zuvor. Noch ist die Leerstandsrate bei Büros zwar niedrig. Experten sehen durch den Trend zur Heimarbeit auf Berlin aber ein generelles Überangebot an Büroflächen zukommen: „Mittelfristig werden mindestens 30 Prozent der jetzt bestehenden Büroflächen in Berlin verschwinden“, so Sven Wingerter vom Beratungsunternehmen Eurocres.

## Dramatischer Einbruch bei Büros

Für die Stadt könnte diese Entwicklung bedeuten, dass, so Wingerter Schätzung, rund sechs Millionen Quadratmeter Bürofläche nicht mehr gebraucht würden. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln könnte die zunehmende Heimarbeit auch dafür sorgen, dass die Büromieten in Deutschland und Europa dauerhaft niedriger bleiben. Für Berlin sagen die IW-Forscher in diesem Jahr einen dramati-

schon Preisrückgang bei den Büromieten um ein Fünftel voraus.

Dieser Absturz könnte viele Investoren auf dem falschen Fuß erwischen. Gerade Bürobauten rechneten sich für sie bislang am besten. Entsprechend hoch ist das Volumen an hochpreisig kalkulierten Büroflächen, die in Berlin und anderen deutschen Großstädten derzeit noch im Bau sind. Was wird aus den Gebäuden und ihren Investoren, wenn sich später weder Käufer noch Mieter finden?

Obsolet sind möglicherweise auch die bisherigen Prognosen zum Wachsen der Bevölkerungszahl Berlins. Nach neuen Daten des Landesamts für Statistik betrug der Nettozuwachs im ersten Quartal dieses Jahres nur noch 61 Einwohner. Bereits vergangenes Jahr, also vor Corona, hatte sich angedeutet, dass der Zuzug aus dem Ausland nach Berlin nachlässt. Im Gegenzug hält der Weggang deutscher Staatsbürger von Berlin in Richtung Brandenburg weiter an.

## VERKEHRSBERUHIGUNG

## „Das Letzte, was Berlin jetzt braucht“

Politik sperrt Teile der Friedrichstraße für Autos – Wirtschaft und Opposition sind alarmiert

Die Attraktivität der Friedrichstraße im Herzen Berlins soll erhöht werden, so beteuern die Akteure der Grünen, welche die Verantwortung für die Sperrung eines Teils des Straßenzuges tragen. Das sind die Verkehrsministerin Regine Günther, Wirtschaftsministerin Ramona Pop und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Stephan von Dassel.

Beifall erhalten sie vornehmlich von Stefan Lehmkuhler vom „Netzwerk fahrradfreundliche Mitte“: „98 Prozent sind hier durchgefahren. Es war keine Einkaufsstraße, sondern Durchgangsverkehr mitten in der Stadt“, so Lehmkuhler. Er empört sich, dass vor allem Anwohner und Angestellte, die in den umliegenden Büros arbeiten, ihre Autos hier abstellen. Dassel assistiert: „Einkaufsstraßen haben Zukunft, wenn der öffentliche Raum nicht durch den motorisierten Individualver-

kehr dominiert wird.“ Der rbb lässt dagegen Betroffene zu Wort kommen, die sich deutlich von der politischen Entscheidung distanzieren. In einer Reportage mit Geschäftsleuten und Passanten war nicht ein einziges positives Wort zu hören zu der Teilsperre für den Autoverkehr. In einem anderen Beitrag lobte Isabell Steiner, eine Boutiquebesitzerin, hingegen die Sperrung: „Wir sehen viel mehr Passanten auf der Straße, die wie auf einer Strandpromenade flanieren.“

## Lobbyisten sind begeistert

Lehmkuhler ist sich seiner Sache sicher: „Taxis oder Mietwagen passieren unerlaubterweise die Straße. Wenn in ein paar Tagen noch Poller an den Zufahrtsstraßen eingerichtet werden, ist das auch vorbei.“ Auch Roland Stimpel, Sprecher des Fachverbands Fußverkehr Deutschland, ist be-

geistert: „Die Friedrichstraße ist wieder im Gespräch. Das ist doch schon mal gut.“

Bei den Wirtschaftsverbänden herrscht keine Euphorie. Stefan Genth vom Handelsverband Deutschland: „Wir brauchen Mobilitätskonzepte der Zukunft, aber es ist ein Irrtum zu glauben, man könnte einen Teilabschnitt der Friedrichstraße sperren und hätte damit die Lösung. Die unter den Corona-Beschränkungen leidenden Einzelhändler befürchten weitere Einbußen, weil ihre Geschäfte für Autofahrer jetzt schwerer erreichbar sind.“ Till Esser vom Verein „Die Mitte“ vermutet, letztlich sei der Modellversuch zu einem Alleingang der Politik geworden. „Das ist schade, denn das Projekt ist unausgereift.“

Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg, kritisiert: „Statt gemeinsam ein

tragfähiges Konzept zur Stärkung des Handels zu entwickeln, hat die Verkehrsministerin nun einen Radschnellweg durchgesetzt. Gemütliches Bummeln ist so nicht möglich.“

## „Existenzen werden gefährdet“

Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP: „Statt einer florierenden Flaniermeile ist hier eine graue Wüste entstanden – inklusive Radrennstrecke.“ Von der AfD heißt es kurz und bündig: „Braucht kein Mensch: Sperrung der Friedrichstraße.“ Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Oliver Friederici, ist empört: „Nicht abgestimmte Teilsperren bedeutender Einkaufsstraßen sind das Letzte, was Berlin jetzt braucht. Senat und Bezirke gefährden damit in der Friedrichstraße weitere Existenzen und viele Arbeitsplätze.“ Frank Bücker

## KOLUMNE

## Kleines Kalifat Berlin

VON THEO MAASS

Der Berliner Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) ist erneut mit einer merkwürdigen Entscheidung hervorgetreten. Das Berliner Neutralitätsgesetz schreibt vor, dass Pädagogen, Richtern, Staatsanwälten und Polizisten das Tragen religiöser Symbole oder Kleidungsstücke im Dienst untersagt ist. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt urteilte hingegen jüngst, Lehrerinnen dürfe pauschal das Tragen eines Kopftuches nicht verboten werden. Daher muss der Paragraph 2 des Berliner Neutralitätsgesetzes nun verfassungskonform nachgebessert werden. Mit seiner Entscheidung will Behrendt sozusagen „Kraft eigener Wassersuppe“ das ganze Neutralitätsgesetz abschaffen.

Die Opposition aus CDU, AfD und FDP ist empört, aber auch die SPD murren. Der Rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sven Kohlmeier kritisiert: „Und abgemacht war offenbar nicht, dass da Alleingänge seitens der Justizverwaltung gemacht werden.“ Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist hier gefordert. Wird er Behrendt veranlassen, seine Anordnung zurückzunehmen? Wird er ihn im Verweigerungsfall feuern?

Es scheint recht sicher, dass er das ein Jahr vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nicht tun wird. Kohlmeiers Äußerungen sind wohl nur eine Beruhigungsspiel für die Wähler, die sich von der SPD abwenden könnten. Behrendt darf der Berliner SPD – und den Berlinern – weiter auf der Nase herumtanzen und an seinem kleinen Kalifat basteln. Die jüngste Umfrage sagt der SPD in Berlin nur noch den vierten Platz in der Wählergunst voraus. Und da sind noch Sawan Chebli und Kevin Kühnert als Wählervogelscheuche – arme SPD.

Korrektur: Der Autor der Kolumne in der Nr. 36 war nicht Theo Maass sondern Vera Lengsfeld, die hier im wöchentlichen Wechsel mit Theo Maass schreibt. Es war versäumt worden, die Autorenzeile entsprechend zu ändern. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen. Die Redaktion

## MELDUNG

## TU Berlin ehrt „Befreier\*innen“

Berlin – In Anwesenheit von Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (SPD) und des polnischen Botschafters Andrzej Przyłębski haben das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und die Technische Universität am 1. September ein „Denkmal für die Polnischen Befreierinnen und Befreier von Berlin“ eingeweiht. Das Mal am Ernst-Reuter-Platz hat die Form einer drei Meter hohen, in den Boden gerammten militärischen Standarte. Dargestellt werden die Stationen des Vordringens polnischer Truppen in Richtung des Berliner Zentrums am Kriegsende. Zusammen mit der Roten Armee waren rund 180.000 polnische Soldaten an der Eroberung Berlins beteiligt. Initiator der Aktion ist Kamil Majchrzak von der linksradikalen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN). Majchrzak arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Bundestagsabgeordneten Brigitte Freihold (Linkspartei). N.H.

## ● MELDUNGEN

## Mutmaßlicher Spionagefall

Wien – Österreichs Innenminister Karl Nehammer, Integrationsministerin Susanne Raab (beide Österreichische Volkspartei) und der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, haben über einen mutmaßlichen Spionagefall informiert. Demzufolge steht eine Person im Verdacht, im Auftrag türkischer Geheimdienste in Österreich spioniert zu haben. Die mutmaßliche Spionin soll in der Türkei inhaftiert gewesen sein. Um wieder frei zu kommen, soll sie eingewilligt haben, Informationen über Türken zu liefern, die in Österreich leben. Im Zeitraum von 2018 bis 2020 sollen nach Angaben Nehammers insgesamt 35 Personen bei ihrer Einreise aus Österreich in die Türkei verhaftet und dann in der Haft vom türkischen Geheimdienst kontaktiert worden sein, um sie als Informanten zu rekrutieren. Der österreichische Innenminister sprach sich dafür aus, dass sich Europa gemeinsam gegen den Einfluss Ankaras wehrt.

N.H.

## Waffen-Boom in Österreich

Wien – Der Verkauf frei erhältlicher Schusswaffen hat in Österreich seit März um ein Drittel zugelegt. Laut einem Bericht des Deutschlandfunks hat sich der Bestand an Schusswaffen in österreichischen Privathaushalten seitdem um 22.000 vermehrt. Nunmehr besitzen 320.000 Österreicher eine oder mehrere Feuerwaffen. Einen ähnlichen Boom erlebten die Händler zuletzt während der Asylflut 2015, als Hunderttausende Asylsucher durch die Alpenrepublik nach Deutschland zogen, etliche aber auch in Österreich blieben. Danach gelten die Waffenverkaufszahlen als Barometer der Verunsicherung in der Bevölkerung des Neun-Millionen-Landes. Die Waffengesetze sind liberaler als in der Bundesrepublik. Wie ein Händler dem Deutschlandfunk weiter berichtet, stammen die neuen Kunden aus allen Bevölkerungsschichten und sind auch politisch keiner einzelnen Richtung zuzuordnen.

H.H.

## Linke verjagen linken Politiker

Washington – Der Bürgermeister der Stadt Portland im US-Bundesstaat Oregon, Ted Wheeler, will offenbar umziehen, um den linken Gewaltexzessen in seiner Nachbarschaft zu entgehen. Dies berichtet die internationale erscheinende „Epoch Times“. Der Demokrat und entschiedene Trump-Gegner Wheeler hatte lange Verständnis für die Unruhen geäußert, die von der „Black Lives Matter“-Bewegung und der Antifa ausgehen und seit mehr als 100 Tagen in seiner Stadt toben. Ein Angebot von US-Präsident Donald Trump, Bundestruppen zu schicken, um die Gewalt zu beenden, wies Wheeler zurück. Laut US-Quellen hat der Bürgermeister noch nicht bekannt gemacht, wohin er ziehen wolle. Allerdings müsse er innerhalb der Stadt bleiben und seine Adresse auch bekannt geben, um wiedergewählt werden zu können. Laut einem Nachbarn fürchtet der linke Politiker, dass die Gewalttäter ihm zu seiner neuen Anschrift folgen könnten.

H.H.

## BÜRGERKRIEG IN LIBYEN

## Ein gutes Geschäft für Söldner

Im von verfeindeten Milizen belagerten Tripolis herrscht seit Kurzem ein Waffenstillstand. Lange dürfte er nicht andauern. Er verhagelt sonst das Geschäft der aus vielen Ländern angereisten Söldner

VON BODO BOST

Nach zehn Jahren Bürgerkriegen haben in den arabischen Ländern immer mehr Menschen die Nase voll von den Dauerkonflikten, die nicht enden wollen und bei denen kaum jemand weiß, wer gegen wen kämpft. „Geht endlich“, skandierten die Menschen in Libyens Hauptstadt Tripolis auf dem zentralen Märtyrerplatz und forderten ein Ende des Bürgerkrieges, von Korruption und Willkürherrschaft auf allen Seiten. Ähnliche Demonstrationen gibt es auch im Irak.

Obwohl die Demonstranten in Tripolis mit weißen Flaggen durch die Innenstädte zogen, um keine der in Tripolis tonangebenden Milizen zu provozieren, fuhren plötzlich vermummte Uniformierte

mit ihren Pick-up-Autos vor, um die Menge zu zerstreuen. Dennoch zogen weiter kleine Gruppen von Jugendlichen durch die Stadt und erinnerten an den Beginn des Aufstandes gegen Gaddafi 2011.

## Brüchiger Waffenstillstand

Die Hauptstadt Libyens befindet sich unter der Kontrolle der Sarradsch-Regierung, die gerade vor wenigen Monaten erst ihre fast sichere Niederlage gegen die Milizen des Generals Haftar mittels türkischer Hilfe abwenden konnte. Erst vor einigen Tagen hatten beide verfeindeten Milizen erstmals einen Waffenstillstand angekündigt.

Das gewaltsame Vorgehen der regierungsnahen Milizen zeigt aber, wie kompliziert es sein wird, den verkündeten Waffenstillstand umzusetzen. Die vier

großen Hauptstadtmilizen in Tripolis, ebenso wie die von der Türkei aus Syrien eingeflogenen Söldner sowie einige radikale Gruppen werden zwar vom Innen- oder Verteidigungsministerium gut bezahlt, sie handeln aber auf eigenes Kommando und gehorchen oft nur ihrem direkten Vorgesetzten.

Die 18-monatige Belagerung von Tripolis war für die ausländischen Söldner aller Couleur, darunter auch Syrer, Uiguren, Tschetschenen, Sudanesen und Russen, die allesamt gut bezahlt werden, ein lukratives Geschäft. Sie fürchten jetzt den Waffenstillstand oder gar den Frieden, der zu ihrer Entwaffnung und damit Arbeitslosigkeit führen könnte.

Der Krieg auf Sparflamme, wie sie ihn 18 Monate lang geführt haben, war für viele dieser Glücksritter gut und einfach ver-

dientes Geld. Doch die libysche Bevölkerung, die 2011 euphorisch den Sturz Gaddafis gefeiert hatte, sehnt sich nach fast zehn Jahren Bürgerkrieg mit oft wechselnden Fronten nach friedlichen und übersichtlichen Verhältnissen.

Zwar gibt es seit Juni, seit das bereits im Januar vereinbarte Waffenembargo immer mehr kontrolliert wird, kaum noch Kämpfe zwischen den Einheiten der Regierung im Westen des Landes und den Truppen von General Haftar im Osten. Aber jetzt verschlechtern sich die Lebensumstände auch infolge der Corona-Pandemie in vielen libyschen Städten merklich. Seit August haben sich die Corona-Zahlen verdoppelt. Zusätzlich fallen immer häufiger der Strom und, was in den Sommermonaten sehr schlimm war, das Wasser aus. So etwas hatte es in Tripolis in den vergangenen Kriegsjahren kaum gegeben. Der Wert des Dinars sank in einem Monat um ein Drittel. Auch deshalb spucken die Geldautomaten nicht mehr als umgerechnet 50 Euro aus.

## Milizen fürchten den Frieden

Libyen hatte eigentlich mit dem Krieg auf Sparflamme der vergangenen Jahre ganz gut gelebt. Dafür hatten auch die lukrativen Geschäfte mit dem Menschen-smuggel in die EU gesorgt, welche die fehlenden Öleinnahmen teilweise kompensieren konnten. Aber infolge von Corona hat sich das Schleusergeschäft jetzt immer mehr nach Tunesien verlagert.

Zur Kriegsmüdigkeit hat auch die immer größere Zahl von Söldnern in den Reihen der kämpfenden Truppen beigetragen. Waren es zu Gaddafis Zeiten vorwiegend Schwarzafrikaner, die in Libyen gekämpft haben, so sind es jetzt Soldaten der ehemaligen Kolonialmacht Türkei, die auf Einladung von Sarradsch nach Libyen zurückgekommen sind, oder auch Söldnertruppen aus Russland, der dortigen Wagner-Armee auf Seiten Haftars, die für eine Fortsetzung der Kriegsfronten sorgen, von der die Libyer selbst immer weniger halten. Die Milizen haben jetzt allerdings erst einmal das Ziel, dass auf den Waffenstillstand nicht irgendwann einmal Friedensverhandlungen folgen.



Will so schnell nicht die Waffen strecken: Kämpfer beim Häuserkampf in Tripolis

Foto: action press

## REGIONALWAHLEN IN ITALIEN

## Belastungstest für Rom

Italiener wählen sieben Regionalparlamente – Ergebnisse könnten die Koalition der Staatsregierung spalten

Die politische Instabilität, die eine der chronischen Krankheiten Italiens ist, könnte bald um eine Episode reicher werden. Die Regierung in Rom hat für den 20. und 21. September einen großen Wahltag angesetzt, bei dem sich ein Durchmarsch der rechten Oppositionsparteien ankündigt. Zudem wachsen auch die Spannungen zwischen der Partito Democratico und der Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle, M5S). Beide bilden zusammen mit zwei Kleinparteien die derzeitige Regierung.

Für den 20. und 21. September stehen in sieben Regionen, darunter in Venetien, Ligurien und in Kampanien, Regionalwahlen an, bei denen auch die Präsidenten der Regionen gewählt werden. Die rechten Parteien Lega, Forza Italia und Fratelli d'Italia haben für diese Wahl Bündnisse geschlossen und treten mit gemeinsamen Kandidaten an. Ein ähnliches Unterfangen, Wahlbündnisse auf der Pro-

vinzebene zu bilden, ist im Regierungslager jedoch an Vito Crimi, dem Interimschef der M5S gescheitert.

Als Folge treten Partito Democratico, M5S und Matteo Renzi's Italia Viva bei den Regionalwahlen jeweils mit eigenen Kandidaten an, die sich gegenseitig schwächen. Lediglich in der Region Kampanien mit der Hauptstadt Neapel sehen Beobachter für die Partito Democratico noch Chancen, weiterhin zu regieren.

## Verkleinerung des Parlaments

In den anderen Regionen, darunter sogar in der „roten Toskana“, deuten sich für das Regierungslager Niederlagen an. Die Wahltag am 20. und 21. September bergen noch weiteres Potenzial, bei der Partito Democratico den Unmut über die Fünf-Sterne-Bewegung als schwierigen Koalitionspartner wachsen zu lassen.

Landesweit sind die Italiener dann nämlich auch aufgefordert, über eine Ver-

kleinerung des Parlaments abzustimmen. Laut dem Plan soll bei der nächsten Parlamentswahl die Zahl der Kammerabgeordneten von bisher 630 auf 400 sinken. Die Zahl der Senatoren soll von derzeit 315 auf künftig 200 schrumpfen. Der entsprechende Entwurf war im Parlament noch beschlossen worden, als das M5S mit der Lega die Regierung stellte.

Nach dem Bruch der Koalition war die Umsetzung der Parlamentsreform eine Bedingung der Fünf-Sterne-Bewegung an die Partito Democratico bei den Koalitionsverhandlungen. Inzwischen steht aber nur noch die Fünf-Sterne-Bewegung ohne Vorbehalte hinter dem Projekt.

In der Bevölkerung gilt aktuell eine Mehrheit für die Verkleinerung des Parlaments als wahrscheinlich. Sollte bei dem Referendum ein Nein das Ergebnis sein, sagen Beobachter voraus, dass die Fünf-Sterne-Bewegung die Regierung von Giuseppe Conte verlässt. Der parteilose Con-

te erzielt derzeit traumhafte Umfrageergebnisse, die allerdings nicht auf die Parteien der Regierungskoalition abfärben. Ihre Zustimmungswerte stagnieren.

## Regierung entzweit wegen ESM

Conte hat auf dem EU-Gipfel am 21. Juli durchgesetzt, dass aus dem sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds der EU allein 209 Milliarden Euro nach Italien fließen werden. Der Haken dabei ist, dass diese Gelder frühestens Anfang 2021 zur Verfügung stehen. Wesentlich schneller könnte Italien Milliarden aus dem Euro-Rettungsfonds ESM abrufen.

Allerdings ist auch hier die italienische Regierung gespalten. Abermals legen sich Politiker der EU-kritischen Fünf-Sterne-Bewegung quer, die vor einer Stigmatisierung des Landes und vor Auflagen der EU warnen, wenn Italien auf das Darlehen des Europäischen Stabilitätsmechanismus zurückgreift.

Norman Hanert

VON NORMAN HANERT

Nach unbefriedigenden Antworten der Bundesregierung zum Wirecard-Skandal haben sich FDP, Linkspartei und Grüne auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geeinigt, um Licht in den vermutlich größten Wirtschaftsbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik zu bringen. Ein Jahr vor der Bundestagswahl kann sich diese Untersuchung zum Sprengsatz für die schwarzrote Koalition entwickeln.

Aus Sicht von Union und SPD kommt die Etablierung des Wirecard-Ausschusses in der Schlussphase der Koalition besonders ungünstig. Im Parlamentsbetrieb gelten Untersuchungsausschüsse ohnehin als schärfstes Schwert der Opposition. Den Koalitionären droht obendrein, dass AfD, FDP, Grüne und Linkspartei die Affäre um den insolventen Zahlungsdienstleister als willkommene politische Munition im Bundestagswahlkampf verwenden. Dabei droht nicht nur dem SPD-Hoffnungsträger Olaf Scholz, dass er als Finanz- und Wirtschaftsexperte der Sozialdemokraten entzaubert und demonstriert wird.

Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder wird sich noch ein weiterer potenzieller Kanzlerkandidat darauf einstellen müssen, eine Zeugenladung zum Ausschuss zu erhalten. Der im Münchener Vorort Aschheim ansässige Wirecard-Konzern hatte im Juni 2020 zunächst mutmaßliche Luftbuchungen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro zugegeben. Wenig später meldete das Unternehmen Insolvenz an. Mittlerweile flog Wirecard auch aus dem Deutschen Aktienindex, in dem es von 2018 an gelistet war.

Naheliegender ist damit, dass sich der Untersuchungsausschuss mit der Frage beschäftigen wird, welche Erkenntnisse die Behörden im Freistaat Bayern über die in dem Bundesland beheimatete Pleite-Firma hatten. Ein ganz zentraler Punkt der Untersuchung wird die Frage sein, ob die unter Aufsicht von Bundesfinanzminister Olaf Scholz stehende Finanzaufsicht BaFin bei der Kontrolle über Wirecard versagt hat.

#### Viele Wirecard-Lobbyisten

Was auf den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten mit dem Untersuchungsausschuss zukommen könnte, macht die Kritik des FDP-Abgeordneten Florian Toncar deutlich: „Scholz hat nach der Insolvenz von Wirecard gesagt, sein Ministerium habe keine Fehler gemacht. Das stellt sich bereits jetzt anders dar. Der Finanzminister könnte mit einer geschönten Darstellung ein Problem mit seiner Glaubwürdigkeit bekommen. Zumindest stellen sich Fragen nach seiner Fähigkeit als Manager.“



Dunkle Machenschaften: Das betrügerische Finanzgebaren von Wirecard kann für die Bundesregierung zur Falle werden

#### WIRECARD-SKANDAL

## Ein potenzieller Sprengsatz für die Koalition

Der Untersuchungsausschuss zum größten Wirtschaftsbetrug in der Bundesrepublik kann für Merkel, Scholz und Co. gefährlich werden

Auch Unionspolitiker werden sich auf unangenehme Fragen einstellen müssen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die Wirecard jahrelang prüften, fallen beispielsweise in den Zuständigkeitsbereich von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. SPD-Politiker versuchen tatsächlich auch schon, den CDU-Kollegen stärker ins Blickfeld zu rücken: „Ich erwarte von Peter Altmaier, dass er sich endlich an der Aufklärung beteiligt und dass er Maßnahmen ergreift, um die Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer funktionsfähig zu machen“, so der Vize-Chef der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol.

Als Zeugen geladen werden mit Sicherheit auch der frühere Wirtschafts- und Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) und der ehemalige Geheimdienstkoordinator Klaus-Dieter Fritsche.

Ihre Befragung könnte einen besonders heiklen Punkt berühren: Im Raum steht der Verdacht, dass Akteure wie eben

zu Guttenberg ihre guten Kontakte ins Kanzleramt und in Ministerien genutzt haben, um für Wirecard Lobbyismus zu betreiben. Bereits bekannt ist etwa, dass sich das Bundesfinanzministerium im Juni vergangenen Jahres an chinesische Ansprechpartner gewandt hat, um sie über das Interesse von Wirecard am Eintritt in den chinesischen Markt zu informieren.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel setzte sich bei einem China-Besuch im Herbst 2019 für den Zahlungsdienstleister ein. Politisch brisant ist der Einsatz von Merkel und Scholz, weil die BaFin offenbar bereits vor anderthalb Jahren einen Manipulationsverdacht gegen Wirecard geäußert hatte.

#### Ende durch vorzeitige Neuwahlen?

Laut Sachstandsbericht des Finanzministeriums wurde Scholz bereits am 19. Februar 2019 darüber unterrichtet, dass die BaFin „wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Verbot der Marktma-

nipulation“ untersucht. Laut Angaben des Bundesfinanzministeriums ist auch das Kanzleramt im August 2019 „auf Arbeitsebene“ auf Vorwürfe gegen Wirecard hingewiesen worden. Scholz und Merkel werden sich damit der Frage stellen müssen, warum sie sich trotz solcher Hinweise für Wirecard in China verwendet haben.

Die zahlreichen Vorwürfe, die im Raum stehen, könnten bei einigen Politikern von SPD und Union die Versuchung wachsen lassen, eine politische „Notbremse“ zu ziehen. Ein Ansatzpunkt hierfür wäre das gezielte Platzenlassen der Großen Koalition, um vorzeitige Neuwahlen herbeizuführen. Das Parlamentsrecht sieht vor, dass der Auftrag des Untersuchungsausschusses automatisch mit der Legislaturperiode endet.

Um die Aufklärung der Wirecard-Vorgänge fortzusetzen, müsste ein neugewählter Bundestag erst wieder die Einrichtung eines neuen Untersuchungsausschusses beschließen.

#### WARENVERKEHR

## Paketzustellung durch selbstfliegende Drohnen

In den Vereinigten Staaten läuft demnächst ein neues Projekt von Amazon an

Es könnte die Paketzustellung in Zukunft revolutionieren, den Straßenverkehr entlasten und den Versandhandel noch attraktiver machen. So hoffen es zumindest die Initiatoren. Kritiker fürchten dagegen ein Chaos in der Luft. In den USA läuft demnächst ein neues Projekt von Amazon an. Nur 30 Minuten nach einer Bestellung sollen selbstfliegende Drohnen Ware in Gärten abwerfen. Die US-Luftfahrtbehörde hat dem Versandhändler entsprechende Tests genehmigt.

#### Ernüchterung in Deutschland

Beim Branchenführer gibt es seit Jahren Überlegungen, Pakete per Drohne liefern zu lassen. Im Dezember 2013 sagte Amazon-Gründer Jeff Bezos in einem Fern-

sehinterview, Drohnen würden innerhalb von fünf Jahren zu Kunden nach Hause fliegen. Zwei Jahre später schlug der Konzern vor, in großen Städten für seine Auslieferungsfieger eigene Flugräume freizuhalten. Umgesetzt wurde davon bislang nichts, auch weil weltweit die Gesetzgeber ein Chaos im Luftraum befürchteten.

Daher war Amazon in den vergangenen Monaten auch eher zurückhaltend, was die Genehmigung angeht. Aber nachdem Konkurrent UPS und eine Tochterfirma von Google bereits den Zuschlag erhalten hatten, zog Amazon nun nach.

Ein Unternehmenssprecher schränkte aber ein, dass es noch dauern werde, bis Lieferungen per Drohne regulär zum Alltag gehören werden. Amazon setzt eine

elektrische Drohne mit sechs Rotoren ein, die gut 2,4 Kilometer weit fliegen und bis zu 2,3 Kilogramm befördern kann. Dank Sensoren kann sie Hindernisse erkennen und ihnen ausweichen. Klar ist, dass die Lieferungen von Paketen per Drohne zunächst in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte starten werden. Für einen Einsatz in Ballungsgebieten sei die Technik noch nicht ausgereift genug.

In Deutschland ist nach einer Testphase bereits wieder etwas Ernüchterung eingetreten. Die Deutsche Post DHL Group hat in den vergangenen Jahren Testläufe unter anderem in Bonn, im Alpenort Reit im Winkel sowie auf der ostfriesischen Insel Juist durchgeführt. Im regulären Lieferbetrieb setzt das Unter-

nehmen die Drohnen in Deutschland jedoch noch nicht ein. „Bis auf Weiteres ist das für uns ein reines Forschungsprojekt“, erklärt Sprecherin Sarah Preuß.

#### In China ist man weiter

In China ist man dagegen (wieder einmal) ein Stück weiter. Dort hat DHL Express im Mai 2019 die erste innerstädtische Route eingeweiht. In der 14-Millionen-Einwohner-Stadt Guangzhou transportieren Drohnen zweimal täglich Express-Sendungen zwischen zwei Packstationen.

Bis es in Deutschland so weit ist, wird es dauern. Bisher braucht man für jeden einzelnen Drohnenflug eine Erlaubnis. Kritiker fürchten eine Überlastung des Flugraums. *Peter Entinger*

#### MELDUNGEN

## Geld der CIA für Startup

**Arlington/Dresden** – In-Q-Tel, die Risikokapitalgesellschaft des US-Geheimdienstes CIA, beteiligt sich an dem Dresdner Unternehmen Morpheus Space. Die 2018 gegründete Firma hat einen Ionenantrieb für Satelliten entwickelt. Dabei handelt es sich um den derzeit kleinsten Satellitenantrieb der Welt, der die Steuerung winziger Nanosatelliten ermöglicht. Im Zuge der Beteiligung wird der ehemalige US-Marineminister Richard V. Spencer ins Direktorium der Dresdner Firma berufen. Aufgabe von In-Q-Tel ist es, als strategischer Investor Unternehmen zu identifizieren und zu fördern, die Zukunftstechnologien entwickeln, die den Sicherheitsinteressen der USA dienlich sind. Das Budget von In-Q-Tel wird direkt aus dem Haushalt der CIA gespeist. Neben In-Q-Tel beteiligen sich auch der auf Sicherheitstechnologie spezialisierte US-Investor Pallas Ventures und aus Europa Airbus Ventures an dem Dresdner Startup. *N.H.*

## Kooperation ausgebaut

**Buenos Aires** – China will wegen Problemen mit der Afrikanischen Schweinepest Teile seiner Produktion nach Argentinien verlagern. Wie argentinische Medien berichten, wollen beide Länder bereits in den kommenden Wochen eine Vereinbarung über gemeinsame Investitionen argentinischer und chinesischer Unternehmen zur Erzeugung von Schweinefleisch unterzeichnen. China und die zweitgrößte Volkswirtschaft in Südamerika haben in den letzten Jahren bereits Kooperationen in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Bergbau unterzeichnet. Zudem ist China auch zu einem der größten Geldgeber für Argentinien geworden, das sich erneut am Rande eines Staatsbankrotts bewegt. Für Argentinien stellen Agrarexporte die wichtigste Einnahmequelle für Devisen dar. Auf fast der Hälfte der Ackerbaufläche des Landes wird Soja produziert, der zum großen Teil nach China exportiert wird. *N.H.*

## Neuer Ansturm auf Gold

**München** – Goldhändler berichten von einer stark angestiegenen Nachfrage von Privatkunden nach dem Edelmetall. Nach einer ersten Spitze zum Beginn der Corona-Restriktionen sei in den vergangenen Wochen eine zweite Kaufwelle in Gang gekommen. Die Kunden hätten ihnen zeitweise „die Bude eingerannt“, so der Goldhändler Pro Aurum zum Magazin „Focus“. Als Hintergrund für das neu erwachte Interesse gelten Unsicherheiten hinsichtlich der Folgen, welche die zahlenreichen Maßnahmen zur Stützung von Wirtschaft und Konsum für die Geldwertstabilität zeitigen könnten. Regierungen und Notenbanken pumpen Tausende von Milliarden Euro, Dollar und anderer Währungen in den Umlauf. Zudem versuchen die Staaten, ihre internationale Wettbewerbsposition zu verbessern, was Abwertungswettläufe etwa zwischen US-Dollar und Euro zur Folge haben könnte. Viele Anleger misstrauen überdies dem Aktienmarkt. *H.H.*

## KOMMENTARE

## „Helden“

ERIK LOMMATZSCH

War der Begriff „Held“ nicht abgeschafft? Im Kinderbuch war er vielleicht noch präsent, ansonsten nur in Gebrauch, sofern mit dieser Zuschreibung ein deutliches Naserümpfen verbunden war.

Dem Schicksal des Wortes „Held“ wird seit einigen Monaten politisch und medial ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Etwas unvermittelt erlebt er eine Renaissance. Alte Assoziationen sollen zurückkehren – der „Held“, der Übermenschliches leistet. Dass dies nach jahrzehntelanger Preisgabe des Begriffs an das Lächerliche nahezu stets in Peinlichkeiten und unfreiwilliger Komik endet, scheint von den neuen Freunden der „Helden“ kaum bemerkt zu werden.

Grotesk ist es, von „Heldinnen und Helden des Corona-Alltags“ zu sprechen, wie es der „Spiegel“ tat, oder überhaupt von „Corona-Helden“. Und vielen Berichten zufolge bewahrten uns „Helden-Polizisten“ unlängst vor einem „Sturm“ auf den Reichstag. Von der eigenen „Helden“-Prosa war man wohl derart eingenommen, dass man vergaß,

was ein wirklicher „Sturm“ ist. Immerhin durften sich die „Helden-Polizisten vom Berliner Reichstag“, so „Bild“, später über einen Empfang beim Bundespräsidenten freuen.

Konsequenz ist allerdings nicht angesagt, sonst wäre die Frage aufgekommen, wo „Helden-Polizisten“ waren, als Greenpeace-„Aktivisten“ Anfang Juli auf das Dach des Reichstags kletterten, um ein Transparent anzubringen.

Wie schwierig es ist, bei den „Heldengesängen“ eine einheitliche Linie zu verfolgen, zeigt die SPD. Forderte deren Zeitung „Vorwärts“ vor Monaten noch, politisch korrekt, „eine Erholungsprämie für Corona-Held\*innen“, so wollte die Partei zuletzt der Benennung eines Platzes nach einem in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten nicht zustimmen, um keinen „Heldenverehrungsort“ zu schaffen.

Eines jedenfalls ist klar: Der gute, alte „Held“ ist wieder willkommen. Sogar so sehr, dass recht absurde „Ernennungen“ erfolgen. Wichtigstes Kriterium: Der jeweilige „Held“ und seine „Taten“ passen in das erwünschte Meinungsklima.

## Verlassene Mitte

HANS HECKEL

Nach den dreitägigen linken Gewaltexzessen in Leipzig bekunden Politiker unterschiedlicher Couleurs routiniert ihre Ablehnung von politisch motivierter Gewalt. Dass viele von ihnen im Verein mit großen Medien den Humus für diese Radikalisierung nach links außen selbst gelegt haben, das thematisieren sie begrifflicherweise nicht.

Das Abgleiten der Republik nach links ist schließlich nicht auf den äußersten Rand des politischen Spektrums beschränkt. Hier manifestiert sich die Entwicklung nur besonders frappierend. Die Drift durchzieht alle Ebenen.

So hat Kanzlerin Merkel höchstselbst mit ihrer Aussetzung der Grenzkontrollen 2015 eine alte linke Forderung („No Borders“) zur offiziellen Politik der Bundesrepublik gemacht. Darüber hinaus findet die Feindseligkeit des linken Randes gegen die bürgerliche Mitte im Hass auf den „alten weißen Mann“, auf die Wirtschaft und den freien Handel oder die freie Meinung ihren Niederschlag. Der Feldzug gegen angeblich allgegen-

wärtige „Diskriminierung“ und „Rassismus“, der Sturm gegen Straßennamen, Denkmäler und sogar die überkommene Sprache dient der Zerstörung dessen, was man europäische Zivilisation und Kultur nennt. Also jene Grundlagen, auf denen die bürgerliche Republik, ihre Freiheiten und ihr Wohlstand gebaut sind. All das ist es, was Linksextremisten seit jeher zerstören wollen.

Ob aus Feigheit oder Verblendung haben sich längst auch vermeintlich bürgerliche Kreise diesem Kumpanei geschlossen. So weit geht die Kumpanei, dass CDU-Vertreter jüngst eine erklärte Gegnerin unserer Gesellschaftsordnung in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfassungsrichterin gewählt haben.

Der bürgerliche Protest, der in Berlin am 29. August 40.000, 60.000 oder gar mehr als 100.000 Menschen auf die Straße brachte, löste dagegen den Furor des politischen „Establishments“ aus. Vielen bürgerlich-demokratisch gesinnten Deutschen fällt es schwer einzusehen, dass viele, die sie bislang als ihre Verbündeten, ja Beschützer gesehen hatten, die Mitte verlassen haben.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Sonnt sich gerne im Licht der Reichen, Schönen und Mächtigen: Bernard-Henri Lévy (r.), hier mit Nicolas Sarkozy

## KOLUMNE

## Der etwas andere Philosoph

FLORIAN STUMFALL

Gegen Ende April des Jahres 2011 traf sich im Kairoer Hotel Shepherd's der mittlerweile verewigte US-Senator John McCain mit einigen Potentaten aus der Golfregion zu wichtigen Gesprächen. Welcher Art diese waren, konnte man aus McCains Ruf als der hartnäckigste Kriegstreiber der damaligen politischen Elite der USA schließen. Tatsächlich ging es darum, letzte Absprachen bezüglich des Krieges zu treffen, mit dem man den libyschen Präsidenten Muammar al-Gaddafi überziehen und so aus dem Amt verjagen wollte.

Teilnehmer der Konferenz war auch der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy, jedoch ohne politisches Amt, sondern ganz allein auf Grund seiner persönlichen Eignung für politische Kabbalen, die ihn unter anderen in die nächste Nähe des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy geführt hatte. Lévy also war mit dabei in Kairo, und als die Gespräche geführt, die Einigkeit festgestellt und die anderen Teilnehmer wieder abgereist waren, begab er sich in das nahegelegene libysche Bengasi, das Zentrum des Aufmarsches gegen Gaddafi.

Auch dort waren schon alle Vorbereitungen getroffen, CIA und Blackwater-Söldner hatten Posten bezogen, die Libyan Islamic Fighting Group (LIFG, Libysche Islamische Kampfgruppe) war gegründet. Letztere setzte sich aus Taliban-Kämpfern aus Afghanistan, Guantanamo-Häftlingen und frei vagabundierenden Desperados zusammen. Dazu kamen die Arabi und andere örtliche Stämme, die Gaddafi und dessen Stamm von jeher feindlich gesinnt waren. So weit war alles vorbereitet und hat schließlich, wie man weiß, zum gewünschten Ziel geführt.

## Schlachtfeld Öffentlichkeit

So weit also alles in Ordnung – nur, so fragt man sich, wozu bedarf es bei einem derartigen Aufmarsch und dem Ziel, einen gewaltsamen Putsch durchzusetzen, eines Philosophen? Ist es nicht deren Art, fern von allem Kriegsgeschrei in tiefen Bibliotheken und in der Fülle des eigenen Geistes den Welträtseln nachzuforschen, der Gegenwart oft ferne, die Gewalt verachtend und die Erfüllung in der Erkenntnis suchend?

Im Allgemeinen mag das zutreffen, doch nicht bei Bernard-Henri Lévy. Sein

Zuschnitt ist von diesem Bild völlig verschieden. Er ist im Jahre 1948 als Sohn eines reichen Industriellen zur Welt gekommen. Das entthob ihn von vornherein der täglichen Sorgen. Fast folgerichtig wurde er, zumindest vorübergehend, Kommunist, versteht sich als 68er und wird als Erbe von Jean-Paul Sartre inszeniert. Philosoph ist er insofern, als er ein einschlägiges Studium absolviert hat; von großen Werken, bahnbrechenden Ideen oder beglückenden Erkenntnissen des Bernard-Henri Lévy ist zumindest seit den frühen 90er Jahren nichts bekannt.

## Eine Art philosophische Avantgarde des „Regime Change“

Er lehrt an keiner Universität und hat keine geistige Schule ins Leben gerufen. Gut – er war dabei, als die Gruppe „Nouvelle Philosophie“ gegründet wurde, die sich aber gegen Sartre wendete, wie überhaupt Lévy's philosophische Ausrichtung nicht klar zu erkennen ist.

Die „Welt“ hat über ihn geschrieben, er sehe „Öffentlichkeit als ein Schlachtfeld, auf dem nicht die Wahrheit oder auch nur das bessere Argument zählen, sondern gelungene Kampagnen und Manöver“. Dazu passt, dass er Miteigentümer der linken Pariser Zeitung „La Libération“ ist, die überwiegend dem Baron Edouard de Rothschild gehört.

Ein Mann wie Bernard-Henri Lévy, der sich gerne „BHL“ nennen lässt, begnügt sich nicht mit einer einzigen Revolution. Als Gaddafi gestürzt und ermordet war und sich Kampfgruppen in Tobruk in Richtung Syrien einschifften, um dort das nächste Feuer zu entzünden, schrieb Lévy im Jahre 2012 folgerichtig: Das „Bengasi von heute ist Homs“ – das Zentrum der versuchten Farbrevolution gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Libyen kann als Blaupause für Syrien dienen, so Lévy, der damit mehr über die Ursachen der syrischen Revolte preisgab, als den Westmächten lieb sein kann.

Zwei Jahre später konnte man BHL in der Ukraine treffen. Auf dem Hauptplatz

in Kiew hatten sich Spitzenvertreter der westlichen Politikelite mit den Aufklärern zusammengetan, unter ihnen der deutsche Außenminister und die US-amerikanische Assistant Secretary of State Victoria Nuland, die sich später damit brüstete, die USA hätten in den Putsch fünf Milliarden Dollar investiert. Lévy baute sich am 9. Februar 2014 auf dem Majdan auf und rief zur Menge: „Ich bin Europäer, aber heute bin ich Ukrainer ... Eure Stärke ist diese große Zivilisation, von der ihr ein Teil seid ... Aus diesem Grund werdet ihr gewinnen ...“ Das war zehn Tage, bevor die ersten Schüsse fielen.

## Zuletzt in Weißrussland

Zuvor schon hatte BHL die Separatisten in Tschetschenien aufgehetzt, den damaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, ein Geschöpf der CIA, gerühmt. BHL betätigte sich im Konflikt um Südossetien als Scharfmacher und hatte Jahre zuvor die albanische paramilitärische Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) unterstützt. Auch in den Streit um Venezuela mischte er sich ein. Den Präsidenten Nicolás Maduro nannte er eine „Mischung von Castro und Pinochet“.

Bei jeder Farbrevolution, welche die USA anzetteln, taucht BHL auf. Dieses Zusammentreffen ist derart prompt und regelmäßig, dass sich der Schluss aufdrängt: Wo sich BHL ins Mittel legt, um einen Putsch, eine Invasion oder einen kriegerischen Überfall zu schüren, stecken die CIA, das Pentagon oder beide dahinter. Und eben dies scheint auch in Weißrussland zuzutreffen.

So hat sich Lévy kürzlich in der litauischen Hauptstadt Wilna mit der weißrussischen Oppositionspolitikerin Svetlana Tichanowskaja getroffen, die dort Asyl gefunden hat. Dieses Treffen kam angeblich auf Betreiben eines deutschen Magazins zustande. BHL nannte die Weißrussin die „Muse der Revolution in Weißrussland“ und das „Gesicht der Opposition gegen den Tyrannen Lukaschenko“. Man sehe hier, „wie die Sache der Frauen eine groteske und blutrünstige Diktatur erschüttern“ könne. BHL hat schon recht: Ein bisschen Feminismus macht sich gut in seinem Geschäft.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Romeo und Julia auf der Wiesn

Das Oktoberfest fällt seuchenbedingt aus? Nicht in der ARD, wo man das Bierfestival filmisch hochleben lässt

VON ANNE MARTIN

Es hätte auch schiefgehen können mit dieser historischen Betrachtung des Oktoberfestes. Der ARD-Mehrteiler hätte zur freundlichen Schnurre geraten können, zusammengesetzt aus dampfender Bierseeligkeit plus Blasmusik, als Garnierung folkloristisch gewandete Statisten, die durch eine nachgebaute Budenstadt spazieren – eine konventionelle Nacherzählung des bayerischen Volksfestes halt, das jedes Jahr zu Herbstbeginn Millionen auf die Wiesn zieht und das in diesem Jahr allerdings Corona-bedingt ausfällt.

Regisseur Hannu Salonen wollte mehr. Was die ARD im Ersten Programm jetzt unter dem nüchternen Titel „Oktoberfest 1900“ an drei Abenden in sechs Doppelfolgen erzählt (15., 16., 23. September, jeweils 20.15 Uhr), erinnert in seinen besten Szenen an den Rausch des drogenseligen „Babylon Berlin“, denn auch in München trieben es Künstler und Intellektuelle um die Jahrhundertwende bunt.

Die Musik setzt dazu moderne Akzente, spielt etwa ein Beatles-Lied ein oder eine Opernarie. Den Einbruch des Fremden verkörpert eine Gruppe von Eingeborenen aus der Südsee, die wie damals üblich auf einer Völkerschau gezeigt werden und das profane Biergeschäft um eine mystische Komponente erweitern. „Folge deinem Totem“ steht vieldeutig auf den Zetteln, die zur Zirkusattraktion auf der Wiesn laden.

### „Die Leute sollen saufen!“

Der Mehrteiler lässt nichts aus, bedient seinen ursprünglichen Titel „Bier und Blut“ auch mit den Gewaltdarstellungen. Da werden Strohmänner bemüht und Bauernopfer verlangt, da fliegen die Fäuste, und gleich in der ersten Folge verliert



Wiesnkönig: Curt Prank (Mišel Matičević) feiert sich selbst vor der Blaskapelle in seiner Bierburg auf dem Münchner Oktoberfest

der Bierkönig Ignatz Hoflinger von „Deibel-Bräu“ auf grausame Art sein Leben. Sein sauber abgetrennter Kopf wird von einem am Ufer zeltenden „Wilden“ aus der Isar gezogen, und sogleich entsteht die Mär von der Schuld der Fremden.

Letztlich geht es um viel mehr als um Bier. Es geht um die Aufteilung der Welt, die in diesem Fall die Wiesn ist. Prompt stehen sich die Konkurrenten um eine Lizenz zum Ausschank in einem erbitterten Showdown gegenüber: Hier der Eindringling Curt Prank aus Nürnberg, der mit Allmachtsphantasien auftrumpft. „Ich bau eine Bude für 6000 Menschen, eine Burg,

eine Festung“, tönt er, eindrucksvoll verkörpert von Mišel Matičević. Als die Kapelle ein behäbiges „Prosit der Gemütlichkeit“ anstimmt, zieht er dirigierend das Tempo an, bis der Saal dampft und schwankt: „Die Leute sollen saufen!“

Auf der anderen Seite die Provinzfürsten, die dem Newcomer keinen Handbreit des biergetränkten Bodens gönnen und vor keiner Finte zurückschrecken. Dann ist da noch Maria Hoflinger, die sich nach dem gewaltsamen Tod ihres Mannes plötzlich als Unternehmerin wiederfindet. Eine Frau gegen den Rest der Männerwelt.

Wie Schauspielerin Martina Gedeck als Maria über der zertrampelten Grasnarbe der Wiesn eine zweite künstlerische Ebene einzieht, wie sie die Frau verkörpert, die das Lebenswerk ihres Mannes fortsetzen will, letztlich verzweifelt und wie eine griechische Rachegöttin Amok läuft, ist ganz großes Kino.

Überhaupt die Frauen: Kaum ein Film, der zu Hochzeiten des Patriarchats spielt, lässt sich die Chance entgehen, in die Handlung einige Frauenschicksale einzuflechten. Sklavinnen waren sie seinerzeit, Spielbälle im Machtspiel ihrer Väter und Ehemänner – die Tochter Clara des Curt

Prank etwa soll strategisch profitabel verheiratet werden, möglichst mit einem Konkurrenten. Ihre Gesellschaftsdame Colina Kandl, die einen folgenreichen Fehltritt ihres Schützlings nicht verhindern kann und deshalb rüde aus dem Haus gejagt wird, zischt noch im Abgang: „Du verschacherst deine Tochter wie ein Stück Vieh.“

### Moritat ohne Happy End

Sie selbst muss nach dem Rauswurf als „Biermadl“ ihr Geld verdienen und schwingt sich dazu auf, eine Revolution auszurufen, als das Trinkgeld der Serviererinnen gekürzt wird. Schauspielerin Brigitte Hobmeier sieht ihre Colina als eine Reformerin. „Im Mittelalter wäre sie wohl als Hexe verbrannt worden.“ Aber auch um die Jahrhundertwende ergeht es ihr nicht gut – der Mann ein Schläger und Trunkenbold, die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens noch in weiter Ferne.

Als Gegenpol zu dem rauflustigen Intelligenzstahl der Bierbarone platziert Salonen eine zarte Liebesgeschichte frei nach „Romeo und Julia“, bei der sich ausgerechnet der Sohn der Hoflingerin (Klaus Steinbacher) und die Tochter der Prank (Mercedes Müller), beide Sprösslinge zutiefst verfeindeter Clans, ineinander verlieben. Ein Happy End verkneift sich der Regisseur, das würde zu dieser Moritat aus deutschen Ländern auch nicht passen. Kaum hat das junge Paar die Ringe getauscht, erscheint der Brautvater Curt Prank in der Tür, an der Leine einen hechelnden Rottweiler. „Folge deinem Totem“ raunt es dunkel, und der Zuschauer ahnt: Hier wurde soeben ein Pakt mit dem Teufel geschlossen.

PS: Wer es nüchterner mag: Im Anschluss an den ersten Teil wird am 15. September um 21.45 Uhr die Dokumentation „München 1900“ ausgestrahlt.

## MARIONETTENSPIEL

### Hanswurst erklärt die Welt

Nicht nur für Kinder – Das Puppentheater-Festival in der Region Elbe-Elster setzt auf eine lange Tradition

Fernab und doch mittendrin: Im Elbe-Elster-Land findet auch in diesem Jahr das Puppentheater-Festival statt. Es beginnt in Doberlug mit der Menzel-Schäfer-Produktion „Die Macht des Schicksals“ und endet in Bad Liebenwerda mit der „Langen Nacht des Puppenspiels“ und dem Kasper-Café für Kinder.

Das Elbe-Elster-Land im äußersten Südwesten von Brandenburg – bis 1815 gehörte es zu Sachsen – gilt als Wiege des mitteldeutschen Wandermarionettentheaters. Vor über 250 Jahren war hier seine Geburtsstätte. Saathain zwischen Elsterwerda und Liebenwerda war ein echtes Komödiantennest. Auch in den Orten ringsherum siedelten sich Marionettenspieler an. Ganze Puppenspieler-Dynastien zogen von hier mit ihren Wohn- und Packwagen von Frühjahr bis Herbst von Dorf zu Dorf, um die Landbevölkerung zu unterhalten.

Ihnen gilt das kleine, aber feine Mitteldeutsche Marionettentheatermuseum in Bad Liebenwerda. Dank des Ankaufs der deutschlandweit einmaligen internationalen Sammlung zum Puppentheater von Karin und Uwe Brockmüller vor vier Jahren kann das Museum jetzt „über den Tellerrand blicken und nicht nur die Ge-

schichte des regionalen Wandertheaters beleuchten, sondern einen weltweiten Horizont eröffnen“, so Ralf Uschner, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Mit „Kaspers Welten“ wurde am 9. September eine neu konzipierte Dauerausstellung eröffnet. „Der Marionettenkasper ist eher eine Randfigur, während der Handpuppenkasper das Spiel an sich

reißt“, so Uschner. „In der neuen Ausstellung werden die Ursprünge der gänzlich unterschiedlichen Typen über Europa hinaus bis nach Asien verfolgt, wo das Puppenspiel längst Weltkulturerbe ist.“ Dabei reicht die Palette vom wüsten Knaben, einem richtigen Haudrauf, über den törichten Narren und die lustige Figur wie im Hanswurst bis zum Pädagogen, der

den Verkehr regelt oder die Zähne putzt, und sogar Weltanschauungen verbreitet.

Heute ist in der Region nur der Schauspieler und Marionettenspieler Ricardo Gierhold in Dobra bei Elsterwerda noch aktiv. Es gibt aber Nachfahren der Dynastien, die außerhalb des Elbe-Elster-Landes ansässig sind und Puppenspiel betreiben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Hanauer Marionettentheater, Roland Richter; Traditionelles Marionettentheater Dombrowsky, Uwe Dombrowsky; Theater C.C.C., Camillo Fischer; Hohenloher Figurentheater, Johanna und Harald Sperlich; Theater Con Cuore, Virginia und Stefan Maatz; Marionettentheater Bille, Andreas Bille. Auch die mit dem Volksmusiker Stefan Mross verheiratete Sängerin Anna-Carina Woitschack ist Puppenspielerin aus der Dynastie Richter. H. Schnehagen



Schelme in Lauerstellung: Kasper und seine internationale Verwandtschaft

## MELDUNGEN

### In Bewegung

**Berlin** – Vom 11. September bis 10. Januar 2021 ist in der Sonderausstellungshalle des Kulturforums am Matthäikirchplatz die Schau „STATUS MACHT BEWEGUNG. Lust und Last körperlicher Aktivität“ zu sehen. Historische Objekte und Werke aus 14 Berliner Sammlungen gehen zum Beispiel der Frage nach, was eine italienische Sänfte aus dem 18. Jahrhundert mit einem chinesischen Lotoschuh und Kunstwerken verbindet, die Szenen der Arbeit und Jagd, des Spiels und Sports darstellen. Zeitfensterkarten sind im Internet unter [www.smb.museum/tickets](http://www.smb.museum/tickets) erhältlich. tws

### Kaiser-Macht

**Mainz** – Im Landesmuseum Mainz ist die bis 18. April 2021 laufende große Landesausstellung „Die Kaiser und die Säulen ihrer Macht – Von Karl dem Großen bis Friedrich Barbarossa“ eröffnet worden. Sie umspannt einen Zeitraum von fünf Jahrhunderten, in denen die Herrschaftshäuser der Karolinger und Ottonen, der Salier und der Staufer die Geschicke halb Europas prägten. [www.kaiser2020.de](http://www.kaiser2020.de) tws

• Infos: Mitteldeutsches Marionettentheatermuseum, Burgplatz 2, 04924 Bad Liebenwerda, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, von Oktober bis März bis 17 Uhr. Das 22. Puppentheater-Festival läuft vom 11. bis 20. September im Elbe-Elster-Gebiet, Karten nur mit telefonischer Reservierung siehe Programm: [www.puppentheaterfestival-ee.de](http://www.puppentheaterfestival-ee.de)

## HIMMELSSCHEIBE

Zweifel am  
Alter der  
Darstellung

Die 1999 von Raubgräbern entdeckte und mittlerweile im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle an der Saale ausgestellte sogenannte Himmelscheibe von Nebra zählt zu den spektakulärsten archäologischen Objekten Deutschlands. Sie soll aus der frühen Bronzezeit um 2100 bis 1700 v. Chr. stammen. Damit wäre sie die wohl älteste konkrete Darstellung des Sternhimmels überhaupt. Deshalb kam das Artefakt 2013 auch auf die Liste des UNESCO-Weltdokumentenerbes.

Allerdings wurden seit 2005 immer wieder massive Zweifel am Alter der Scheibe laut, denen sich nun der Direktor der Archäologischen Staatssammlung München, Rupert Gebhard, und Rüdiger Krause, Prähistoriker an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, anschlossen. Diese beiden Professoren äußern ihre Argumente in einem soeben erschienenen, 22-seitigen Artikel im renommierten Fachblatt „Archäologische Informationen“ der Deutschen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte. Darin bestreiten Gebhard und Krause zunächst, dass die Himmelscheibe zu einem bronzezeitlichen Fundkomplex gehöre. Sie sei deutlich jünger und bestehe aus anderen Legierungsbestandteilen als die angeblich parallel mit ausgegrabenen und für die Datierung verwendeten Schwerter, Armreifen und Beile. Deshalb müsse man das Artefakt als Einzelstück betrachten, zumal sich aus dessen Blei- und Zinnisotopensignaturen auch keine belastbaren Hinweise auf eine Herstellung während der Bronzezeit ergäben.

Darüber hinaus entspräche die gesamte Symbolik der Scheibe sehr viel eher der keltisch geprägten Motivwelt der Eisenzeit zwischen 800 und 50 v. Chr. Dies wiederum bedeute, dass die weitreichenden kulturgeschichtlichen Interpretationen des Forscherkreises um den sachsen-anhaltischen Landesarchäologen Harald Meller bezüglich der einmaligen Verwendung des Objektes „wie ein Kartenhaus“ zusammenfielen. Rund um den Mittelberg



Himmelscheibe von Nebra

bei Nebra habe es kein bronzezeitliches Königreich mit einer astronomisch gebildeten Wissenselite gegeben. Deshalb würde das Mellersche Team gut daran tun, „die inzwischen überbordend ... mythologisch anmutenden Veröffentlichungen zu der Scheibe, die von den Prinzipien einer seriösen wissenschaftlichen Darstellung ... bereits weit entrückt sind, wieder auf ein Normalmaß“ zurückzufahren. Die ersten Reaktionen Mellers deuten indes eher darauf hin, dass er den Artikel nicht als Aufforderung zu mehr fachlicher Besonnenheit, sondern als Kriegserklärung betrachtet und deshalb bald mit Angriffen auf Gebhard und Krause kontern wird.

Wolfgang Kaufmann

## ZWEITER WELTKRIEG

Als die Evakuierung der deutschen  
Großstadtkinder begann

Vor 80 Jahren befahl Adolf Hitler die „Erweiterte Kinderlandverschickung“. Geschätzt zwei Millionen Jungen und Mädchen wurden in „luftsichere Gebiete“ gebracht



Besuche der Eltern waren unerwünscht, aber geduldet: Elternbesuch in einem KLV-Lager im Mai 1944 aus Anlass des Muttertages

Foto: pa

VON KLAUS J. GROTH

Vor 80 Jahren, am 27. September 1940, versandte Reichsleiter Martin Bormann ein vertrauliches Rundschreiben: „Auf Anordnung des Führers werden Kinder aus Gebieten, die immer wieder nächtliche Luftalarme haben, zunächst insbesondere aus Hamburg und Berlin, auf Grund freier Entschließung der Erziehungsberechtigten in die übrigen Gebiete des Reiches verschickt. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen hat der Führer Reichsleiter Baldur von Schirach beauftragt ... Die NSV übernimmt die Verschickung der noch nicht schulpflichtigen Kinder und der Kinder der ersten vier Schuljahrgänge; die HJ übernimmt die Unterbringung vom 5. Schuljahre an. Die Unterbringungsaktion beginnt am Donnerstag, den 3. Oktober 1940.“

Für die Fahrten in „luftsichere Gebiete“ des In- und später auch des besetzten oder befreundeten Auslands wurde der Begriff „Evakuierung“ vermieden. Stattdessen war erst von „Unterbringungsaktion“ und später von „Erweiterter Kinderlandverschickung“ die Rede. Durch das Eigenschaftswort „erweitert“ erfolgte eine Abgrenzung zur Kinderlandverschickung (KLV), in deren Rahmen schon vor dem Krieg Kinder aus sozial schwachen Familien und Laubenkolonien zur Erholung durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) aufs Land geschickt worden waren.

## Es gab rund 5000 Lager

Eine der ersten Schulen, die komplett „verschickt“ wurden, war die Niendorfer Mittelschule in Hamburg. Am 30. Oktober 1940 bestiegen die Schüler beiderlei Geschlechts den Sonderzug nach Babylon im tschechischen Grenzgebiet Böhmerwald. Auf dem Bahnsteig des Bahn-



„Auf Anordnung des Führers werden Kinder aus Gebieten, die immer wieder nächtliche Luftalarme haben, zunächst insbesondere aus Hamburg und Berlin, auf Grund freier Entschließung der Erziehungsberechtigten in die übrigen Gebiete des Reiches verschickt“

**Martin Bormann**  
Leiter der Partei-Kanzlei der NSDAP im Rang eines Reichsministers

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-R-428A (CC-BY-SA) 3.0

hofs Altona standen die Familien dichtgedrängt, um Abschied zu nehmen. Zuerst hieß es, die Kinder würden in vier bis sechs Wochen wieder zu Hause sein. Der Aufenthalt in Babylon, einem Kurort am See, sollte ein Jahr dauern. Die Gäste aus Hamburg wurden in beschlagnahmten Hotels einquartiert.

## Teilweise von den Russen überrannt

Für die robusteren Naturen war es ein großes Abenteuer, andere weinten sich abends vor Heimweh in den Schlaf. Wie groß die Freude sein konnte, endlich heimfahren zu können, zeigen die Erinnerungen einer damaligen Schülerin der Hamburger Schule: „Wieder wurde ein Sonderzug eingesetzt, der von den Jungen mit Kreide beschriftet wurde: ‚KLV hat Ruh‘, ‚Hummel Hummel‘, ‚Hamburg-Babylon‘ etc., und ich schrieb in meinem Tagebuch: ‚Nun fahren wir durch Hamburg. Wir winken tüchtig und alle Leute winken zurück, mit Taschentüchern oder Handtüchern. Es ist 9 Uhr als wir in Hamburg ankommen. Hurra, jetzt sind wir wieder in der Heimat. Jetzt hat sich erfüllt, was wir immer sangen: ‚In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen.‘“

Für die Verschickung wurden neben Hotels Pensionen, Jugendherbergen und sogar Zellen in Klöstern requiriert. Die meisten Kinder wohnten in Lagern, von denen es rund 5000 gab. Für die Organisation des Unterrichts waren die – oft auf Druck – mitgereisten Lehrer zuständig, für die Betreuung die Hitlerjugend (HJ) und der Bund Deutscher Mädchen (BDM), entsprechend der Parole „Jugend führt Jugend“. Die NSV brachte die jüngeren Kinder bei Pflegefamilien unter. Sie förderte auch die private Einquartierung bei Verwandten, sorgte für den Transport und übernahm die Fahrtkosten.

Mit den zunehmenden Luftangriffen auf deutsche Städte richtete die Reichs-

dienststelle KLV einen dringenden Appell an noch zögernde Eltern, ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Zudem verschlechterte sich die Versorgungslage in den Städten, je länger der Krieg dauerte. Besonders die Kleinen litten darunter, dass es zu wenig Milch, Fleisch und Gemüse gab. Um Eltern zu überzeugen, pries die KLV den Erholungswert, die gute Ernährung und frische Landluft sowie den ungestörten Schlaf, der nicht vom Heulen der Luftschutzsirenen unterbrochen werde.

Die Reichsdienststelle bestimmte den Tagesablauf: um 6.30 Uhr Wecken, Waschen, Bettenlüften, Stubendienst und Gesundheitsappell, um 7.30 Uhr Begrüßungsspruch und Frühstück. Der Unterricht dauerte vier Stunden. Nachmittags wurden die Jungen militärisch gedrillt, die Mädchen lernten kochen und nähen, aber auch Sport und Spiel standen auf dem Programm. Besuche der Eltern waren unerwünscht, aber geduldet. Briefe nach Hause wurden oft kontrolliert.

Auch in England wurden Kinder vor den Bombardements der deutschen Flugzeuge aufs Land gebracht. Nach dem ersten schweren Angriff auf London am 7. September 1940 verließen rund 650.000 Jungen und Mädchen die Stadt. Sie konnten schon bald zu ihren Familien zurückkehren. Im Mai 1941 endete die Luftschlacht um England. „The Blitz“ hatte den Widerstand der Bevölkerung nicht geschwächt, sondern noch verstärkt. Im Winter 1942/43 brachte dann die Schlacht um Stalingrad die Kriegswende. Die meisten Deutschen glaubten den Versprechungen ihrer Führung nicht mehr, dass der Endsieg bevorstehe. Die Auflösung der KLV-Lager begann. In Böhmen gelang die Auflösung von KLV-Lagern nicht mehr rechtzeitig vor dem Einmarsch der russischen Truppen. Viele der Kinder blieben verschollen.



Seit 2009 Hauptsitz der Organisation erdölexportierender Länder: Helferstorferstrasse 17 in Wiens 1. Bezirk

Foto: Vincent Eisfeld / nordhausen-wiki.de / CC-BY-SA-4.0

VON WOLFGANG KAUFMANN

Was auf dem Rohölmarkt geschah, diktierten lange Jahre die sogenannten Seven Sisters (sieben Schwestern). Das waren die Mineralölkonzerne Royal Dutch Shell, British Petroleum, Mobil Oil, Gulf Oil, Exxon, Standard Oil of California (Socal) und Texaco. Diese bildeten praktisch ein Einkaufskartell, das für immer niedrigere Weltmarktpreise beim Rohöl sorgte, indem es die Anbieter gegeneinander ausspielte. Zeitweise kostete das Barrel (Fass), sprich 159 Liter, Rohöl gerade einmal noch zehn US-Cent. Für Ölförderländer wie Saudi-Arabien, Venezuela, Kuwait, den Iran oder den Irak war dies nachgerade ruinös. Deshalb kam von saudischer Seite die Idee auf, dem Einkaufs- ein Anbieterkartell gegenüberzustellen. Auf einer gemeinsamen Konferenz der Förderländer in Bagdad wurde ein entsprechendes Kartell gegründet, die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Vor 60 Jahren, am 14. September 1960, unterzeichneten die Delegationsleiter des Iran, des Irak, Kuwaits, Saudi-Arabiens und Venezuelas ein „Agreement concerning the creation of the Organization of Petroleum Exporting Countries“. Das war die Geburtsurkunde der OPEC, die ihren Sitz in der Hauptstadt des damals blockfreien und bis heute noch neutralen Österreich hat.

Zu den fünf Gründungsmitgliedern kamen bald weitere Staaten. Heute gehören der OPEC 13 Länder an: Neben den Aktivisten der ersten Stunde sind dies nun auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Nigeria, Angola, Algerien, Libyen, die Republik Kongo, Gabun und Äquatorialguinea. Dahingegen verließen Indonesien, Katar und Ecuador die OPEC zwischen 2016 und 2020 aus verschiedenen Gründen wieder.

#### Keine Sanktionsmechanismen

Aktuell verfügen die OPEC-Staaten vermutlich über zwei Drittel bis drei Viertel der weltweiten Ölreserven. Ihr Marktanteil sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Aus den Ländern der OPEC stammen derzeit lediglich vier Zehntel des gehandelten „Schwarzen Goldes“. Des-

halb kooperiert die Organisation neuerdings auch mit Nichtmitgliedern wie Russland, Kasachstan, Norwegen, Mexiko oder Oman, die ebenfalls viel von dem begehrten Rohstoff fördern und einen Beobachterstatus innehaben. Kommt es dann zu konkreten Vereinbarungen, ist in der Presse oft von der informellen „OPEC+“ die Rede.

In ihrem Bemühen, die Ölpreise nach oben zu treiben, war die OPEC zunächst wenig erfolgreich. Die gesamten 1960er Jahre hindurch dominierten die Seven Sisters den Markt weiterhin. Deshalb lag der Erlös für ein Fass Rohöl auch 1972 noch bei nur 2,89 Dollar, wobei die US-Währung mittlerweile erheblich an Wert verloren hatte. Hierdurch kam der moderate Preisanstieg der vorangegangenen Jahre den OPEC-Staaten kaum zugute.

Den Durchbruch brachte erst der Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn im Oktober 1973. Weil die USA den jüdischen Staat unterstützten, verhängten die arabischen Mitglieder der OPEC ein totales Lieferembargo gegen Washington und drosselten ihre Produktion. Daraufhin stieg der Rohölpreis schlagartig auf fünf Dollar pro Fass, und im Folgejahr lag er dann sogar schon bei zwölf Dollar. Dieser ersten großen Ölkrise folgte 1979 noch eine zweite – nunmehr ausgelöst durch die islamische Revolution im Iran. In deren Verlauf kletterte der Ölpreis auf 24 Dollar pro Barrel.

In den zwei Jahrzehnten danach konnte die OPEC weitere Erfolge erzielen, musste aber auch herbe Rückschläge hinnehmen. Ab 2005 sorgte der Ölhungers der aufsteigenden Wirtschaftsmacht China für eine regelrechte Preisexplosion.

Mitte 2008 kassierten die in der OPEC zusammengeschlossenen Erzeugerländer sagenhafte 147 Dollar pro Fass – bis die globale Finanzkrise diesen Höhenflug beendete, weil sie eine schwere weltweite Rezession auslöste. Kurz zuvor hatte der damalige OPEC-Präsident Chakib Khelil aus Algerien noch Preisanhebungen auf bis zu 400 Dollar pro Fass angekündigt.

Eine weitere Phase des extremen Preisverfalls erlebte die OPEC während der Corona-Krise. Am 19. April dieses Jahres sank der Preis für das Barrel Rohöl schließlich gar auf nie dagewesene minus 37,63 US-Dollar. Da der Bedarf in vielen Ländern infolge des Lockdown massiv abgenommen hatte und die Lager bis an die Kapazitätsgrenzen gefüllt waren, bekamen Ölkäufer plötzlich Gutschriften.

Aktuell liegt der Preis allerdings schon wieder bei etwas über 40 Dollar. Das erreichte die OPEC durch drastische Senkungen der Fördermengen.

Trotzdem befindet sich die Organisation derzeit in einer anhaltend prekären Situation. Schuld daran sind einige prinzipielle Gebrechen der OPEC, die teilweise schon seit ihrer Gründung bestehen. So fehlen konkrete Sanktionsmöglichkei-

ten gegenüber Mitgliedsländern, die sich nicht an die vereinbarten Preisuntergrenzen und Fördermengen halten, um auf Kosten der anderen OPEC-Staaten mehr Öl zu verkaufen.

#### Fehlende Marktmacht

Des Weiteren sind Fördermengenbegrenzungen stets gefährliche Gratwanderungen aufgrund der fehlenden Marktbeherrschung. Es besteht die Gefahr, die Kundschaft in die Arme der nicht der OPEC angehörenden Konkurrenz zu treiben. In der Vergangenheit kam es durch Begrenzungen der Fördermengen keineswegs nur zur Stabilisierung des Preisniveaus, sondern auch zu spürbaren Verlusten im Hinblick auf Marktanteile. Die Verbraucherstaaten reagierten auf die Politik der OPEC zunehmend mit einer Diversifizierung ihrer Ankaufe und erwarben das Rohöl nun immer öfter bei Produzenten, die nicht der OPEC angehören.

Außerdem begannen viele Abnehmerländer, in großem Umfang alternative Energiequellen zu erschließen – sei es durch den Umstieg auf Solar-, Wasser-, Wind- oder Kernenergie oder Biokraftstoffe, sei es durch die verstärkte Förderung von Schieferöl auf dem eigenen Territorium mittels des Fracking-Verfahrens. Die OPEC steht mittlerweile vor dem Dilemma, dass hohe Rohölpreise nicht nur die eigene Gewinnspanne erhöhen, sondern auch die aufwändige Fracking-Methode in Staaten wie den USA, Kanada, Südafrika oder China rentabel machen. Aus diesen Gründen ist die OPEC von ihrem Ziel, zu einem allmächtigen Preiskartell zu avancieren, heute nicht weniger weit entfernt als vor 60 Jahren.

Einige der grundsätzlichen Schwachstellen der Organisation bestehen bereits seit ihrer Gründung

#### KAISER KARL I.

## Reliquie im Budweiser Dom

Eine Reliquie des letzten Kaisers von Österreich sowie Königs von Ungarn und Kroatien sowie Böhmen, Karl I., beziehungsweise IV. beziehungsweise III., kann seit vergangenem Monat in der Kathedrale St. Nikolaus der süd-böhmischen Metropole Budweis (Ceske Budejovice) verehrt werden. Die feierliche Übernahme durch den Budweiser Bischof Vlastimil Krocil erfolgte am 133. Geburtstag des Seligen, dem 17. August.

In seiner Predigt im Festgottesdienst erklärte Bischof Krocil, für den Monarchen sei die katholische Soziallehre der „Eckstein seiner Reformen“ gewesen, von denen „bis heute die moderne Sozialpolitik der Mehrheit der derzeitigen mitteleuropäischen Staaten“ ausgehe. Die „grundlegende moralische Haltung“ des Monarchen habe nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in den Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches einen friedlichen Übergang zur neuen Staatsordnung ohne den Ausbruch von Bürgerkriegen ermöglicht, so der Bischof. Mit dem Kaiser habe man „einen christlichen Herrscher vor Augen“, der gut Tschechisch gesprochen und nach erhaltenen Zeugnissen noch kurz vor seinem Tod für das tschechische Volk gebetet habe. Bei der Seligsprechungsfeier im Jahre 2004 habe Papst Johannes Paul II. Karl als Vorbild besonders für jene bezeichnet, die in der Gegenwart in Europa politische Verantwortung tragen, erinnerte der Bischof von Budweis.

Die silberne Monstranz mit der Reliquie ruht auf einem Basaltstein vom Georgsberg (Říp), einem 456 Meter hohen Berg in Nordböhmen bei Leitmeritz (Litoměřice), der seit 1963 tschechisches Nationaldenkmal ist. Wie der Basaltstein ist auch das zum Reliquiar gehörende Gemälde des Seligen nicht frei von nationaler Symbolik. Das vom Budweiser Domdekan Zdenek Mares geschaffene Werk zeigt den im Ornat des Ordens vom Goldenen Vlies gewandeten Herrscher, wie er mit der rechten Hand auf die vor ihm auf einem Kissen ruhende Wenzelskrone des Königreiches Böhmen weist, während er



Kaiser Karl I. von Österreich 1917

in der Linken neben der zum Ordensornat gehörenden Kopfbedeckung Lindenblätter hält, also Blätter des Nationalbaums der Tschechen.

Interessant ist, wie in der offiziellen Beschreibung des Gemäldes mit dem – aus tschechischer Sicht – Manko umgegangen wird, dass Karl sich wie sein Großonkel und Vorgänger, Franz Joseph I., nicht zum König von Böhmen krönen ließ. Das sei zu seiner Zeit nur noch ein formaler Akt gewesen und auch viele andere europäische Herrscherhäuser hätten auf Krönungen verzichtet. Zum König von Ungarn ließen sich jedoch sowohl Franz Joseph als auch Karl krönen. PAZ

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lauf Artikel 140 des Grundgesetzes ist unser Staat zu religiöser Neutralität verpflichtet. Trotzdem verwendet er die Steuern seiner Bürger, um die christlichen Kirchen mitzufinanzieren: 2019 erreichten die diesbezüglichen Staatsleistungen einen Umfang von 549 Millionen Euro. Das ist allgemein bekannt und stößt auf ebenso vielfältige wie berechtigte Kritik. Dagegen herrscht fast vollständiges Schweigen, wenn es um Zahlungen von Bund, Ländern und Kommunen an muslimische Gemeinden und Organisationen geht.

Das erste Mal floss hier wohl 1955 Geld. Damals gewährte das bayerische Kultusministerium der in München ansässigen Religiösen Gemeinschaft Islam eine „einmalige Beihilfe“ zur Abhaltung des traditionellen Opferfestes in Höhe von 100 Mark. Im Jahr darauf wandte die Regierung in Bonn dann bereits 6000 Mark „zur Sicherung des Existenzminimums“ muslimischer Geistlicher sowie für „religiöse Fortbildung“ auf.

So ging es auch in der Folgezeit weiter: Die versuchte Etablierung eines bundesdeutschen Staats-Islam, dessen Aufgabe nicht zuletzt darin bestehen sollte, die Muslime in der Sowjetunion gegen Moskau aufzuwiegen, führte zu ständig neuen und umfangreicheren Geldtransfers. Allerdings war dem Ganzen letztlich kein Erfolg beschieden, obwohl auch die Geheimdienste von Bundesrepublik und USA mitmischten.

Mitte der 1960er Jahre endete die verdeckte staatliche Alimentierung islamischer Institutionen auf dem Boden der Bundesrepublik, weil diese sich alternative Geldquellen im Ausland erschlossen hatten und nicht mehr kooperierten. Inzwischen zapfen sie die deutschen Steuertöpfe jedoch aufs Neue an, wobei das Zauberswort nun „Projektarbeit“ lautet.

Einen guten Überblick bietet die Bundestagsdrucksache 18/13658 vom 29. September 2017, in der detailliert aufgelistet ist, welche muslimischen Verbände und Gruppierungen zwischen 2014 und 2018 finanzielle Mittel aus Titeln des Bundeshaushaltes erhielten oder noch erhalten sollten. Anlass hierfür war eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion zum „Einfluss ausländischer Staaten, Parteien und Stiftungen auf islamische Gemeinschaften in Deutschland“.

#### Geld für Ankaras Erfüllungsgehilfen

Die Aufstellung nennt unter anderem folgende regelmäßige Zahlungsempfänger: Zentralrat der Muslime in Deutschland, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB), Türkische Gemeinde in Deutschland in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Deutschen Islam-Konferenz, Alevitische Gemeinde Deutschland, Bund der Alevitischen Jugend in Deutschland,



Allein 6,5 Millionen Euro für Erdoğan's verlängerten Arm: Männer beim Beten in der neuen DİTİB-Großmoschee von Köln

Foto: pa

#### MOSCHEEGEMEINDEN

## Jedes Jahr Millionen aus dem deutschen Steuertopf

Von wegen staatliche Neutralität in Religionsfragen: Berlin finanziert islamische Institutionen mit großzügigen Zuwendungen – darunter auch sehr zweifelhafte

Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland, Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut, Bündnis der Islamischen Gemeinschaften in Norddeutschland, SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Bremen, Deutsch-Islamischer Vereinsverband Rhein-Main, MINA – Muslimisches Frauenbildungszentrum, RAHMA – Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie, Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen, Rat muslimischer Studierender und Akademiker, Bund der Muslime in Berlin, Marokkanisch-Islamische Moschee-Gemeinde und so weiter und so fort.

Insgesamt wurden in dem Fünfjahreszeitraum bis 2018 insgesamt 28,2 Millionen Euro bewilligt beziehungsweise gezahlt – wohlgerneht alles deutsche Steuergelder. Knapp 6,5 Millionen davon kassierte dabei alleine schon die DİTİB, welche faktisch ein verlängerter Arm des türkischen Staates ist und deren Imame

unter Spionageverdacht stehen. Die Bundesregierung begründete die Zuwendungen mit den „sozialen und kulturellen Angeboten“ der muslimischen Organisationen und Zentren, die sich „über den spirituellen Bereich“ hinaus erstreckten.

Ein Blick auf die geförderten Maßnahmen und Projekte zeigt, dass es hier vor allem um Integrationskurse und „Flüchtlingsarbeit“ im weitesten Sinne sowie Extremismus-Prävention ging. Darüber hinaus wurden auch Aktivitäten bezuschusst, die der „Etablierung einer Willkommenskultur“ unter Deutschen dienen sollten. So erhielt die DİTİB-Bildungs- und Begegnungsstätte im für seine Parallelwelt berühmten Duisburger Stadtteil Marxloh 200.000 Euro. Dafür sollte sie „vorurteilsbelasteten Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft ... Faktenwissen über gelungene Integration“ von Muslimen vermitteln. Das heißt im Klartext, die Islamverbände bekamen vom deutschen Staat

zum einen Geld dafür, dass sie die Immigration von islamischen Gläubigen wohlwollend propagandistisch begleiteten, zum anderen waren die Zuschüsse vielfach für die Bekämpfung des hausgemachten religiösen Extremismus gedacht.

#### Grüne: „Nur der Anfang“

Im Jahre 2019 wiederum startete Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) das Programm „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“, koordiniert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Bis Ende nächsten Jahres können 50 ausgewählte Moschee-Gemeinden Mittel aus dem Etat des Ministeriums für „Beratungsangebote“ und „Nachbarschaftsaktionen“ erhalten. 2019 flossen bereits zwei Millionen Euro, und 2020 sowie 2021 kommen nochmals je 2,5 Millionen zur Verteilung. Spiritus rector des Ganzen war der BMI-Staatssekretär für Heimat Markus Kerber.

Somit wird das Neutralitätsgebot nun ein weiteres Mal unterlaufen, wobei nicht zuletzt der Wunsch Pate stand, die Abhängigkeit der Gemeinden von Geldgebern in Ankara und anderswo in der islamischen Welt zu vermindern. Allerdings ist das Vorhaben diesbezüglich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn mittlerweile gibt es in Deutschland bereits um die 2750 islamische Gotteshäuser. Woran übrigens auch einige Kommunen Anteil haben. So stiftete das finanziell überaus gut situierte Monheim am Rhein 845.000 Euro für den Bau von zwei Moscheen in der Stadt.

Jedenfalls kritisierte die migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Grünen, Filiz Polat, Seehofers Modellprojekt sofort als zu zaghaft: Die Unterstützung von 50 ausgewählten Moschee-Gemeinden „kann ... nur der Anfang sein“. Lassen wir uns also überraschen, wie es nach dem Ablauf der dreijährigen Versuchphase 2022 weitergeht.

#### POLITIKERPHRASEN

## Das ewig hohle Versprechen von der „europäischen Lösung“

In der „Flüchtlingskrise“ lassen die EU-Partner Deutschland immer noch im eigenen Saft schmoren

Anlässlich seiner Griechenlandreise Anfang August äußerte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet: „Die Flüchtlinge betreten griechischen Boden, sie betreten aber auch europäischen Boden.“ Daher lasse sich „diese Krise nur gemeinsam europäisch lösen“.

Es gibt wohl nur wenige Politikerphrasen, deren Inhaltslosigkeit so offenbar ist, wie der Ruf nach einer „europäischen Lösung“ im Zuge der „Flüchtlingskrise“. Man sollte meinen, im Jahr 2020 seien allein noch Kabarettbühnen der Ort für solche Äußerungen. Indes – nicht nur Laschet befeißigt sich bis zur Gegenwart dieser Worte. Angela Merkels verhängnisvoller Spruch „Wir schaffen das!“ war

noch vergleichsweise konkret. Wesentlich öfter sprach allerdings auch sie von einer „europäischen Lösung“, garniert mit leeren Ergänzungen.

#### „Verdammte Pflicht“

Wie beispielsweise im Februar 2016, als sie sagte, eine solche „Lösung“ sei im „eigensten Interesse Deutschlands“. Die Kanzlerin positionierte sich gegen nationale Alleingänge, vielmehr sei „Europa zusammenzuhalten und auch Humanität zu zeigen“. Zu ungewohnt drastischen Ausdrucksweisen konnte sie greifen, etwa, dass ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ darin bestehe, „alles dafür zu tun, dass dieses Europa einen gemein-

samen Weg findet“. Wie soll die „europäische Lösung“ beschaffen sein? Über eine – reichlich infantile – Vorstellung vom großzügig händereichenden Agieren aller „guten“ Europäer zugunsten der „Flüchtlings“ kam man nie hinaus.

Machten sich deutsche Politiker ernsthaft Illusionen, dass andere Staaten ihrem „Willkommen an alle“ begeistert folgen würden? Ausweislich ihrer Worte tun sie es noch immer. Bundesinnenminister Horst Seehofer erklärte vor wenigen Tagen, Deutschland wolle die gegenwärtige EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um hinsichtlich der „Flüchtlingskrise“ die „Weichen für eine europäische Lösung“ zu stellen.

Die von der deutschen Führung verinnerlichte Attitüde, andere Nationen für die eigene politische Linie in Haftung nehmen zu wollen, überrascht zumindest im eigenen Land nicht mehr. Ebenso, dass die praktischen Folgen, abgesehen vom schlechten Eindruck auf die europäischen Nachbarn, gleich Null sind.

#### Schon Bismarck spottete

Deutscherseits fühlt man sich auf dem richtigen Weg, man hat die anderen ja eingeladen, sich an einer „guten“ Politik zu beteiligen. Zudem kann man so manche fragwürdige Entscheidung wunderbar erklären, schließlich gibt es ja – leider – noch keine „europäische Lösung“. Anwendbar

ist dies natürlich nicht nur auf die „Flüchtlingskrise“. So stellt sich Deutschland gerade an die Spitze gegen Russland.

Wegen der bislang ungeklärten Vorgänge um die Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalnyj fordert der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt schon mal eine „deutliche Antwort“. Diese müsse „von Europa gemeinsam kommen, damit sie in Russland auch verstanden wird“.

Vor mehr als 150 Jahren protestierten die Briten im Namen Europas gegen Bismarcks Politik. Dieser beschied das Ansinnen mit der Frage, wer denn bitte „Europa“ sei. Aber das waren andere Zeiten.

Erik Lommatzsch



## KÖNIGSBERG

# Die Neue Börse ist 145 Jahre alt

Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude beherbergt heute das Museum der Schönen Künste

VON JURIJ TSCHERNYSCHOW

In diesem Jahr wurde eines der bekanntesten historischen Gebäude der Stadt, die ehemalige Königsberger Neue Börse, in der sich heute das Museum der Schönen Künste befindet, 145 Jahre alt. Das Haus wurde 1875 im Stil der italienischen Neorenaissance erbaut. Entworfen hatte es der Architekt Heinrich Müller. Zuvor hatte dieser bereits Erfahrung mit dem Entwurf großer Bauten erworben. Eines davon war das der 1864 errichteten Börse in Bremen.

Der Bau der Börse gegenüber dem Kneiphof dauerte fünf Jahre und kostete zwei Millionen Goldmark. Das war für die damalige Zeit eine gewaltige Summe Geld. Das Börsegebäude sollte den Erwartungen der wohlhabenden Geschäftskreise in der Stadt entsprechen, welche die Börse luxuriöser als in anderen Städten sehen wollten.

Die Fläche des fertiggestellten Gebäudes betrug 22.000 Quadratmeter. Nach dem Plan des Architekten befand sich im oberen Teil eine riesige Börsenhalle und unten eine Terrasse, die manchmal als „Saal der Sommerbörse“ bezeichnet wurde. Über dem zentralen Eingang des Hauses wurden vier skulpturale Kompositionen platziert. Diese sollten die Geschäftsverbindungen Königsbergs mit Europa, Asien, Afrika und Amerika symbolisieren. Die vordere Treppe der Neuen Börse war auf der Seite der Pregelbrücke mit Löwenfiguren des Bildhauers Emil Hundrieser verziert.

Fast unmittelbar nach der feierlichen Eröffnung der Börse wurde dieses großzügige Gebäude, in dem die Industrie- und Handelskammer untergebracht war, zu einer neuen Visitenkarte der Stadt. Die Königsberger Börse zierte häufig Postkarten und Gemälde der Stadt. Vor dem Bau des Hauses der Technik in den 1920er Jahren befand sich der größte öffentliche Saal



Früher Sitz der Königsberger Industrie- und Handelskammer im Stadtzentrum: Die ehemaligen Neue Börse soll demnächst restauriert werden *Foto: J.T.*

Königsbergs im Gebäude der Börse. Abends, nach dem Ende des Handelstages, wurde der Saal für feierliche Versammlungen, Bälle sowie Konzerte und Ausstellungen genutzt.

Nach einem Angriff der Briten im August 1944 gab es einen Großbrand, bei dem viele Holzstrukturen des Baus zerstört wurden. Darüber hinaus wurde er bei der Erstürmung von Königsberg durch die Rote Armee im April 1945 beschädigt. Lange Zeit nach Kriegsende zog die Ruine Filmemacher an, die dort Kriegsszenen drehten. Insbesondere für berühmte Filme wie „Der Vater des Soldaten“ aus dem Jahre 1964 oder „Peace to the Incoming“ (Friede den Neuankömmlingen), der bei den Filmfestspie-

len von Venedig einen Sonderpreis der Jury erhielt. 1960 wurde dem Gebäude der Börse durch eine Resolution des Ministerrats der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) der Status eines Architekturdenkmal von republikanischer Bedeutung verliehen. 1967 wurde es wiederhergestellt. Der Innenraum der großen Börsenhalle war ein Theater- und Konzertsaal mit einer großen Bühne geworden. 1973 wurde der Kulturpalast der Seeleute in der ehemaligen Neuen Börse untergebracht. Obwohl der Kulturpalast der Seefahrer vor 20 Jahren in „Regionales Jugendkulturzentrum“ umbenannt wurde, sind viele Menschen im Königsberger Gebiet daran gewöhnt, dieses schöne Gebäude als

„Kulturpalast der Seefahrer“ zu bezeichnen.

Seit 2018 beherbergt die ehemalige Börse das Regionale Museum für Bildende Künste, in das die Ausstellung der früheren Kunstgalerie an der Altstädtischen Langgasse umgezogen ist. Übrigens wurden in den Räumlichkeiten der Börse schon früher große Ausstellungen gezeigt. Alle zwei Jahre wurden hier Werke berühmter Künstler aus aller Welt ausgestellt. In naher Zukunft ist geplant, bedeutende Reparaturarbeiten durchzuführen, für die umgerechnet etwa 5,7 Millionen Euro bereitgestellt werden. Dieser Betrag soll die Kosten für die Restaurierung der Fassade und den Austausch von Fenstern und Türen abdecken.

## MELDUNGEN

### Sorge um die Nehrung

**Kurische Nehrung** – Der Nationalpark Kurische Nehrung stehe vor einer ökologischen Katastrophe, beklagen Anwohner und fordern die Behörden auf, die Zahl der Touristen auf der Nehrung zu begrenzen. Wie Valerija Nadymowa, Leiterin des Park-Museumskomplexes „Staryj ljunet“, dem Umweltrat der Gebietsregierung mitteilte, führen täglich 500 Pkw auf die Nehrung und hinterließen praktisch „verbrannte Erde“. Die Leute rissen Bäume aus und einige Autofahrer befuhren mit dem Auto die Vordüne. Bewohner beschwerten sich auch über Müllberge in Gewässern und im Wald. Die bereitgestellten Müllcontainer würden zwar täglich geleert, reichten aber bei Weitem nicht aus bei dem Touristenansturm. Die besorgten Bürger verlangen mehr Kontrollen und Strafen für die Verunreinigung des Naturschutzgebiets. *MRK*

### Rekord an Passagieren

**Powunden** – Der Flughafen Chrabrowo meldet in diesem Jahr ein höheres Passagieraufkommen als während der Fußball-WM 2018. Als Grund gab Generaldirektor Alexander Korytnyj an, dass täglich bis zu 46 Flüge mit bis zu 13.000 Passagieren durchgeführt werden gegenüber zwei bis drei im April. Die Flughafengesellschaft setzt größere Flugzeuge ein und bietet mehr Destinationen als zuvor an. Mit Maschinen des Typs Airbus A321 können mehr Passagiere befördert werden. Sie werden vor allem auf Routen nach Kasan, Tscheljabinsk, Syktywkar und Jekaterinburg eingesetzt. Die Häufigkeit von Flügen nach Moskau, St. Petersburg und Woronesch wurde erhöht. Künftig sollen auch Direktflüge in die Türkei angeboten werden. *MRK*

## ALLENSTEIN

# Neue Straßenbahnlinien in Planung

Die Ausschreibung für das Bauprojekt ist abgeschlossen – Baubeginnverzögerung wegen Anfechtung des Ergebnisses erwartet

Eine Ausschreibung für die Verlängerung der Straßenbahnstrecken in Allenstein wurde vor einigen Monaten vom Rathaus bekannt gegeben. Die Frist für die Einreichung von Angeboten wurde mehrmals verschoben. Schließlich endete sie am 17. Juli. Nach Angaben der Stadtbehörden wurden sieben Angebote eingereicht und alle Bewerber hatten sich an das vorgegebene Budget gehalten.

Den besten Kostenvorschlag für das Projekt legte das Unternehmen ZUE S.A. aus Krakau vor, das sich bereit erklärte, die Arbeiten für umgerechnet etwa 84 Millionen Euro durchzuführen. Die Stadt kann somit sogar ein wenig sparen, da für den Ausbau der Straßenbahnlinien umgerechnet etwa 106 Millionen Euro bereitgestellt wurden. „Es ist nachvollziehbar, wie wichtig ein effizienter öffentlicher Personennahverkehr heutzutage ist“, stellte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz fest, „deshalb bemühen wir uns konsequent um die Stärkung dieses Bereichs der Funktionsfähigkeit der Stadt. Gute Lösungen für



Sollen bald mehr werden: Straßenbahnen in Allenstein

*Foto: D.K.*

den öffentlichen Personennahverkehr erhöhen die Bereitschaft der Einwohner, auf das Autofahren zu verzichten, was sich wiederum auf den Lebenskomfort der Städter und die Umgebung auswirkt.“

Die geplante Erweiterung der Straßenbahnverbindungen in Allenstein umfasst den gesamten Bau der Straßenbahninfrastruktur in den Straßen: Kleebergerstraße [Pilsudskiego], Wyszyńskiego, Synów-

Pułku, Krasickiego und Wilczyńskiego bis hin zur Stadtsiedlung Stolzenberg [Pieczewo] und auf dem Platz am Hohen Tor. Dadurch wird es möglich sein, zwei weitere Straßenbahnlinien (Nr. 4 und 5) in Betrieb zu nehmen. Die zweigleisige Straßenbahnstrecke wird in der Straße Wilczyńskiego im Bereich der bestehenden Buswendeschleife in Stolzenberg beginnen, wo eine viergleisige Endhaltestelle sowie eine Fahrradüberdachung und ein Sozial- und Informationsstandort entstehen sollen. Dann werden die Gleise entlang der Straßen Krasickiego, Synów Pułku, Wyszyńskiego und der Kleebergerstraße weitergeführt, wo sie an der Kreuzung mit der Roonstraße mit dem bereits bestehenden Gleissystem verbunden werden.

Erwähnenswert ist auch die Errichtung einer etwa 270 Meter langen Überführung, die über die Kreuzung der Straßen Krasickiego und Synów Pułku geführt werden soll. Neben der Errichtung eines neuen Gleisbettes umfasst das Pro-

jekt auch den Bau von 13 neuen Haltestellen, die Umgestaltung von Kreuzungen, die Installation neuer Ampelanlagen, die Modernisierung der Straßen- und Abwasserinfrastruktur sowie die Renovierung und den Neubau von Bürgersteigen und Fahrradwegen entlang der Straßenbahnstrecke. Die Umsetzung dieses Vorhabens soll etwa 26 Monate ab dem Datum des Vertragsabschlusses dauern. Wie Grzymowicz sagte, werde das durch mögliche Klagen der verbleibenden Anbieter gegen die Entscheidung der Stadtbehörden sowie durch die traditionelle Kontrolle der öffentlichen Beschaffungsverfahren beeinflusst. Obwohl die neuen Straßenbahnwege sicherlich die Verbindungen in der Stadt verbessern werden, müssen die Allensteiner noch viel Geduld aufbringen. Die Städter werden nämlich zwei Jahre lang mit Straßensperren, verlängerten Arbeitsfahrten und verstopften Straßen konfrontiert sein, was das Leben sehr erschweren kann. *David Kazanski*



## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Wunderlich, Hedwig**, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Van Heel, Hildegard**, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Aktun, Gertrud**, geb. **Roßmannek**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 14. September  
**Gosziniak, Paul**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 87, am 14. September  
**Krause, Hans**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September  
**Matzeit, Erich**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September  
**Meyhöfer, Prof. Wolfgang**, aus Wehlau, am 13. September  
**Vierling, Hildegard**, geb. **Piaßbeck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Eisenhuth, Renate**, geb. **Friedrich**, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September  
**Kraft, Elsa**, geb. **Prenzel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. September  
**Krüger, Bernhard**, geb. **Kackschies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September

**Prüß, Elise**, geb. **Klein**, aus Quednau, Kreis Fischhausen, am 13. September

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Bokemeyer, Marianne**, geb. **Wolff**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September  
**Ignée, Sigrid**, aus Neidenburg, am 13. September  
**Janz, Ruth**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 12. September  
**Kobbe, Ruth**, geb. **Ruppenstein**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September  
**Moskwa, Paul**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 16. September  
**Münter, Ruth**, geb. **Naujokat**, aus Lyck, am 11. September  
**Quednau, Dr. Hans-Otto**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. September

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Böhm, Eleonore**, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, am 17. September  
**Brunswick, Bruno**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September  
**Hoppe, Herta**, geb. **Hübner**, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 12. September  
**Maksalern, Hanna**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 12. September  
**Meisoll, Erika**, geb. **Reuter**, aus Abschruten, Kreis Schloßberg, am 7. September  
**Pilger, Herta**, geb. **Scheffler**, aus Klein Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 12. September  
**Von Sparr-Harenberg, Gräfin, Ellen-Edith**, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 17. September  
**Weißpflog, Erna**, geb. **Bresinski**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 14. September

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Blumhagen, Waltraut**, geb. **Paukstat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September  
**Domnik, Walter**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September  
**Gollub, Kurt**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. September  
**Haertel, Hildegard**, geb. **Kurzich**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September  
**Kownatzki, Willi**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach  
Masuren - Königsberg - Danzig  
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Alex, Ruth**, geb. **Weichler**, aus Neidenburg, am 16. September  
**Bandlow, Meta**, geb. **Hensel**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 11. September  
**Hinkle, Lore**, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 15. September  
**Jungheit, Margarete**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 12. September  
**Pfeffer, Fritz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 11. September  
**Rämer, Gertraud**, geb. **Jebramek**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September  
**Wrage, Eva**, geb. **Jakubzig**, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bleck, Hanna**, aus Lyck, am 14. September  
**Dabow, Waltraud**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 15. September  
**Dudda, Gert**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. September  
**Friedrich, Kurt**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 15. September  
**Gritzka, Waldemar**, aus Lyck, Bismarckstraße 15, am 12. September  
**Kleefeldt, Ursula**, aus Lyck, am 17. September  
**Knübel, Ursula**, geb. **Neumann**, aus Ortelsburg, am 16. September  
**Peczowski, Ursula**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 13. September  
**Sawatzki, Adele**, geb. **Richter**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. September  
**Volgt, Ruth**, geb. **Wallesch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 13. September  
**Weinberg, Martha**, geb. **Tholen**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. September

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Böhme, Wolfgang**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 12. September  
**Giovannini, Rita**, geb. **Possekel**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 14. September  
**Göbel, Manfred**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. September  
**Gollub, Herbert-Ulrich**, aus Eibennau, Kreis Treuburg, am 11. September  
**Hoffmann, Erika**, geb. **Tarnowsky**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 15. September  
**Holstein, Margarete**, geb. **Rekindt**, aus Craam, Kreis Fischhausen, am 15. September  
**Mikiver, Erika**, geb. **Meyer**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am

11. September  
**Naujokat, Helmut**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 17. September  
**Nielsen, Brunhilde**, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 14. September  
**Peters, Sieghardt**, aus Treuburg, am 16. September  
**Poguntke, Irmgard**, geb. **Lellesch**, aus Neidenburg, am 11. September  
**Püscher, Ilse**, geb. **Soboll**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 16. September  
**Rinio, Heinz**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 15. September  
**Salamon, Günter**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. September  
**Uhlich, Elisabeth**, geb. **Sender**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 14. September  
**Vick, Ilse**, geb. **Szogas**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 10. September  
**Weist, Gisela**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Fabian, Heinz**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 17. September  
**Gayk, Erich**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 15. September  
**Jürgensen, Waltraud**, geb. **Schiemann**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. September  
**Moltrecht, Rita**, geb. **Saloga**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 16. September  
**Plickat, Erwin**, aus Ebenrode, am 14. September  
**Rößling, Gerda**, geb. **Marr**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 13. September  
**Sadlowski, Helmut**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 13. September  
**Scherwat, Gert**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 16. September  
**Stetzka, Adolf**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 16. September  
**Titel, Hannelore**, geb. **Huwe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. September

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Blankenstein, Margrit**, geb. **Erwied**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. September  
**Conrad, Wolf-Dietrich**, aus Lyck, am 16. September

**Ellermann, Ursula**, geb. **Porsch**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 13. September  
**Erwied, Hans-Joachim**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. September  
**Fräderich, Magdalena**, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 16. September  
**Hermenau, Hans**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 14. September  
**Janz, Alfred**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 13. September  
**Krüger, Helga**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. September  
**Mai, Lieselotte**, geb. **Tuchlinski**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. September  
**Milde, Bruno**, aus Layß, Kreis Neidenburg, am 15. September  
**Müller, Hildegard**, geb. **Braun**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 13. September  
**Nützmann, Waltraut**, geb. **Hoffmann**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 11. September  
**Podbielski, Bernhard**, aus Treuburg, am 12. September  
**Prawdzik, Eduard**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 13. September  
**Rosenthal, Christel**, geb. **Nessowitz**, aus Schiemenau, Kreis Wehlau, am 11. September  
**Schober, Alfred**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 15. September  
**Steiner, Erika**, geb. **Prorok**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg und aus Borken, Kreis Lyck, am 11. September  
**Stullich, Helwig**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 14. September  
**Windt, Eva-Maria**, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 11. September  
**Zielonka, Waldemar**, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, am 15. September  
**Zink, Hans-Georg**, aus Lyck, am 17. September

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Denda, Irmgard**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. September  
**Hartig, Renate**, geb. **Wenzel**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. September  
**Huuck, Renate**, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am

15. September  
**Jeromin, Martin**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 13. September  
**Jucknat, Horst**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 13. September  
**Karla, Dietrich**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. September  
**Kech, Gerlinde**, geb. **Timmler**, aus Treuburg, am 16. September  
**Kirchner, Sieglinde**, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 15. September  
**Klein, Hilmar**, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 16. September  
**Kussin, Georg**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 14. September  
**Liedtke, Wolfgang**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 14. September  
**Neutzner, Ruth**, geb. **Gutzeit**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 17. September  
**Plaumann, Ingrid**, geb. **Jädtke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. September  
**Richter, Brigitte**, geb. **Slawski**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. September  
**Sandhop, Monika**, geb. **Pliquet**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 12. September  
**Sontowski, Günter**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. September  
**Stabe, Rüdiger**, aus Preußisch Eylau, am 17. September  
**Warias, Herbert**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 14. September  
**Zachau, Erhard**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 13. September

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Dlugosch, Gerti**, geb. **Radmacher**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. September  
**Müller, Renate**, geb. **Winkel**, aus Treuburg, am 14. September  
**Soldato, Christine**, geb. **Sengotta**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 13. September

PAZ  
wirkt!

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

**5. bis 11. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**6. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

**7./8. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

**8. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Wegen der Corona-Pandemie** kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buch-

straße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Der geplante Festakt

„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

**Bitte vormerken für 2021:** Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

## Zusendungen für die Ausgabe 39/2020

**Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder** für die Heimat-Seiten der Ausgabe 39/2020 (Erstverkaufstag 25. September) bis spätestens Dienstag, den 15. September 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

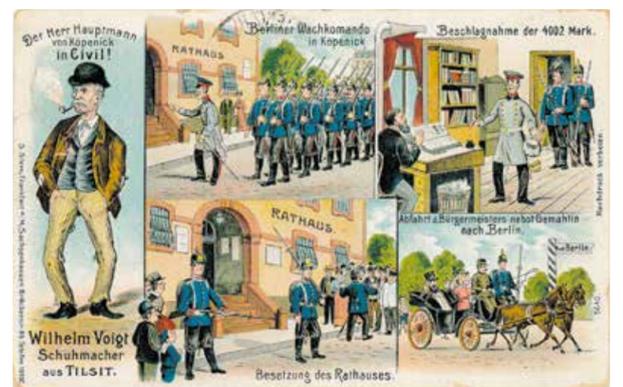


## Kulturzentrum Ostpreußen

Seit der Wiedereröffnung der Residenz Ellingen für den Besucherverkehr sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich ebenfalls zu beachten.

Die diesjährige Sonderausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick**“ wurde bis zum 22. November verlängert, nachdem sie wegen Corona im März geschlossen wurde.

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick  
Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

**Die Öffnungszeiten** für diese Sonderausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des

Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:

**Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr** (auch an den Feiertagen).  
**Kulturzentrum Ostpreußen**  
**Schloßstr. 9, 91792 Ellingen**  
**www.kulturzentrum-ostpreussen.de**

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

### Baden-Württemberg

**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

**Göppingen** – 70 Jahre Frauengruppe, und dieses Jubiläum wollten wir auch feiern! Es wurden im August die schön gestalteten Einladungskarten an unsere Frauen und an die Vorstandschaft des Hauptvereines sowie an unsere Frauenbeauftragte in Stuttgart, Uta Lüttich und die Kulturreferentin Frau Gehm in Schwäbisch Hall versandt. Auch die Referentin für Jugend und Senioren, Frau Schäfer, im Rathaus Salach erhielt eine Einladung.

Unser Fest sollte am Mittwoch, den 2. September 2020 in unserem Lokal „Glashaus“ in Salach stattfinden. Da wir uns ja immer noch in der Corona-Zeit befinden, planten wir erstmal nur mit 20 Personen. Trotzdem gab es aber Absagen, so dass wir dann nur 13 Personen waren, die dieses Ereignis miteinander feierten.

Für Frau Vera Pallas war das Fest ein ganz besonderes Anliegen. Denn Sie konnte in der 70-jährigen Reihe der Gruppenleiterinnen auf ihre eigenen 20 Jahre zurückblicken. Sie war außerdem seit 30 Jahren Mitglied in der Göppinger Landsmannschaft, und seit 10 Jahren treffen wir Frauen uns jeden ersten Mittwoch im Monat im „Glashaus“ hier in Salach. Ihre vielen Unternehmungen, die ausgearbeiteten Kulturprogramme, und vor allem das ganz besondere Geschick, unsere Geschichte, die besonderen Handarbeiten der ost- und westpreußischen Heimat an „ihre“ Frauen weiterzugeben, wurden dann in der Ansprache von Frau Lüttich nochmals besonders hervorgehoben.

Frau Lüttich überreichte ihr dann eine besonders schön gestaltete Glückwunschkarte mit gewebten Jostenbändern, auf denen der volle Namen von Frau Pallas und „Alles Gute“ eingestickt war. Vom Hauptverein gab es als Ehrung einen großen Geschenkkorb und die ausgesprochene Hoffnung, dass es mit ihr und der Frauengruppe noch viele Jahre weitergehen möge. Aus dem Salacher Rathaus wurden durch Frau Schäfer die herzlichsten Glückwünsche des Bürgermeisters übermittelt und in der Gratulationsansprache das besondere Wirken von Frau Pallas aufgezählt, hier in dieser Gruppe, dann die viele Mitarbeit im Jugend- und Ferienprogramm, und ganz besonders hervorgehoben auch die Zeit als Amtsbotin in der Gemeinde und auch als Gymnastikleiterin von den VHS-Sportgruppen. Im Auftrag der Frauengruppe überreichte Frau Meister dann eine Urkunde, in der mit den Zahlen 30 und 20 das Wirken von Vera Pallas im Kreisverband und in der Frauengruppe ehrend hervorgehoben wurde. Dazu wurde einer der ersten Jahresberichte, 2001 von Frau Pallas verfasst, sehr zu ihrer Überraschung vorgelesen. Dann gab es auch eine ganz besondere Überraschung, nämlich die Mitteilung des Wirtsehepaares, dass wir an diesem Tag ihre letzten Gäste wären. Sie haben das Lokal weiter verpachtet und nur uns zu Liebe heute nochmals aufgemacht. Als wenn wir es geahnt hätten, hatten wir uns auch für die Wirteleute etwas überlegt gehabt. Wir wollten dem Ehepaar auch eine Urkunde überreichen, in der wir uns für die zehn Jahre guter Zusammenarbeit und guter Küche ganz herzlich bedankten, auch in der Hoffnung, noch weitere Jahre deren Gastfreundschaft genießen zu dürfen. Jetzt haben sie es als Abschiedsgeschenk bekommen, und haben sich darüber sehr gefreut und herzlichst bedankt. Wir bekamen sogar selbstgebackenen Zwetschkuchen von der Wirtin zum Kaffee geschenkt.

Nach dem Gemeinschaftsfoto auf der Treppe des Gasthauses klang der Nachmittag sehr harmonisch und mit vielen schönen Gesprächen über diese lange gemeinsame Zeit dann aus.

Beim neuen Wirt wollen wir uns dann zu den nächsten geplanten Treffen einfach nur gesund wiedersehen.

I. Meister

### Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon: (0421) 3469718 (Anrufbeantworter) E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de

#### Neubildung der Landesgruppe

Nachdem die bisherige Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. am 6.9.2019 ihre Auflösung beschlossen hatte, sahen sich die Mitglieder der örtlichen Gruppe Bremen mit der Situation konfrontiert, dass sie wegen des Wegfalls dieses Zwischengliedes nicht mehr Teil der landsmannschaftlichen Bundesorganisation der Ostpreußen waren.

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der örtlichen Gruppe Bremen am 20. Februar 2020 beauftragten die Mitglieder daher den Vorstand, die Zugehörigkeit zur Bundesorganisation wiederherzustellen.

Dementsprechend beantragte der Vorstand beim Bundesvorstand die Aufnahme der örtlichen Gruppe als „Landesgruppe Bremen“ in die Bundesorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen.

Die Gruppe hat zur Zeit 142 Mitglieder und bildet mit ihren 20 Westpreußen bereits die Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Westpreußen.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen hat nun am 29. August 2020 in Hannover beschlossen, die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen

Bremen e.V. als korporatives Mitglied (Landesgruppe Bremen) aufzunehmen.

Es ist der nun als Landesgruppe Bremen aufgenommenen Landsmannschaft nicht fremd, als überregional wirkende Gruppe aufzutreten. Ihre Veranstaltungen hatten schon seit langem einen weiten Einzugsbereich, bis weit in das niedersächsische Umland hinein. Während der vergangenen Jahre hat sie auch immer wieder Mitglieder aus diesen Regionen aufnehmen können, insbesondere als sich die umliegenden örtlichen Gruppen der LO mehr und mehr auflösten. Bezeichnenderweise wohnen die beiden zuletzt aufgenommenen Mitglieder in Hoya/Weser und in Bremerhaven.

Wir rufen alle Ostpreußen im Lande Bremen und in den umliegenden niedersächsischen Landkreisen auf, sich unserer Gruppe als Einzelmitglied anzuschließen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 40,- Euro als Einzelperson bzw. 55,- Euro als Paar.

Sobald es die Corona-Empfehlungen zulassen, werden wir auch wieder größere Veranstaltungen anbieten.

Heinrich Lohmann  
Vorsitzender

### Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, LvD stv. Vorsitzender. **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

#### Tag der Heimat

Sonntag, 19. September, 15 Uhr, Tag der Heimat, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayskamp 4, 20459 Hamburg. Einlass ab 14.00 Uhr.

Der Tag der Heimat 2020 findet statt unter dem Leitwort „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Programm: – Musikalische Begleitung: Junge



Haßloch lädt ein.

Der „Haßlocher Dialog“ ist eine neue Veranstaltungsreihe, in der gemeinsam mit Gästen über Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Glaube gesprochen wird.

**21. September 2020**

🕒 19:00 Uhr (Einlass ab 18:00 Uhr)

📍 Saal Löwer (Langgasse 66, 67454 Haßloch)



Dr. Robert Zollitsch

ehem. Erzbischof von Freiburg und ehem. Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz

im Gespräch mit dem Ersten Beigeordneten Tobias Meyer

„Suchet der Stadt Bestes“  
(Jeremia 29, 7-14)  
**Werte und Verantwortung in Krisenzeiten.**

#### Hinweis:

Wir bitten darum, Ihr Kommen anzukündigen, damit wir entsprechend der Anzahl an Gästen Vorkehrungen in Bezug auf COVID-19 treffen können. Schreiben Sie einfach an: [ortsmarketing@hassloch.de](mailto:ortsmarketing@hassloch.de)



**Anregender Dialog** Die Gemeinde Haßloch lädt zum Bürgerdialog. Es wird gemeinsam mit Gästen über Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Glaube gesprochen  
Foto: Gemeinde Haßloch

### Rheinland-Pfalz

**Vorsitzender:** Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Herzen - Fahnenruß: Hartmut Klingbeutel, LvD stv. Vorsitzender. - Totengedenken: Peter Voß, LvD Kulturreferent. Moderation: Willibald Piesch, LvD Vorsitzender. Festrede: Christoph de Vries, MdB. Schlusswort: Helga Seeger.

Sonntag, 20. September, 15 Uhr, Gottesdienst zum Tag der Heimat, „Haus der Heimat“, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (S1, S3 - Stadthausbrücke; U3 - Rödingsmarkt; Buslinie 6 und 37 - Haltestelle „Michaeliskirche“).

Für die Durchführung der beiden Veranstaltungen gelten die aktuellen Corona-Sicherheitsbestimmungen.

**Haßloch** – Die Gemeinde Haßloch lädt zu einer auch für den BdV interessanten Veranstaltung für Montag, 21. September 2020 um 19.00 Uhr im Saal Löwer (Langgasse 66) ein: Der emeritierte Erzbischof von Freiburg und ehemalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Robert Zollitsch, wird zu Gast sein. Dr. Zollitsch ist Donauschwabe und stammt aus Filipowa in der westlichen Batschka. Anmel-

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

#### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

dungen unter: [ortsmarketing@hassloch.de](mailto:ortsmarketing@hassloch.de)



**Vorsitzender:** Edmund Ferner,  
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769  
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)  
8888939, E-Mail: [birgit@kreil.info](mailto:birgit@kreil.info)

### Förderkurs für Spätaussiedler

**Elmshorn** – Einen Förderkurs zur Integration für Spätaussiedler führt das Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ vom 19. Oktober bis zum 4. Dezember 2020 im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durch. Voraussetzung sind gute deutsche Sprachkenntnisse (B1). Der Kurs findet in diesem Zeitraum jeweils montags, dienstags, donnerstags und freitags von 9 bis 12.15 Uhr statt. Darüber hinaus wird es zwei ganztägige Veranstaltungen geben – die Termine dafür werden rechtzeitig bekanntgegeben. Die Maßnahme wird vom Bundesamt gefördert und ist deshalb für die Teilnehmer kostenlos.

Anmeldungen und Informationen unter (04121) 89710 oder unter [buer@mittchenbuehne.de](mailto:buer@mittchenbuehne.de) oder persönlich montags bis freitags zwischen 8 und 12 Uhr im Büro der Dittchenbühne.

**Schwarzenbek** – Liebe Landsleute, es ist bitter, dass wir uns seit Mona-

ten nicht sehen können. Die Corona-Pandemie zwingt uns, in einer Quarantäne zu leben und auf unsere Gesundheit zu achten. Das Jahr 2020 durften wir für Ostpreußen nicht leben, obgleich es für uns Ostpreußen ein dreifaches Erinnerungsjahr und für unsere Landsmannschaft ein solches aus einem vierten Grund war.

Vor 75 Jahren begann unsere Flucht aus unserer geliebten Heimat, die für zahlreiche unserer Landsleute mit Tod, Verbannung und unsäglichem Leiden verbunden war. Eine verbrecherische Macht hatte zu dem verlorenen Krieg geführt. Ein Drittel unserer Staatsgebiete mussten wir unwiederbringlich an Polen abgeben. Wir blicken in diesem Jahr auf die vor 70 Jahren von den Vertriebenen verkündete Charta der Heimatvertriebenen zurück, in der wir auf Rache und Vergeltung verzichteten. Vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, stimmten in einer Volksabstimmung der Süden Ostpreußens und einige Kreise Westpreußens für den Verbleib bei Deutschland. Und unsere Landsmannschaft hätte in diesem Jahr ihr 70-jähriges Bestehen begehen können. Corona hat das verhindert. Wir wollen die Feier des letztgenannten Jahrestages nun 2021 nachholen.

Im Juli war ich mit meiner Frau in Masuren und in Pommern. Wir haben wieder in der Försterei gelebt, in der mein Großvater einst Förster war und meine Mutter aufgewachsen ist. Es war wieder ein

wunderschöner Urlaub inmitten einer herrlichen Natur.

Ich bin trotz allem mit meinen Landsleuten und den Mitgliedern meiner Landsmannschaft in Gedanken täglich verbunden. Ich hoffe auf baldige bessere Zeiten. Den Schießvergleichskampf im Oktober werden wir ausfallen lassen müssen, und auch hinsichtlich der Durchführung der Weihnachtsfeier habe ich große Bedenken. Verstehen Sie bitte alle, dass ich keine Risiken eingehen und keines unserer Mitglieder gefährden möchte. Wir sind alle in einem Alter, in dem die Ansteckungsgefahr groß ist. Und der Herbst und besonders der Winter sind Jahreszeiten, in denen eine besondere Gefahr besteht.

Ich hoffe sehr, dass wir im nächsten Jahr alle Veranstaltungen durch- bzw. in der für dieses Jahr geplanten Weise ausführen können.

Denken wir an diejenigen, die an Corona erkrankt waren, noch erkrankt sind oder von einem schlimmeren Schicksal betroffen wurden. Wir tragen alle eine große Verantwortung für uns und unsere Mitbürger. Seien Sie alle tapfer, zuversichtlich und hadern Sie nicht mit der augenblicklichen Situation. Es kommen wieder bessere Zeiten. Es geht vielen Millionen Menschen auf unserer Erde wesentlich schlechter als uns. Ich denke an Sie.

Ihr und Euer Peter Gerigk



**Vorsitzender:** Tobias Link  
**Gst.:** Buchtr. 4, 22087 Hamburg,  
Tel.: (040) 4140080, E-Mail:  
[kontakt@junge-ostpreussen.de](mailto:kontakt@junge-ostpreussen.de),  
[www.junge-ostpreussen.de](http://www.junge-ostpreussen.de)

Liebe junge Freunde Ostpreußens, das Bundestreffen des BJO ruft nach Magdeburg! Die diesjährige Bundesversammlung steht vor der Tür und tagt in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts.

Auf der Tagesordnung stehen neben den Themen wie „Mitgliederwerbung“ oder der „Wahl des Vorstandes“ auch die Stadtgeschichte und eine Überraschungsaktivität. Ostpreußisches Beisammensein in der Ottostadt bei Hundertwasserhaus und Elbe vom 02. bis 04. Oktober 2020. Meldet Euch

bei Interesse gerne unter [kontakt@junge-ostpreussen.de](mailto:kontakt@junge-ostpreussen.de). Anmelde-schluss ist der 13. September 2020. Wir freuen uns auf Euch!

Euer Vorstand

### Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.

Telefon: (040) 41 40 08 - 34

E-Mail: [renker@paz.de](mailto:renker@paz.de)

Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

ANZEIGE

Du bist nicht mehr da wo Du warst,  
aber Du bist überall wo wir sind.

**Georg Rehberg**  
\* 4. Juli 1930 † 27. August 2020

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied:

Marianne Rehberg  
Jürgen und Gabi  
Jutta und Markus  
Dirk und Britta  
alle Enkel und Urenkel

Traueranschrift: Familie Rehberg, c/o Bestattungshaus Emmerichs,  
Schulstr. 16, 40668 Meerbusch

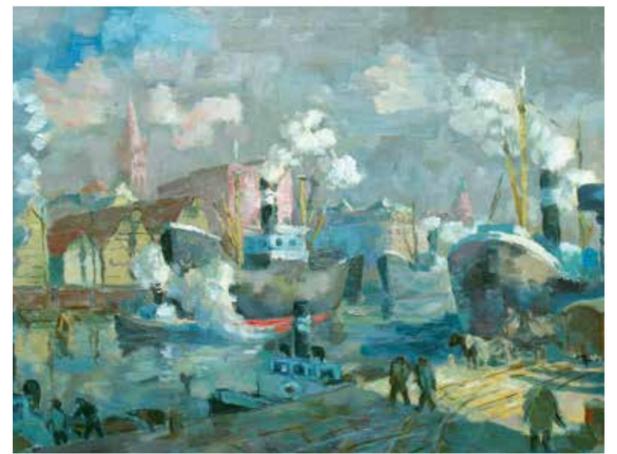
Die Beerdigung findet im engsten Familienkreis statt.

### Ostpreußen – Land der Sehnsucht Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2021“

**Der neue Kunstkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2021 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden. Anschließend kostet er 23,70 Euro.**

Der Kalender enthält für jeden Monat ein Blatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Landschaftsmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

**Die Motive zeigen Felder, Orte, Meer und andere magische Landschaftssituationen zu den vier Jahreszeiten.**



Künstler wie Horst Skoderrak, Karl Eulenstein, Karl Kunz und Gerhard Ernst Schaumann sind in diesem Kalender unter vielen anderen Malern dabei.

Der Kalender erscheint im Format 50 mal 35 Zentimeter und

kann bestellt werden bei: **typeart satz&grafik GmbH**, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: [info@typeart-dortmund.de](mailto:info@typeart-dortmund.de)



**Ehrung in Lüneburg** In Ausgabe 34 berichteten wir von einer Tagung der Landesgruppe Niedersachsen im Ostpreußischen Landesmuseum, bei der u.a. Dietmar Kiekel und Peter Meinecke für ihren Einsatz für Ostpreußen mit dem Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet wurden. Aus Platzgründen konnten wir leider das dazugehörige Foto nicht zeigen. Dies holen wir hiermit nach. Zu sehen sind die beiden Geehrten mit dem Direktor des Landesmuseums, Dr. Joachim Männert, der Vorsitzenden der Landesgruppe, Dr. Barbara Loeffke sowie MdB Eckehard Pols (v.l.n.r.)



### Kulturzentrum Ostpreußen

**Noch bis Ende September 2020 zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen eine Kabinett-ausstellung ausgewählter Werke des ostpreußischen Künstlers Ernst von Glasow.**

Im ersten Obergeschoß sind Kohle- und Tuschzeichnungen ostpreußischer Baudenkmäler und Landschaften zu sehen.

**Interessant ist die Biographie Ernst von Glasows.** Er wurde am 21. Juli 1897 auf dem Gut der Familie in Partheinen im Kreis Heiligenbeil geboren.

Schon in seiner Kindheit entwickelte er ein starkes ästhetisches Empfinden für die Formenspiele von Licht und Schatten, die für sein späteres Wirken als Künstler prägend wurden.

Nach dem Abitur 1914 erhielt er mit 17 Jahren seine Einberufung

zum Militärdienst im Ersten Weltkrieg, den er als junger Offizier an der Ost- und Westfront erlebte.

Nach Kriegsende war durch das Erbe des väterlichen Gutes sein Leben als Gutsbesitzer und Landwirt vorgezeichnet. Für die Kunst blieb ihm nur wenig Zeit. Auch im Zweiten Weltkrieg diente Ernst von Glasow als Offizier und kam tief geprägt durch den Krieg zu Verwandten nach Vechta ins Oldenburger Münsterland, wo bereits seine Frau und die sieben Kinder untergekommen waren.

Schon in amerikanischer Kriegsgefangenschaft hatte er sich dem Zeichnen von Aquarellen gewidmet. Von der südoldenburgischen Landschaft an die verlorene Heimat in Ostpreußen

erinnert, wagte er mit 49 Jahren den Neubeginn als freischaffender Künstler und schuf in seiner zweiten Lebenshälfte ein beachtliches Gesamtwerk, das sich mit wechselnden Themen und insbesondere mit dem Licht auseinandersetzte, das ihn schon seit seiner Kindheit fasziniert hatte. Ernst von Glasow starb im August 1969 im Alter von 72 Jahren.

**Die Öffnungszeiten** für diese Ausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich:

**Dienstag bis Sonntag, 10-12 Uhr und 13-17 Uhr** (auch an den Feiertagen).

**Kulturzentrum Ostpreußen  
Schloßstr. 9, 91792 Ellingen  
[www.kulturzentrum-ostpreussen.de](http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de)**

ANZEIGE

# Ostpreußen

## 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern 26.09.2020 in Schwerin

### verschoben auf 2021

Liebe Landsleute und Freunde der Heimat von nah und fern!  
Die anhaltenden Corona-Beschränkungen erlauben Innenveranstaltungen in MV noch bis 31.10.2020 nur für 200 Personen. Wir hatten bis zuletzt gehofft, aber ein Heimattreffen mit Sicherheitsabstand und Mundschutz ist nicht sinnvoll. So mussten wir uns schweren Herzens für 1 Jahr später entscheiden.

## Neuer Termin: 25. September 2021 Sport- und Kongresshalle Schwerin

Alle guten Wünsche für Gesundheit und Gottes Segen – bleiben Sie uns treu!

**Ihre Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V  
Vors. Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Erzählte Geschichte

„Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide / Miasto Goldap – brama do Puszczy Rominckiej“ ist der Titel einer zweisprachigen Publikation, die das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen veröffentlicht hat.

Die Zeiten der Besiedelung des Goldaper Landes um die Wende des 15./16. Jahrhunderts von Insterburg und Angerbung aus, die erstmalige urkundliche Erwähnung des Ortes „Goldap“ als Jagdhof im Jahre 1551, den Auftrag von Herzog Albrecht von Preußen, eine Stadt zu gründen und die Verleihung des kulmischen Stadtrechtes durch Herzog Albrecht II. Friedrich am 14. Mai 1570 an das „Städtlein Goldappe“ – alle diese geschichtlichen Daten enthält das durch das Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen aufgelegte Heft „Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide“.

Beschrieben wird die neue, planmäßig angelegte Stadt am Fuße des Goldaper Berges und der Seesker Höhe in seenreicher Gegend, die genau durch diese Lage den natürlichen Zugang der sich nordöstlich ausbreiteten Rominter Heide bildet. Im Lokationsprivileg

wurden ihr vier Jahrmärkte und ein Wochenmarkt am Montag zugestanden. Neben zwei Hauptstraßen und zahlreichen Nebenstraßen hatte sie einen 12 Morgen großen Marktplatz. Die Kirche wurde erst nach 1580 auf einer Anhöhe außerhalb der Stadt erbaut.

Nach Kriegswirren mit Polen und Tartaren, die die Stadt 1657 eroberten und vollständig brandschatzten, und der Neubesiedlung der Stadt durch Schweizer und Salzburger Glaubensflüchtlinge um 1732 erfolgte ein weiterer Aufschwung erst nach 1860, als Verkehrswege und Eisenbahnlinien errichtet wurden. Der erste Zug zwischen Insterburg und Lyck fuhr 1879 durch die Stadt.

Im August sowie im Oktober 1914 wurde Goldap gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges von den Russen mehrere Wochen besetzt. Der Wiederaufbau nach dem Krieg brachte der Stadt ein Stromnetz und eine Kanalisation, nachdem Gaslaternen schon 1901 eingeführt und 1905 ein Wasserwerk errichtet worden waren. Zwischen 1718 und dem Ersten Weltkrieg war der Ort Garnisonsstadt, danach zogen erst 1934/35 wieder Soldaten in die Stadt ein, die 1941 mitten im Aufmarschgebiet für den Russlandfeldzug lag. Bereits im Oktober 1944 gelang mit der Offensive der Roten Armee die Besetzung Goldaps, die Bevölkerung floh.

Der Geschichte der Garnison, der Kirchen der verschiedenen Konfessionen in der Stadt und im umliegenden Kreis sowie der Schulen sind gesonderte Kapitel gewidmet. Ein Abriss über Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft der Region rundet die Beschreibung ab, wobei die vier 1865 ansässigen Brauereien sowie der

Aufstieg der 1870 gegründeten Brauerei Krech genauer erläutert werden. Ergänzt wird das im Eigenverlag des Kulturzentrums erschienene Buch mit einem Blick auf das Kultur-, Gesellschafts- und Vereinsleben Goldaps und nicht zuletzt in einem eigenen Abschnitt auf die an die Stadt grenzende Rominter Heide.

Das 18-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Werk enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch verfasst.

Das Heft kann beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax: (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 3,50 Euro, zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es auch unter: http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de.



Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Im Rahmen der derzeitigen Situation und nach erneuter intensiver

Beratung werden wir unter Berücksichtigung der vorgegebenen Auflagen die diesjährige öffentliche Kreistagssitzung und danach das verkürzte Mohrunger Kreistreffen nur am Samstag, 19. September in Bad Nenndorf, Bahnhofstr. 8, im Grandhotel Esplanade, L'ORANGERIE, durchführen.

Die öffentliche Kreistagssitzung findet am 19.09.2020 um 10.00 Uhr statt. Die Einladungen wurden laut Satzung termingemäß verschickt.

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

- Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung des Protokolls vom 28.09.2019
- Bericht des Vorstandes
- Kassenbericht per 31.12.2019, Schatzmeister Frank Panke
- Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes
- Behandlung und Beschlussfassung der eingegangenen Anträge
- Beschlussfassung über die Druckauflage- und Kosten der Dokumentation
- Haushaltsvoranschlag 2021
- Anregungen und Hinweise für eine weitere aussichtsreiche Zukunft der Kreisgemeinschaft.

Im Anschluss an die Kreistagsitzung findet unser verkürztes diesjähriges Mohrunger Kreistreffen ebenfalls am 19. September in der L'ORANGERIE, mit folgendem Programm, statt:

- 12.30 Uhr Einlass in die Veranstaltungsräume
- Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin
- 13.00 Uhr Geistliches Wort: Pfarrer i.R. G.E. Friede Kolakowski

- Anschließend gemeinsames Mittagessen

- 14.30 Uhr Eröffnung der Ausstellung „Erinnerungen an unvergessene Orte im Kreis Mohrungen“ durch Kulturreferentin Gisela Harder

- 16.00 Uhr Buchvorstellung „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Autor Dr. Christopher Spatz berichtet von seiner Arbeit. Er erzählt von seinen Interviews, wie es den letzten Wolfskindern heute geht und von der öffentlichen Resonanz auf dieses Thema. Abschließend lenkt er den Blick auch auf die Nachkriegsschicksale von Kindern im südlichen Teil Ostpreußens. Für sein Wirken wurde ihm 2019 der Ostpreußische Kulturpreis verliehen. Nach dem Abendessen findet dann ein nettes Zusammensein mit kulturellen Beiträgen und weiteren Überraschungen statt.

Freuen wir uns gemeinsam auf die Lieder, die Josephina Strößner auf der Querflöte und Elisabeth Krahn auf der Mundharmonika spielen werden.

Zimmerbuchungen können Sie im Grandhotel Esplanade unter der Telefon-Nr. (057223) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hoteldesplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter Telefon (05723) 748560 behilflich.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme telefonisch unter (04122) 55079 oder per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net mitzuteilen.

Auch im Namen des Vorstandes bedanke ich mich im Voraus für Ihr Interesse und Kommen am 19. September 2020 nach Bad Nenndorf!

In heimatlicher Verbundenheit begrüßt Sie herzlichst

Ihre Ingrid Tkacz

Kreisvertreterin

Kreisgemeinschaft Mohrungen

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Advertisement for the foundation 'Zukunft für Ostpreußen!' with contact information and a small image of a castle.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German and English. Includes a 3x3 magic square and a word search section.

Schüttelrätsel

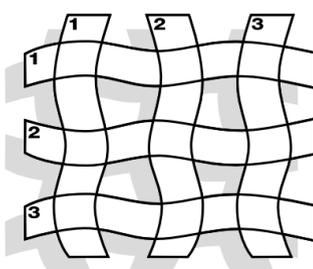
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for the 'Schüttelrätsel' with letters in question marks and some pre-filled letters.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für den kleinsten Intervall in der Musik.

Grid for the 'Mittelworträtsel' with words in the corners and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Vorname Nixons
2 nachprüfen, kontrollieren (Technik)
3 nordamerikanisches Gewässer

## KIRCHE MARIENFELDE

## Ein Symbol der Aussöhnung

Trauerfeier für den verstorbenen Osteroder Kreisvertreter Dieter Gasser in wiederaufgebautem Gotteshaus

Am 8. Juli fand in der Kirche Marienfelde im Landkreis Osterode ein feierlicher Gottesdienst zum Gedenken an den langjährigen Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Osterode, Dieter Gasser, statt. Dieser war im Januar verstorben und seine Familie hatte anstelle von Blumen um Spenden für die Kirche in Marienfelde gebeten. Die eingegangene Summe rundete die Kreisgemeinschaft auf 2000 Euro auf, die Kreisvertreter Burchard Gieseler am Ende des Gottesdienstes symbolisch überreichte.

Im Jahr 1982 war während eines Gewitters ein Baum auf das Dach der Kirche gestürzt, die in den folgenden Jahren zu einer Ruine verfiel. Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde die Dorfkirche Marienfelde unter der Federführung von Dieter Gasser wiederaufgebaut. Die Kreisgemeinschaft Osterode übernahm maßgeblich die Materialkosten, während die Arbeit im Wesentlichen von dem in Marwalde gelegenen Obdachlosenheim Makot geleistet wurde.

Der Gottesdienst, an dem neben dem Bürgermeister der Landgemeinde Osterode auch der Marschall von Ermland und Masuren, Gustaw Marek Brzezina, teilnahm, wurde vom Fernsehen übertragen. Pfarrer Kopacz und Superintendent Eggert gestalteten den Gottesdienst mit viel Empathie und Liebe. So stand auf dem Altar ein Foto von Dieter Gasser, neben dem zu Beginn der Feier eine Kerze entzündet wurde.

## Fernsehen übertrug Gottesdienst

In seiner Ansprache führte Gieseler Folgendes aus:

„Sehr geehrter Herr Pfarrer Kopacz, sehr geehrter Herr Superintendent Eggert, sehr geehrter Herr Marschall Brzezina, sehr geehrter Herr Bürgermeister der Landgemeinde Osterode Fijas, liebe Gemeinde. Auch wenn Sie diese Kirche bestimmt besser kennen als ich und die hier an der Kirchenwand hängende, von



In der wiederaufgebauten Kirche: Kreisvertreter Gieseler mit Pfarrer und Marschall Brzezina

Dieter Gasser verfasste Tafel schon oft gelesen haben, halte ich es doch für angemessen, dass ich Ihnen den Text noch einmal vortrage, um den Verstorbenen gewissermaßen selbst zu Wort kommen zu lassen. Anlässlich der Wiedereinweihung der Kirche im Jahr 2006 formuliert Dieter Gasser:

„Die Stadt und der Kreis Osterode Ostpreußen, diese herrliche Landschaft mit ihren Wäldern, Fluren und Seen, Städten und Dörfern, war mehr als 600 Jahre unsere und unserer Vorfahren Heimat. Wir mussten sie in der Mitte des 20. Jahrhunderts im Inferno am Ende des Zweiten Weltkrieges verlassen. Viele unserer Landsleute verloren damals ihr Leben. Wir gedenken ihrer in Trauer.“

Wir Überlebenden wurden in alle Gegenden westlich der Oder zerstreut. Hier haben wir mit Erfolg am Wiederaufbau des Landes mitgearbeitet und unser neu-

es Lebensumfeld, manche von uns auch in anderen Ländern, gefunden. In unseren Herzen aber lebt die Liebe zu unserer Heimat weiter. Die Verheißung der Gnade Gottes und seines Friedens bleibt unsere Zuversicht.“

Am 5. Januar verstarb Gasser nach langer schwerer Krankheit fern der geliebten Heimat im Alter von 85 Jahren. Er wurde am 20. Juni 1934 in Osterode/Ostpr. geboren und verlebte seine Kindheit in der Luther-von-Braunschweig-Straße, besuchte zunächst die Jahnsschule und später den – letzten – Sextanerjahrgang des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums. Am 20. Januar 1945 musste er mit seiner Familie vor der herannahenden Roten Armee die Flucht antreten.

Gasser hat Flucht und Vertreibung bis zuletzt nicht verwunden. Denn der Verlust der Heimat ist eine blutende Wunde, die niemals aufhört zu schmerzen. Doch

wie kam es zu der engen Beziehung von Gasser zu der Kirche Marienfelde?

Im Jahr 1324 wurde das Dorf Marienfelde gegründet und sogleich begannen seine Bewohner, Feldsteine zu sammeln, um in den Jahren 1386/87 diese Kirche zu errichten. In den folgenden sechs Jahrhunderten gingen die Menschen des Dorfes hier zum Gottesdienst, heirateten, ließen ihre Kinder taufen und konfirmieren und beweihten im Glauben an die Auferstehung ihre Lieben. Das Leben war hart, wie die vielen Kindergräber auf dem Kirchfriedhof noch heute bezeugen. Und immer wieder wurde das Land von Seuchen und Kriegen heimgesucht. Der furchtbarste aber traf das Dorf im Januar 1945, als die Hölle auf Erden über das Land hereinbrach.

Im Jahr 1982 fiel während eines Gewitters ein Baum auf das Dach der Kirche und zerstörte es. In den folgenden Jahren

verfiel die Kirche zusehends und als Prof. Steiner, von dem ich Sie ebenfalls herzlich grüßen soll, Ende der 90er Jahre erstmals die Ruine sah, konnte er sich kaum vorstellen, dass es gelingen könnte, die Kirche Marienfelde wiederaufzubauen.

Doch das Wunder geschah. Viele halfen mit und ich will hier niemanden namentlich hervorheben. Mit einer Ausnahme: Ohne das Obdachlosenheim „Markot“ in Marwalde wäre der Wiederaufbau der Kirche nicht möglich gewesen. Denn von ihm ging seinerzeit die Initiative aus, und seine Bewohner stellten ihre Arbeitskraft und ihr fachliches Können unentgeltlich zur Verfügung. Auch unsere Kreisgemeinschaft, also der Zusammenschluss der früheren Einwohner des Landkreises, griff damals tief in die Tasche.

So wurde die Kirche Marienfelde von Deutschen und Polen gemeinsam wiederaufgebaut. Dadurch wurde sie zu einem leuchtenden Symbol der Aussöhnung und des Friedens. Diese – im wahren Sinne des Wortes – wunderbare Wiederaufbauleistung hat das enge Verhältnis Dieter Gassers zu dieser Kirche begründet.

Nach dessen Tod hat seine Familie in der Traueranzeige darum gebeten, anstelle von Blumen für die Kirche Marienfelde zu spenden. Auf diese Weise sind 1880 Euro zusammengekommen, die unsere Kreisgemeinschaft auf 2000 Euro aufgerundet hat. Ich habe nun die große Ehre, Ihnen, Pfarrer Kopacz, diesen Betrag zu überreichen.“

Superintendent Eggert griff in seiner Predigt diese Ansprache des Kreisvertreters auf und unterstrich insbesondere den symbolischen Wert der Kirche Marienfelde für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen und für den Frieden.

Am Ende des Gottesdienstes wurde die neben dem Foto von Dieter Gasser stehende Kerze gesegnet, gelöscht und dem Kreisvertreter mit der Bitte überreicht, sie an die Witwe des Verstorbenen weiterzugeben. B. G.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Rückkehr von Altbekanntem an der „Westwand“

Deutsche Inschriften werden immer häufiger freigelegt und renoviert

Die deutsche Geschichte unter Putz und Farbe zu verstecken, das ging nur kurzfristig gut. Mit der Zeit löste sich so manche Stelle. Unter dem bröckelnden Putz kamen nun doch deutsche Aufschriften hervor. Eine Gruppe Breslauer Geschichtsenthusiasten ist nun auf der Suche nach solchen Stellen im Rahmen ihres Projektes „Unter dem Putz guckt Breslau raus“ (Spod tynku patrzy Breslau).

Initiator Grzegorz Czeakański von der Tadeusz-Karpowicz-Stiftung für Kultur und Bildung hat seine Mitstreiter animiert, die in der ganzen Stadt verteilten deutschen Aufschriften zu katalogisieren. „Wir wollten die auf unterschiedlichen Blogs oder sonst irgendwo im Netz erscheinenden Fotos und Informationen zusammenfügen“, so Maciej Wlazlo, Mitbegründer des Projektes. Daraus entsteht etwas Haptisches, ein Stadtplan, „den man auf eine Stadtbesichtigung mitnehmen kann“, so Wlazlo gegenüber Radio Breslau.

Den Anstoß zu ihrem Vorhaben erhielten die Geschichtsfreude durch das 75. Jubiläum des Kriegsendes. „Es ist an der Zeit, ohne Komplexe oder schlechte Emotionen über die deutsche Vergangenheit

Breslaus zu sprechen“, so der Fremdenführer und Autor des Blogs „Beard of Breslau“. Er findet, dass es der Stadt guttue, „denn das Wandern auf den Spuren deutscher Inschriften könnte eine zusätzliche touristische Attraktion werden“. Es sei interessant, einmal andere Wege bei der Erkundung einer Stadt zu gehen und so beispielsweise auf den Spuren einstiger Getreidemöhlen, Kolonialwarenläden oder Bierstuben zu wandeln. Für Wlazlo ist dabei der Bildungsaspekt wichtig: „Die Karte ist für Breslauer, aber auch für Touristen gedacht. Auch für Deutsche, denn sie wird gleich zweisprachig erscheinen.“ Der Stadtführer möchte anhand der neuen Karte selbst Rundgänge anbieten und dazu motivieren, immer mit offenen Augen durch alle Städte der „Westwand“ (ściana zachodnia) zu wandeln. Der Begriff steht im Polnischen umgangssprachlich für die 1945 unter polnische Verwaltung geratenen Teile Ostdeutschlands.

Auch in Oberschlesien wird derzeit an einem ähnlichen Projekt gearbeitet. „Vergessenes Erbe/Vergessene Inschriften“ präsentiert deutschsprachige Schriftzüge vorwiegend aus Oberschlesien. Der Journalist, Übersetzer und Autor Dawid Smo-

lorz aus Gleiwitz [Gliwice] dokumentiert zusammen mit dem Berliner Fotografen Thomas Voßbeck deutsche Inschriften, die nach Kriegsende nicht unwiederbringlich zerstört wurden. Für Smolorz gilt die Regel: „Je schlechter der Zustand einer Stadt, desto größer die Chance, dass hin-



Wappen an der „Roten Chemie“

ter dem alten Putz wieder Spuren vergangener Zeiten hervortreten.“ Er fand viele Relikte in der einst eleganten Stadt Beuthen [Bytom], die ihre besten Jahre hinter sich hat. „Vor allem im östlichen Teil der Innenstadt und im Stadtteil Roßberg [Rozbark], die beide in der Zwischenkriegszeit in geringer Entfernung zur pol-

nischen Grenze lagen, gab es sehr viele kleine Läden. Für ihn sind die Streifzüge durch die stark vernachlässigten Viertel der einstigen Grenzstadt eine Art „Inschriften-Archäologie“. Doch in seinem Fokus stehen auch kürzlich sanierte Gebäude, an denen die Inschriften gleich mitrestauriert wurden. So fand er in der Bahnhofstraße [ul. Dworcowa] in Hindenburg [Zabrze] ein Ladenschild aus der Vorkriegszeit, das restauriert und durch eine Glasscheibe gesichert wurde. Ähnliche Initiativen gibt es im benachbarten Gleiwitz – seiner Heimatstadt. Anlässlich der Eröffnung einer Pizzeria im Gebäude einer ehemaligen „Drogengroßhandlung“ wurden die ursprünglichen deutschen Schriftzüge – soweit es noch ging – erneuert. „Dabei wurde eine Inschrift aus deutscher Zeit an einem Bürgerhaus in der Nähe des Gleiwitzer Bahnhofs freigelegt und nachgezogen. Wie mir der Besitzer des Hauses erklärte, sei er selbst kein Deutscher, er respektiere eben die deutsche Vergangenheit seiner Heimatstadt“, sagt Smolorz.

Die wohl größte Überraschung bereitete ihm die Renovierung des Backsteinturms der sogenannten Roten Chemie

(Czerwona Chemia), des charakteristischsten Gebäudes der Schlesischen Technischen Universität Gleiwitz. „Nicht nur die zuvor kaum noch lesbare Inschrift ‚Maschinenbau- und Hütten-schule‘ wurde hier erneuert. Man hat auch den eindeutig deutsch anmutenden gekrönten schwarzen Adler, der über dem alten Wappen von Gleiwitz ragt, mitsaniert“, freut er sich.

Smolorz ist auch im einst österreichischen Teil des heute zur Republik Polen gehörenden Schlesiens unterwegs. Dort ginge man viel unverkrampfter mit den deutschen Spuren um, meint er. „Seit der Sanierung des Bielitzer Bahnhofs aus der Jahrhundertwende ist an seiner Fassade der Schriftzug ‚K.K. Privilegierte Kais. Ferd. Nordbahn‘ von weitem sichtbar“, zeigt er sich entzückt. Wie die Breslauer möchte auch Smolorz nicht auf seinem Wissen sitzenbleiben. Über seine „Inschriften-Archäologie“ publiziert er in polnischen und deutschen Zeitungen. Am 6. Oktober kann man ihm im Rater Haus Oberschlesien, am 7. Oktober im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus und am 8. Oktober in der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne begegnen. Chris W. Wagner

## GESCHICHTE

## Eigenwillige Adlige als Hexe verurteilt

Das Schicksal der Sidonia von Borcke bewegt bis heute

VON MARTIN STOLZENAU

Sidonia von Borcke entstammte einem einst einflussreichen pommerischen Adelshaus, kam mit ihrer Umgebung in verschiedene Konflikte und wurde schließlich von ihren Kritikern der Hexerei beschuldigt. Deshalb wurde sie vor 400 Jahren in Stettin in einem spektakulären Prozess als Hexe verurteilt, hingerichtet und auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Das führte damals in ganz Deutschland zu kontroversen Disputen, zu einer vielgestaltigen Nachwirkung und Verarbeitung in der Literatur. Auch Theodor Fontane nahm sich im Alter des Stoffs für seine Prosa an. Vor über 100 Jahren brachte dann Ludwig Hamann seinen Roman „Die Klosterhexe von Marienfließ und der Untergang des Pommerischen Herzogsgeschlechts“ heraus, der in die Überlegung einmündete, dass Sidonia von Borcke mit ihrer Hexerei auch das Erlöschen des herzoglichen Hauses der Greifen verursacht haben könnte.

**Gebildet, attraktiv, selbstbewusst**

Sidonia von Borcke wurde 1548 auf dem großen pommerischen Familienbesitz geboren. Als Stammvater der Familie gilt ein Adeliger mit wendischer Abstammung, der im 12. Jahrhundert zu den Vertrauten von Herzog Bogislaw I. von Pommern gehörte und mit Landbesitz entlohnt wurde. Seine Nachfahren mehrten in mehreren Familienzweigen den Besitz gewaltig, bildeten in Hinterpommern mit ihren Besitzungen den Borckischen Kreis mit mehreren Städten, der nach 1817 als Landkreis Regenwalde weiterbestand, und erwarben später auch in Vorpommern bis auf Usedom und sogar in Kurbrandenburg Besitz. Mitglieder der Familie bekleideten von Anfang an am Hof der Herzöge von Pommern und später auch in Kurbrandenburg höchste Ämter, wurden teilweise zu Grafen erhoben und hielten auf prachtvollen Schlössern wie Tolksdorf, Auerose, Pansin und Stargordt Hof.

Sidonia wuchs in einem der vielen Gutshäuser der Familie auf, wurde von Hauslehrern erzogen und entwickelte sich zu einer äußerlich überaus attraktiven jungen Frau mit großer Bildung und einem starken Selbstbewusstsein, die mit der männlichen Verwandtschaft – für damalige Verhältnisse recht ungewöhnlich – auf Augenhöhe verkehrte. Das sorgte in der Familie für Konflikte und schreckte auch potenzielle Heiratskandidaten, die vor allem ihre Schönheit und ihre große Mitgift im Auge hatten, ab. Der Familienstreit eskalierte, als Sidonia nach dem Ableben ihres Vaters als Frau die Eigenverantwortung über ihr väterliches Erbe beanspruchte. Das stieß rundum auf Ablehnung. Frauen waren und blieben lebenslang in der Obhut ihrer Väter, Vormünder oder Ehemänner. Sidonia galt wegen ihres Aufbegehrens in ihren Kreisen als zänkisch und händelsüchtig, ließ sich jedoch letztlich 1604 von der Familie zum Eintritt in das Stift im Kloster Marienfließ bewegen. Da war sie 56 Jahre alt.

**Eintritt ins Kloster**

Das Kloster wurde 1231 von der Adelsfamilie des Hans zu Putlitz in der nördlichen Prignitz an der Grenze zu Mecklenburg als Zisterzienserinnen-Abtei gegründet und nach der Reformation im Rahmen der Säkularisierung vom brandenburgischen Kurfürsten in ein freiweltliches Stift umgewandelt, in dem allein-stehende Damen aus dem Adel ein kirchlich geprägtes Standesleben führen konnten. Die Anlage gilt heute als ältestes Klosterensemble der Prignitz und wird



„Sidonia Von Bork“ – von Edward Burne-Jones, 1860. Das Gemälde ist in der Londoner Tate Gallery ausgestellt. Foto: Wikipedia

von der evangelischen Kirche als Alters- und Pflegeheim genutzt.

Hier verbrachte Sidonia von Borcke einige Jahre. Doch das nicht mehr ganz so junge Fräulein sorgte auch im Stift mit ihrem selbstbewussten Auftreten für Konflikte. Sie fühlte sich oft gegängelt, widersetzte sich der Priorin und legte gegen die ihr auferlegten Beschränkungen Beschwerde ein, die zur Bearbeitung bei Jost von Borcke landete, einem einflussreichen Verwandten, der das „schwarze Schaf der Familie“ endgültig in die Schranken weisen wollte.

**Anklage und Prozess**

So geriet Sidonias Beschwerde zum Bumerang. Jost von Borcke ordnete eine Untersuchung an, schickte die belastenden Aussagen der Klosterdamen und der Priorin, die die Beschwerdeführerin sogar der Hexerei beschuldigten, mit einem Kommentar an das Hofgericht in Stettin und löste damit einen Gerichtsfall aus. Am 21. November 1619 kam Sidonia von Borcke in Haft. Die Untersuchungsakten wurden zur Begutachtung zum renommierten Schöffensstuhl in Magdeburg geschickt. Nun mahnten die Mühlen der Justiz.

Der Schöffensstuhl galt als obergerichtliche Instanz und wurde aus ganz Deutschland sowie aus dem Ausland als Gutachter angerufen. Aber auch die Juristen der Domstadt standen zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges mehr denn je unter dem Einfluss eines mittelalterlich-christlichen Aberglaubens, der bestimmten Frauen mit einem unangepassten Auftreten Zauberkräfte zubilligte. 1487 wurde für die Untersuchung solcher Vorfälle von Dominikanerinnen verfasst, der „Erkennungszeichen einer Hexe“ vorgab und für die Ermittlung der Verstöße die „peinliche Folter“ gestattete.

Sidonia von Borcke wurde in der Folge unter der Folter nach ihrer angeblichen Hexerei befragt, bekannte sich unter unerträglichen Schmerzen als „schuldig“ und stand dann in Stettin vor Gericht. Die Richter verurteilten sie am 1. September 1620 als Hexe zum Tode. Am 28. September 1620 wurde die Adelige in Stettin mit dem Schwert gerichtet. Ihr Leichnam wurde danach verbrannt.

**Das Aussterben des Herzogshauses**

Als 1637 das pommerische Herzogshaus der Greifen ausstarb, wurde das im Sog der anhaltenden Hysterie um Hexerei

ebenfalls Sidonia von Borcke zugeschrieben. Dazu gesellten sich weitere Legenden, die Autoren immer wieder zu Prosaproduktionen anregten.

Parallel entstanden einige bildliche Darstellungen und Fantasiebilder von Künstlern, die je nach Interpretationsabsicht ihre einstige Schönheit betonten. So blieb das Schicksal der Sidonia von Borcke bis in unsere Tage interessant.

**Projekte zum Jahrestag**

400 Jahre nach dem Tod Sidonias von Borcke soll die Geschichte der Region aus einer weiblichen Perspektive betrachtet werden. Ab dem 19. August wird in polnischer und deutscher Sprache eine Informationskampagne in sozialen Netzwerken über die Geschichte, Politik und Gesellschaft dieser Zeit starten. Neben regelmäßigen Online-Beiträgen entstehen Hörspiele, die Sidonia eine Stimme geben, sowie Flyer und Broschüren.

Das Theater Brama aus Gollnow [Goleniów] und die Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg am Pommerischen Landesmuseum Greifswald haben sich als Leiter des Projektes zusammengeschlossen, um Geschichte für ein modernes Publikum zugänglich und erlebbar zu machen. Den interdisziplinären Ansatz unterstreicht zudem eine enge Zusammenarbeit mit Tourismusorganisationen, Stadtführern, Bibliotheken und Archiven auf beiden Seiten der Oder. Gemeinsam und mit finanzieller Unterstützung des Fonds für kleine Projekte der Euroregion Pomerania setzen die Projektmitstreiter die Jubiläumskampagne um. Die Gäste sind eingeladen zu einer Reise in die Zeiten der berühmten pommerischen Adelligen.

**Kriminalistische Untersuchung**

Auch das Pommerische Landesmuseum in Greifswald widmet sich dem Fall Sidonia.



Abbildung: Landesarchiv Greifswald

Im Klostergarten des Landesmuseums können Besucher die Schauspielerin Katja Klemt treffen, die sich in einer kriminalistischen Untersuchung der aktenkundigen Hexe Sidonia von Borcke widmet. „Ich möchte verstehen, wie man zu einer Hexe wird“, erklärt sie mit ihrer rauchigen Stimme. Mit dieser Stimme will sie der Geschichte Sidonias auch im Rahmen der im Projekt geplanten Kriminalpodcasts Gehör verschaffen.

Katja Klemt schreitet langsam zwischen den Beeten des Klostergartens. Hin und wieder bückt sie sich und riecht an einer Pflanze. Es ist schon August und viele Esskräuter und Heilpflanzen sind bereits verblüht. Sie bückt sich über das Bilsenkraut und riecht an den Blüten des Rainfarns. Hatte Sidonia das einst im Garten des Stiftes Marienfließ auch getan?

**Weitere Informationen**

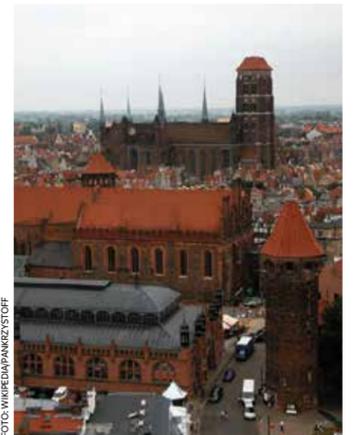
<https://s1620.eu>

[www.pommersches-landesmuseum.de](http://www.pommersches-landesmuseum.de)

**NEUES AUS DANZIG**

## Feierliche Bestattung in St. Nikolai

Bei Restaurierungsarbeiten der gotischen Backsteinkirche St. Nikolai, die mit der Katharinenkirche als die älteste Danzigs zählt, entdeckte man 2018 und 2020 zahlreiche menschliche Gebeine, die wissenschaftlich ausgewertet wurden. Es gestaltete sich als schwierig, das Alter genau zu bestimmen; jedoch kann man aufgrund kleiner Fundstücke wie Fragmenten eines Eherings und eines Rosenkranzes davon ausgehen, dass diese Menschen in der Neuzeit lebten. Es wurden insgesamt ca. 2600 Knochen analysiert und archiviert. Das sind die Überreste von mindestens 64 Menschen unterschiedlichen Alters. Am 5. September 2020 wurden die Überreste in der Krypta der Kirche bestattet und es fand eine Trauerfeier statt.



Danziger Wahrzeichen: Die Kirche St. Nikolai – umgeben von den Markthallen und dem Turm „Kiek in de Kök“ im Vordergrund und von der Marienkirche im Hintergrund

Die erste Nikolaikirche wurde bereits um 1180 erbaut und fungierte zunächst als Bürgerkirche, die dann aber dem Dominikanerorden zugeschrieben wurde. 1384 begann man mit dem Bau des jetzigen Gotteshauses, mehrfach baulich ergänzt. Über Jahrhunderte gehörte sie dem Dominikanerorden. 1834 wurde dieser aus Danzig vertrieben, die Kirche wurde zur katholischen Pfarrkirche.

St. Nikolai ist die einzige gotische Backsteinkirche Danzigs, die 1945 nicht zerstört wurde. Seit diesem Zeitpunkt übernahmen die Dominikaner wieder die Kirche. Diese wurden ihrerseits von den Sowjets aus ihrem Kloster Lemberg vertrieben. BS



Das Hauptschiff von St. Nikolai

# „Olaf Scholz kann mir leidtun“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Hervorragend, Herr Heckel, das ist freier Journalismus. Danke! Ich empfehle diese Zeitung gerne weiter. Bleiben Sie bitte dieser Linie treu“

**Norbert Hildebrandt, Plech**  
zu: „Anschlag und Weckruf zugleich“  
(PAZ-Online vom 28. August)



PAZ-Online vom 28. August

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**LINDNER IST DAS PROBLEM**  
ZU: DIE BEÄNGSTIGENDE KRISE  
DER BÜRGERLICHEN FREIHEIT  
(NR. 35)

Seit Jahren hängt die FDP in den sprichwörtlichen Seilen und ist wie im Boxkampf stark angezählt. Dabei hatte sie alles in der Hand: 2009 erreichte sie mit 14,6 Prozent der Zweitstimmen zur 17. Bundestagswahl quasi jene Ergebnisse, die jetzt die AfD einfährt. Damit wird deutlich, dass die FDP als politische Protestartikulation und Bündelung unzufriedener Bürger 2009 wahrgenommen wurde und schon damals durchaus hätte Profil entwickeln können.

Stattdessen wurde sie der Regierungsjuniorpartner der CDU/CSU, opferte liberale Positionen – siehe unter anderem den Verzicht auf die Einhaltung des Maastricht-Vertrags – auf dem Altar der Koalition und verlor ihr Image, ihr Profil und wahrscheinlich auch einen Teil ihrer Identität. Lindner war auch damals schon – als Generalsekretär – führend in der FDP. 4,8 Prozent war die Ausbeute zur Bundestagswahl 2013 und der Einzug in den neuen Bundestag vertan. Zu Recht!

Man kann daraus durchaus den Schluss ziehen, dass der Erfolg der damals neugegründeten AfD zu einem großen Teil auf den Niedergang der FDP zurückzuführen ist. Jedenfalls gilt dies für die Jahre 2013 bis 2015.

Hintergrund einer solchen Entwicklung ist, dass die FDP ihr liberales Profil nicht entwickelt. Sie „gewinnt“ nur durch gutaussehende Frauen und eitle Männer mit Drei-Tage-Bärten. Das reicht nicht mehr und hat eigentlich nie gereicht, um verantwortungsvolle Politik in Deutschland zu übernehmen.

Die FDP hat sich aber seit Jahren darauf verlassen, dass es ein Herr Lindner schon richten wird. Aber Lindner richtet es nicht mehr. Er kann es nicht, und wahrscheinlich konnte er es nie: liberale Politik. Ein Armutszeugnis war es auch, einen FDP-Ministerpräsidenten in Thüringen, der legitim gewählt worden war, zum Abtreten zu zwingen.

Linders Schweigen zu den Freiheitsrechten, die durch die Corona-Maßnahmen beschnitten werden, sein Schweigen zum verfassungswidrigen Handeln der Regierung, sein Schweigen zur verantwortungslosen Geldpolitik der EZB und EU, sein Schweigen und seine vollkommene Untätigkeit insgesamt, um liberale Politik (be)greifbar zu machen, zeigen nur eins: seine unendliche Inkompetenz als liberaler Politiker.

Leider scheint es am politischen Horizont niemanden in der FDP zu geben, welcher die Aufgabe des Herrn Lindner übernehmen wollte. Zu sehr ist die Position des FDP-Vorsitzenden zu einem Schleudersitz geworden. Schon der neue Schatzmeister ist erst seit wenigen Monaten in der FDP – das Personal, das Verantwortung übernehmen könnte, scheint sich wegzuducken.

Lindner geht gerne auf Partys der Hauptstadt, wechselt hier und da seine Frau aus, ist „everybody's darling“ und macht seinen Jagdschein. Alles Dinge, die dieses Land wirklich nicht weiterbringen. Sind die Umfragewerte schlecht, wird eine (gutausschende) Linda Teuteberg, die sich wirklich redlich als Generalsekretärin fachlich sowie liberal engagierte und vieles besser machte als ihre Vorgänger, gegen einen eher farblosen Volker Wissing ausgetauscht.

Wenn „Sex sells“ nicht mehr wirkt, scheint Lindner auf die Wirtschaftskompetenz zu setzen. Man braucht nicht lange zu warten: Auch der neue Generalsekretär Wissing wird bald als Sündenbock für Lindner stehen müssen. Kurz: Lindner ist nicht die Zukunft der FDP, er ist das Problem und er müsste eigentlich dringend ausgetauscht werden. In der Wirtschaft findet er bestimmt – wie so mancher seiner Politikerkollegen – bald eine gutdotierte Stelle.

Hoffentlich sucht sich die FDP dann einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende, die vielleicht weniger gut aussieht, aber endlich liberale Politik kompetent umsetzt und für diese Werte eintritt. Der FDP und Deutschland wäre es zu wünschen. *Dr. Eibe Himrichs, Rengshausen*

**DER MOHR KANN GEHEN**  
ZU: IM RAUSCH DER MACHT  
(NR. 35)

In Berlin gibt es eine „Mohrenstraße“, die im Zuge der Debatte über Rassismus umbenannt werden soll. Eine Bevölkerungsbeteiligung ist nicht vorgesehen, und es können auch keine alternativen Umbenennungsvorschläge eingereicht werden. Die Anrainer und die Stadtgesellschaft sollen nur zuvor informiert werden.

Die AfD-Fraktion wollte den Namen „Mohrenstraße“ in Berlin beibehalten, ebenso ein gewisser „Oliver Friederici“ von der Berliner CDU. Die SPD und die Grünen setzten schließlich den Vorschlag für die Umbenennung der Mohrenstraße durch; die Linke-Fraktion ist auch für die Umbenennung. Ich frage mich da ganz ernsthaft, ob es zurzeit keine anderen Probleme auf der Welt gibt als diese sinnlose Erbsenzählerei.

Im Telefonbuch Nürnberg/Fürth 2020, gültig bis Juni 2021, gibt es tatsächlich Menschen mit dem Namen „Mohr“. Das ZDF zeigt seit 2002 die Krimiserie: „Die Rosenheim-Cops“, der österreichische Schauspieler und Sänger Max Müller spielt in dieser Serie die Rolle des Polizeihauptmeisters Michi Mohr.

Ob sich die Menschen in Nürnberg und Fürth mit dem Namen „Mohr“ umbenennen werden, und ob sich auch der Polizeihauptmeister Michi Mohr aus den „Rosenheim-Cops“ umbenennen muss, das ist mir nicht bekannt.

*Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**EIN BISSCHEN SCHWANGER**  
ZU: DER VERRAT DER SPD AN SICH  
SELBST (NR. 33)

Da die SPD vor 1990 in der DDR verboten war, gründete ich mit ehemaligen Schülern, meinem Gatten und Freunden die SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) im Ascherslebener Raum (umliegende Dörfer), da wir in der Kirche Kenntnis von der SDP-Gründung in Berlin-Schwante erhielten.

Meine Begeisterung für den absoluten Linkskurs, der dann in der Liebesbeziehung zur PDS gipfelte, zeigte mir, dass ich in der völlig falschen Partei gelandet bin. Ich nehme an, dass man heute neben Herrn Sarrazin auch Helmut Schmidt rauschmeißen würde.

Auf dem Programmparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1989 in Berlin war ich als Gast geladen, und führende SPD-Politiker (Hans-Jürgen Wischniewski, Sigmar Gabriel, Jürgen Schmude) nannten mich einen kleinbürgerlichen Spießler, wenn ich eine Wiedervereinigung wolle. Sie wären alle froh, wenn sie endlich ihr Ziel, den Sozialismus in ganz Deutschland, erreichen würden. Natürlich einen demokratischen Sozialismus. Das ist das gleiche wie ein bisschen schwanger.

Die Wähler sollten sich überlegen, die SPD zu wählen. Sie steht verantwortungsvoll für das Debakel am Berliner Flughafen BER. Hier glänzen die verantwortlichen Politiker durch Inkompetenz, Verantwortungslosigkeit, Großmannssucht, Geldverschwendung.

Zur Kaiserzeit baute man den herrlichen Bahnhof in Metz in zwei Jahren. Heute würde allein die Baugenehmigung länger dauern.

Olaf Scholz ist ein erfahrener, verhältnismäßig konservativer und sympathischer SPD-Politiker. Er kann mir leidtun.

*Bärbel Ballhorn, Aschersleben*

**ANDERE LITTEN MEHR**  
ZUM LESERBRIEF: KLARE FAKTEN  
ZU TSCHECHIEN (N. 29)

Die ČSR war ein Konstrukt der Pariser Vorortverträge von 1919. Sie war ein Vielvölkerstaat unter der Dominanz der Tschechen. 1939 zerbrach dieser Staat. Innerböhmen und -mähren wurden Reichsprotektorat mit Verwaltungsautonomie. Dazu gehörten auch eine eigene Währung, Polizei, Post und Eisenbahn. Im Vergleich zu anderen überstanden die Tschechen den Krieg sehr gut.

*Franz-Jürgen Schulze, Dresden*

ANZEIGE

## Die lautlosen Killer der Menschheit

■ Seit 1995 hat sich die Welt grundlegend verändert. Das gilt insbesondere für den Gesundheitsbereich, denn seitdem explodieren rund um den Globus die Zahlen für chronische Krankheiten. Die wahren Ursachen bleiben für die konventionelle Medizin oft im Dunkeln. Sie findet deshalb auch keine nachhaltigen Antworten auf die modernen Seuchen, die inzwischen große Teile der Weltbevölkerung – jung wie alt – heimsuchen: Alzheimer, chronische Darmprobleme, Krebs, Hyperaktivität, tiefgreifende Entwicklungsstörungen, Depressionen, Panikattacken, chronische Erschöpfung, Schlafstörungen, Herzrhythmusstörungen und viele bis dahin unbekannte Erkrankungen.

Gleichzeitig haben sich zwei unheilvolle Umweltbelastungen massiv ausgebreitet und verstärkt: zum einen das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat, zum anderen der Mobilfunkstandard 5G, die neueste Generation des Elektromogs. Von der Medizin nur selten als Ursache erkannt, von unseren Sinnesorganen nicht wahrgenommen, sind sie die lautlosen Killer der Menschheit.

**Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen**

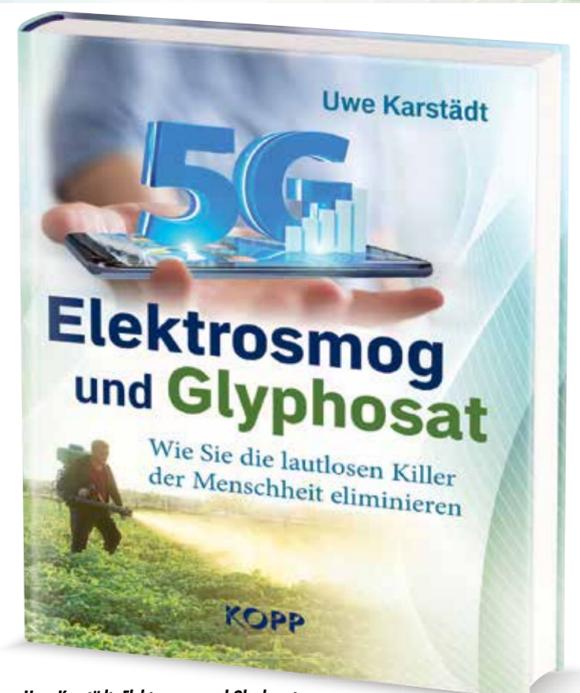
Tausende Tonnen Glyphosat sickern jährlich weltweit in Erde und Wasser und landen in unseren Nahrungsmitteln, Getränken und sogar in der Luft. Der Verseuchung der Umwelt folgt die Zerstörung in unserem Körper: Die lebenserhaltenden Mikroben im Darm werden vernichtet und die Funktionen aller Organe massiv gestört. Als wäre dies nicht schon schlimm genug, werden wir unablässig und zunehmend mit künstlichen elektromagnetischen Frequenzen bestrahlt. Aufgrund eines weltweit ausgebauten 5G-Netzes mit Mil-

lionen von Sendestationen und Satelliten wird es bald für niemanden mehr ein Entrinnen geben.

**Lebensrettung:**  
Die lautlosen Killer eliminieren

Tausende von Studien von renommierten Wissenschaftlern weisen auf die destruktive Wirkung dieser beiden Geißeln der Menschheit hin. Das gigantische Experiment mit der Gesundheit der Menschheit läuft mithin auf vollen Touren. Nur wer die Gefahr erkennt, kann sich auch dagegen schützen.

Lesen Sie in *Elektromog und Glyphosat* die spannenden Hintergrundinformationen des Heilpraktikers und Bestsellerautors Uwe Karstädt. Seit über 20 Jahren schätzen seine Leser die verständliche Form, mit der er komplexe Zusammenhänge aufbereitet. Profitieren Sie von 35 Jahren Berufserfahrung und schützen Sie sich und Ihre Familie mit praktikablen Lösungen, die sich auf der ganzen Welt bewährt haben.



Uwe Karstädt: *Elektromog und Glyphosat*  
gebunden • 320 Seiten • durchgehend farbig illustriert  
Best.-Nr. 980 800 • 22,99 €

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Zu den populären Seebädern Ostpreußens gehörte im hohen Norden der Fischerort Nidden [Nida], Kreis Memel, auf der Kurischen an der Poststraße von Königsberg nach Memel. Der Ortsname ist preußischen Ursprungs und hat die Bedeutung „fließen, auf- und abtauchen“. Heute ist die Ortschaft mit ihrer reizvollen Lage zwischen Haffküste, Wanderdünen und Wald das beliebteste Seebad der Republik Litauen und ein wichtiges touristisches Ziel des Staates.

Nidden ist Sitz der Gemeindeverwaltung der Kurortgemeinde Neringa auf der Kurischen Nehrung. Die 98 Kilometer lange Halbinsel an der Nordküste des Samlands ist seit 2000 als UNESCO-Weltnaturerbe gelistet. In sowjetischer Zeit war die Nehrung bis 1961 militärisches Sperrgebiet. Seit 1990 gehört sie zur Hälfte wieder zu Litauen wie schon von 1923 bis zum Jahr 1939, als das Memelgebiet aufgrund eines deutschen Ultimatums an Litauen wieder an das Deutsche Reich übergeben wurde. Die südliche Hälfte gehört heute zum Königsberger Gebiet.

Schon bald nach Wiedererlangung der litauischen Unabhängigkeit 1990 beflügelte der Kur- und Urlaubstourismus den Wiederaufbau des Ortes mit seinen 1500 Einwohnern. Der Anstrich der kleinen und größeren Holzhäuser ist in den typischen Farben Kobaltblau, Titanweiß und Rostrot gehalten. Neben der reizvollen Architektur hat die grandiose Landschaft der Kurischen Nehrung seit dem 19. Jahrhundert auch viele Künstler und Schriftsteller angezogen.

Touristen aus ganz Europa besuchen Nidden auf ihrer Baltikum-Rundreise. Erholung suchende Ostseurlauber kommen überwiegend aus Litauen und Russland. Nach Nidden gelangt man mit der Fähre von Memel [Klaipėda], aber auch die Anfahrt mit dem Auto oder im Reisebus ist möglich. Unterkunft bieten Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen und gegebenenfalls der Campingplatz.

Für deutsche Touristen ist der Besuch des Sommerhauses von Thomas Mann fester Programmpunkt, heute ein deutsch-litauisches Kulturzentrum. In dem reetgedeckten hölzernen Fischerhaus verbrachte der weltbekannte Autor und Nobelpreisträger von 1930 bis 1932 die Sommermonate, bevor er 1933 in die USA emigrierte. In Nidden findet jedes Jahr ein Thomas-Mann-Festival mit Lesungen, Diskussionen und Konzerten statt.

#### Das „Sotschi des Nordens“

Dank der Förderung des Hotelbesitzers und Kunstsammlers Hermann Blode (1862–1934) entwickelte sich Nidden Ende des 19. Jahrhunderts zu einem bedeutenden Treffpunkt und Arbeitsort zahlreicher Maler und Schriftsteller. Nach Lovis Corinth zog es unter anderem die Brücke-Maler Max Pechstein und Karl Schmitt-Rottluff an die baltische Ostseeküste. Ab 1900 vergab die Kunstakademie Königsberg sogenannte Blode-Stipendien. In dem ehemaligen Hotel von Blode befindet sich ein Dreisternehotel, das ein kleines Museum zur Geschichte der Künstlerkolonie Nidden unterhält.

An der 115 Kilometer langen Nordküste des Samlands im russischen Teil Ostpreu-



Das architektonische Erbe Ostpreußens blieb hier weitgehend bestehen: Am Strand von Rauschen

Foto: Mauritius

# Königsbergs Badewannen

Nidden, Cranz, Rauschen und Co. – Die sonnenverwöhnten Seebäder Ostpreußens

ßens ist die touristische Infrastruktur der meisten Ostseebäder derzeit noch im Entstehen begriffen und erreicht noch längst nicht westeuropäische Standards. Einst wie heute können die Königsberger mit der Bahn – „Elektritschka“ nennt man sie heute – ihrer Stadt entfliehen und binnen einer halben Stunde das Strandleben an der See genießen.

Die beliebtesten „Badewannen“ der Königsberger waren und sind die nur 30 und 35 Kilometer von der Stadt entfernten Kur- und Badeorte Cranz [Selonogradsk] und Rauschen [Swetlogorsk] an der Bernsteinküste. Rauschen mit seiner Steilküste und den wildromantischen Schluchten hatte einst den Status eines „Volksbads“, während Cranz die komfortableren Einrichtungen bot und sich früh als Treffpunkt der „besseren Gesellschaft“ etablierte.

Als eine von wenigen Städten Ostpreußens überstand Rauschen den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet, was zur Folge hatte, dass Cranz und Rauschen ihre Spitzenplätze als beliebteste Bade- und Luftkurorte Ostpreußens tauschten. Rauschen wurde in der Sowjetzeit zum „Sotschi des Nordens“.

Der Name Rauschen ist preußischen Ursprungs und bedeutet „feuchtes, sumpfiges Tal“. Bereits 1820 wurde das Seebad im wei-

ter landeinwärts gelegenen Dorf gegründet. Der Ortsteil auf der Düne, ein ehemaliges Fischerdorf, wurde erst nach der Eröffnung der Anschlussstrecke der Samlandbahn in Richtung Düne im Jahr 1906 weiter ausgebaut. Seitdem verlagerte sich das Zentrum auf dieses Gelände, auf dem zahlreiche Hotels und Villen entstanden.

Zu den Sehenswürdigkeiten gehörte die 1912 in Betrieb genommene Drahtseilbahn an der Steilküste, damit die Badegäste bequem den Höhenunterschied von 43 Metern zwischen dem Ort und dem Strand überwinden konnten. Prominente Besucher wie Käthe Kollwitz, Thomas Mann, Hermann Sudermann und Ernst Wichert genossen hier die Sommerfrische sowie ein breit gefächertes Kultur- und Sportangebot.

Seit den 60er Jahren war Rauschen Urlaubsort der Parteifunktionäre und das beliebteste Seebad der Russen in der Oblast. Während im Wohn- und Geschäftsviertel Rauschen-Ort [Swetlogorsk-I] zahlreiche Plattenbauten entstanden, blieb das architektonische Erbe im Ortsteil Rauschen-Düne [Swetlogorsk-II] größtenteils unverändert erhalten. Beide Ortsteile haben eigene Bahnhöfe. Das Seebad pflegt sein historisches Flair und setzt seit Ende des Kalten Krieges auch auf Urlaubsgäste aus dem Westen.

Rauschen ist Heilbad für Erkrankungen des Herz-, Kreislauf- und Nervensystems. Die Sanatorien, Hotels und Restaurants sowie der Park mit dem Teich um das Kurzentrum am alten Wasserturm wurden instandgesetzt. Viele herrschaftliche Villen im Kiefernwald sind erhalten, und neue Villen im alten Stil wurden errichtet. In Rauschen-Düne findet das Strand- und Kurleben statt.

#### Russischer Geldadel bevölkert Cranz

Zu den größten Kurhäusern zählen das Sanatorium Jantanyj Bereg, das Militärsanatorium im ehemaligen Kurhaus, und das „Swetlogorsk“, ehemals Hotel Hartmann. Die Seepromenade und der nun wesentlich schmalere Strand sind über eine breite Treppe, mit dem Fahrstuhl im Turm oder einer Seilbahn im westlichen Abschnitt erreichbar.

Von den zahlreichen Seebädern an der ostpreußischen Ostseeküste unterschied sich

Cranz durch seinen Status als „königliches Seebad“, den es von seiner Gründung 1816 bis 1895 besaß, und von den übrigen samländischen Badeorten an der Steilküste durch seine Lage auf niedrigen Uferhügeln. Bereits im Jahr 1785 wurde das kleine Fischerdorf Cranzkuren mit Sitz eines königlichen Forstamts als „königliches Fischerdorf“ in den Urkunden erwähnt. Der Name besagt, dass hier einst Kuren am Strand siedelten.

1816 und 1817 entstanden auf Anregung des Arztes Friedrich Chr. Kessel ein Kalt- und ein Warmbadehaus, sehr viel später, 1884, die Moorbäder. Man sagte der Gegend die größte Heilwirkung von allen Badeorten nach. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Cranz immer mehr vom ostpreußischen Adel frequentiert, während die Bürgerlichen Rauschen und Neukuren als Sommerfrische bevorzugten.

Das änderte sich nach dem Bau der Chaussee 1852 und vollends nach dem Anschluss an das Eisenbahnnetz 1884. Cranz entwickelte sich zu einem mondänen, stark frequentierten Kurbad. Es entstanden große Hotels, zahlreiche Pensionen, die Strandpromenade und ein Park, in dem mehrmals täglich Kurkonzerte gegeben wurden. Bei dem Publikum herrschte ein ausgeprägtes Standesbewusstsein. Die Hautevolee der Sommergäste vergnügte sich mit Soireen, Whistspiel und ließ sich mit Theateraufführungen unterhalten. Für Sportliebhaber organisierte die Badewaltung schon vor dem Ersten Weltkrieg Pferde- und Hunderennen, ein Tennisturnier, Tontaubenschießen und Seefeuwerke.

Während des Zweiten Weltkriegs verblasste der noble Charakter des Seebads. Das vornehme Publikum blieb aus. In der Sowjetzeit wurde Cranz als Kurort weitergeführt. Anstelle der hölzernen Flanierstrecke wurde eine breite Betonpromenade am Strand angelegt, der trotz erneuerter Schutzbauwerke zusehends schmaler wird. Große Teile der alten deutschen Bebauung im Seebäderstil sind erhalten geblieben, aber die Bausubstanz verfiel lange Zeit. Erst seit den 2000er Jahren wurde die Instandsetzung der Gebäude forciert. Inzwischen errichteten in Cranz reiche Moskauer ihre Privathäuser. Statt alten ostpreußischen Adels sonnt sich nun russischer Geldadel in den Seebädern.

Preußen gilt als Erfinder der Seebäder in Deutschland. Der Abschluss der vierteiligen Miniserie in der PAZ widmet sich den Seebädern in Ostpreußen



Perle an Ostpreußens Küste: Promenade von Cranz auf historische Karte Foto: imago/Arkivi

## ● FÜR SIE GELESEN

## Peter Weck zum 90. Geburtstag

Mit einem wie ihm möchte man gerne befreundet sein. Beinahe jeder im Lande hat den liebenswerten Wiener Peter Weck im Gedächtnis. Sei es, dass man ihn in frühen Filmen der 1950er Jahre an der Seite von Romy Schneider und Peter Alexander in Erinnerung behielt oder aber ihn in der Erfolgsserie der 1980er Jahre „Ich heirate eine Familie“ lieb gewonnen hat. Weck hat sich mit seinem Charakter, seiner Schauspielkunst und seinem Talent in den Herzen der Zuschauer nicht nur einen Platz, sondern einen regelrechten Ohrensessel erobert.

## Frühe Bühnenerfahrung

Dieser ewige „Sonnyboy“ ist, man glaubt es wirklich kaum, im August stolze 90 Jahre alt geworden. Der Amalthea Verlag in Wien brachte zu diesem Ehrentag eine erweiterte Biografie des Künstlers unter dem Titel „War's das?“ mit zahlreichen Abbildungen aus Wecks Privatarchiv heraus. Auf über 300 Seiten berichtet ein Mensch über sein Leben, der wie viele andere seiner Generation eine Kindheit und Jugend in schwierigen Zeiten erlebte. Geboren 1930 in einer Familie, die ihm Geborgenheit gab, gingen die Kriegsjahre auch an dem jungen Weck nicht unbemerkt vorbei.

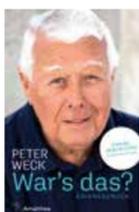
Nur wenige wissen, dass er schon früh bei den berühmten Wiener Sängerknaben als Sopransolist tätig war und so bereits damals viele Konzerttourneen miterleben durfte. Eine Ausbildung am Max-Reinhardt-Seminar in Wien folgte und führte ihn direkt auf seinen so erfolgreichen Lebensweg. Er war Mitglied des Wiener Burgtheaters und übernahm 1983 die Direktion des Theaters an der Wien, 1987 dann die Generalintendanz der Vereinigten Bühnen Wien. Auf wie vielen „Hochzeiten“ dieser begnadete Künstler tanzte, ist den meisten sicher nicht bekannt. Besonders hat er sich auch in seiner Regietätigkeit zahlreicher Produktionen hervorgetan und ist mit Preisen und Auszeichnungen überhäuft worden.

## Mit Witz und Selbstironie erzählt

Immer wieder fließen auch private Berichte mit ein, in denen vom Kennenlernen seiner Ehefrau und den Geburten seiner Kinder berichtet wird. Mit Witz, leichter Selbstironie und immer dem Schalk im Nacken beschreibt der beliebte Wiener seinen Werdegang, der ihn sogar nach Übersee führte und auf zahlreiche renommierte Bühnen in Europa. Man hat beim Lesen das Gefühl, einem Familienmitglied zu lauschen, das aus seiner Kindheit, Jugend und den schwierigen Anfängen seines Berufslebens berichtet. Kleine Episoden, wie sie viele andere der Generation auch erlebt haben, reihen sich aneinander, und es macht Spaß und fesselt, den Geschichten zu folgen. Wie in jedem Leben gab es auch in der Vita des Schauspielers tragische Momente, von denen Peter Weck in berührender Weise berichtet.

Am Ende des Werkes folgt eine ausführliche Datensynopsis seiner künstlerischen Laufbahn.

Silvia Friedrich



**Peter Weck:** „War's das? Erinnerungen“, Mitarbeit: Susanne Felicitas Wolf, Amalthea Signum Verlag, Wien 2020, gebunden, 384 Seiten, 28 Euro

## ANTON TSCHECHOW



## In der Sommerfrische

Leben auf der Datscha im 19. Jahrhundert: Wunderbare Naturgeschichten, köstliche Sommerbekanntschaften und Ratschläge zum Angeln

**Sommergeschichten** von Anton Tschechow hat der Diogenes Verlag in einem Sammelband neu zusammengestellt. Neben bekannten Geschichten wie „Der Mensch im Futteral“, in der ein kleiner Beamter sich aus der Hülle seiner Verpflichtungen nicht lösen und sich daher nicht entspannen kann, gibt Tschechow nicht

ganz ernst gemeinte Angelratschläge. Der Beobachter menschlicher Eigenarten erzählt von Amouren, zufälligen Bekanntschaften, gesellschaftlichen Zusammenkünften oder Jagderlebnissen, wie sie in der Sommerfrische wohl auch heute noch vorkommen, wenn sich auch sowohl die russische Gesellschaft als auch die Ur-

laubsgewohnheiten verändert haben. Ein Lesegenuss ist Tschechow in jedem Fall. *Manuela Rosenthal-Kappi*

**Anton Tschechow: „Sommergeschichten“**, Diogenes Verlag, Zürich 2020, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro

## DDR-SPIONAGE

## Braune Schmierereien und antisemitische Parolen

Heribert Schwan deckt anhand der Auswertung von Stasi-Akten die systematische Unterwanderung bundesdeutscher Regierungen auf – 81.000 Blatt Aktenmaterial wertete er aus

VON BERND KALLINA

**H**eribert Schwan hat mit seinem Werk „Spione im Zentrum der Macht“ ein lesenswertes Buch vorgelegt, das nochmals die Zeit des geteilten Deutschland Revue passieren lässt. Dabei dokumentiert er die schier unglaublich gigantische Wühlarbeit der DDR-Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), so der Name der DDR-Auslandsspionage, gegen die Bundesrepublik anhand von Hunderten von Beispielfällen. Schwan wertete über 81.000 Blatt Aktenmaterial aus, um die systematische Unterwanderung der Bonner Regierungen von 1949 bis 1989 in groben Zügen nachzuziehen. Dass es zu dieser Aufarbeitung überhaupt kommen konnte, ist der Tatsache geschuldet, dass kurz nach dem Mauerfall die angeordnete Akten-Vernichtung zwar leider größtenteils, aber immerhin nicht ganz gelang. Trotz aller „deutschen Gründlichkeit“ der DDR-Schlapphüte blieb so manches Dokument erhalten.

## Auftraggeber war die SED

Vorab der Hinweis auf die politische Verantwortlichkeit der DDR-Spionage in Form des „Ministeriums für Staatssicherheit“ (MfS), weil oftmals der Eindruck vorherrscht, dass die Stasi-Organe selbstständig handelnde Großorganisationen gewesen wären, die sozusagen von sich aus ihre Aktivitäten entfalteten. Mitnichten! Sie handelten mit ihren Spitzenrepräsentanten Erich Mielke und Markus Wolf ganz klar im Auftrag der „Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-

lands“, der SED, die heute – rechtlich identisch – in Form der „Linkspartei“ weiter besteht.

Das Buch behandelt in 15 Kapiteln, ergänzt durch ein Personen- und Sachregister sowie entsprechende Literaturhinweise, alle wichtigen Aspekte der generalstabmäßig durchgeführten Spionageoperationen. Schwan stellt wichtige Fragen im Vorwort: „Wo waren die Spitzel platziert? Wie gelangten sie an ihre Informationen? Wie war der Transport der Geheimberichte organisiert? Wie wurden die IM (Informelle Mitarbeiter) im ‚Operationsgebiet‘ – wie die Bundesrepublik hieß – angeworben und ausgebildet?“

Schon das Eingangs-Kapitel „Feindbild Adenauer“ belegt anschaulich die Startphase der DDR-Spionage seit Gründung der Bundesrepublik. Kanzler Konrad Adenauer (1949–1963) galt der SED/HVA als Inkarnation des hässlichen Westdeutschlands und des kapitalistischen „Klassenfeindes“ schlechthin. Vier Aktenordner über den CDU-Kanzler mit insgesamt rund 2500 Blatt standen dem Autor zur Verfügung.

## Desinformation des Geheimdienstes

Besonders perfide Desinformationsmaßnahmen der SED/HVA datieren beispielsweise aus Zeiten des Jahreswechsels 1959/60. Schwan: „Sie begannen mit braunen Schmierereien und antisemitischen Parolen – an der neu erbauten Kölner Synagoge, aber auch in Bayreuth, Hamburg, Offenbach und Göppingen.“ Ein Muster, das sich jahrzehntelang hinzog und selbst in der Schlussphase der

DDR noch eine Rolle spielte. Nach Einschätzung von Geheimdienstexperten sollten massenhaft von der Stasi vorge-täuschte Nazi-Aktionen die Berechtigung einer weiteren Existenz des SED-Staates begründen. Motto: Nur die DDR sei der einzig glaubhaft antifaschistische deutsche Staat. Auch bei heutigen rechtsextremen Propaganda- und anderen Delikten sollte ein möglicher nachrichtendienstlicher Hintergrund in Betracht gezogen werden, allerdings nicht nur aus der Ecke ehemaliger politischer Stasi-Zöglinge. Denn: Der permanente Nazi-Vorwurf, bisweilen begründet, oftmals aber als Täuschungsmanöver auftretend, dient vielen Interessen innerer und äußerer Kräfte zum Nachteil unseres Landes.

Weitere Kapitel beschäftigen sich mit voluminösen HVA-Aktionen, die Kanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU), Chef der ersten Großen Koalition, und seinen Minister Herbert Wehner (SPD) betrafen. Während Kiesinger mit seiner NSDAP-Vergangenheit propagandistisch „bearbeitet“ wurde, versuchte man den ehemaligen Kommunisten und späteren Sozialdemokraten Wehner „als feigen Verräter zu brandmarken“.

Ausführlich geht der Autor auf „Die Guillaume-Affäre“ ein, die im Mai 1974 zum Rücktritt von Kanzler Willy Brandt führte. Der über den rechten SPD-Flügel ins Kanzleramt aufgestiegene HVA-Agent Günter Guillaume, übrigens NSDAP-Mitglied seit dem 20. April 1944, war einerseits ein Spitzenerfolg nachrichtendienstlicher „Personalpolitik“, andererseits aber war der damit einhergehende Sturz von Brandt nicht im DDR-

Drehbuch vorgesehen, denn es folgte, wie das Kapitel 8 titelt: „Helmut Schmidt unter Beobachtung“. Der ehemalige Oberleutnant der deutschen Wehrmacht habe den Kurs, O-Ton HVA, „der SPD-Führung nach rechts gegen alle progressiven Kräfte sowohl innerhalb der Partei als auch gegen alle links- und fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland“ maßgeblich mit durchgesetzt. Ein im Amt gebliebener Kanzler Brandt wäre der SED sicherlich lieber gewesen.

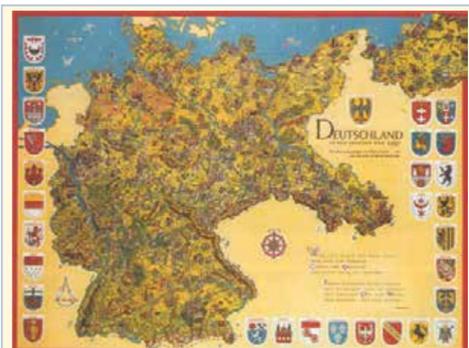
## Regierungswechsel nicht geplant

In den folgenden Ausführungen macht Schwan sehr detaillierte SED/HVA-Berichte aus dem Bonner Auswärtigen Amt bekannt, zitiert vielfältig aus der „Akte Genscher“. Er geht auf das „Spinnennetz der Bonner Diplomaten“ ein, widmet sich dem Kanzler der Einheit „Helmut Kohl – umzingelt von Verrätern“ und betrachtet durchschlagende HVA-Erfolge in der „Militärspionage in den Achtzigern“.

In einer Nachbemerkung gesteht der Autor: „Mich hat der unglaubliche personelle und vor allem finanzielle Aufwand der HVA-Spionage gegen die Bonner Republik oft fassungslos gemacht.“ Wer wollte ihm da widersprechen?



**Heribert Schwan:** „Spione im Zentrum der Macht. Wie die Stasi alle Regierungen seit Adenauer bespitzelt hat“, Heyne-Verlag, München 2019, gebunden, 384 Seiten, 24 Euro

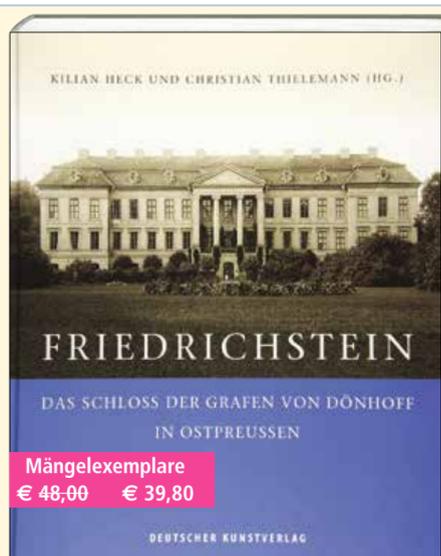


**Schmuckkarte – Deutschland in den Grenzen von 1937**  
Hunderte von Städten sind in dieser Karte mittels charakteristischer Bauwerke abgebildet, zwischen Flüssen, Seen, Wäldern, Wiesen, Meer und Gebirge. Ein Kunstwerk, das man stundenlang betrachten kann. Großformat 118 x 88 cm  
Nr. P A1505 Gebunden € 13,80

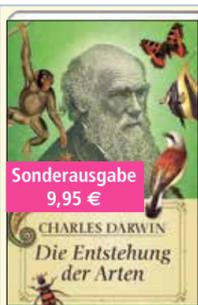


**Die schönsten Dorfgeschichten**  
50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit  
Sonderpreis € 6,95  
Ingrid Hantke  
Nr. P A1310 Geb. € 6,95

Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzugeberberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.



**Friedrichstein**  
DAS SCHLOSS DER GRAFEN VON DÖNHÖFF  
IN OSTPREUSSEN  
Mängelexemplare € 48,00 € 39,80  
DEUTSCHER KUNSTVERLAG  
Kilian Heck und Christian Thielemann (Hrsg.)  
Friedrichstein  
Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen  
Schloss Friedrichstein, im frühen 18. Jahrhundert als Familiensitz der Grafen Dönhoff erbaut, war eines der prächtigsten unter den Schlössern Ostpreußens. Die zweite Auflage von Friedrichstein bietet neben neu aufgetauchten Quellen (wie etwa dem Fluchtbericht des letzten Schlossbewohners Graf Dietrich Dönhoff) und einer Überarbeitung aller Texte unter Berücksichtigung aktuellster Forschungsergebnisse, drei neue Beiträge sowie eine digitale „Auferstehung“ des Schlosses im Rahmen des deutsch-polnisch-russischen Forschungsprojekts „Virtuelle Rekonstruktionen in transnationalen Forschungsumgebungen“ des Marburger Herder-Instituts. Zahlreiche neue Abbildungen, darunter digitale Rekonstruktionen der Schlossanlage in ihrer heutigen Umgebung, eröffnen einen Blick auf eine beinahe verloren gegangene Architektur und Inneneinrichtung. 380 Seiten  
Nr. P A1408 Gebunden € 39,80



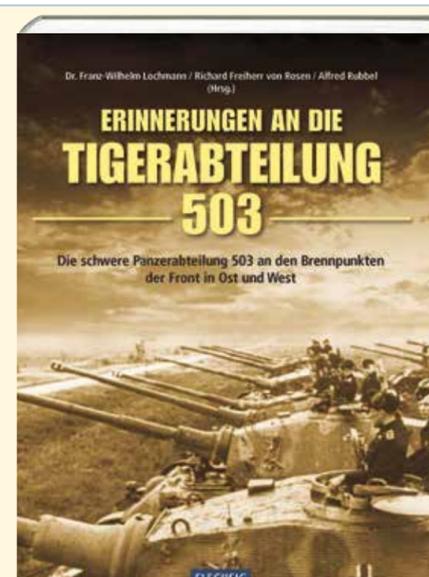
**Die Entstehung der Arten**  
Charles Darwin  
608 Seiten  
Gebunden  
Nr. P A1367 9,95 €

In seinem 1859 erschienen Werk revolutionierte Darwin (1809–1882) die bisherigen Vorstellungen in der Biologie von der Entstehung und Veränderung der Arten. Obwohl seine Kerngedanken nicht neu waren und vorher schon nicht selten ausgesprochen wurden, belegte er sie durch eine Fülle von Material, sodass er zu Recht als Begründer der wissenschaftlichen Evolutionstheorie angesehen werden kann. Es gilt als eines der am meisten gelesenen Bücher seines Jahrhunderts. Dieses Grundwerk der wissenschaftlichen Biologie erschien bis 1872 in 6 Auflagen, die Verbesserungen und Korrekturen des Autors enthielten. Der Leipziger Zoologieprofessor J. Viktor Carus (1823–1903), der mit Darwin in persönlichem Kontakt stand, fertigte eine neue Übersetzung an, die bis heute als Standardübersetzung des berühmten Werkes von Charles Darwin gilt.

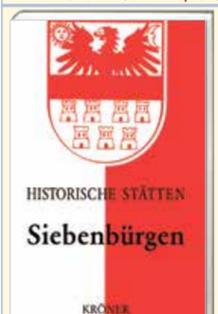


**Die Wikinger Saga**  
Rudolf Pörtner  
464 Seiten  
Gebunden  
Nr. P A1369 9,95 €

Rudolf Pörtner beschreibt die Wikingerzeit, wie sie wirklich war. Gestützt auf historische und archäologische Forschungen, zeichnet Rudolf Pörtner ein neues Bild der sagenhaften Nordmänner, deren Taten noch immer eine starke Faszination ausstrahlen. Neben den wegvagenden, abenteuerlichen Fahrten und Raubzügen der Wikinger beschreibt Pörtner die gesellschaftlichen und moralischen Strukturen der Wikingerwelt. Er berichtet über die Religion und das Totenritual der nordischen Völker, befaßt sich mit ihren Kunstschmiedewerken und Bildschnitzereien, ihrer Schiffsbaukunst und dem Aufbau und der Taktik der Heere.



**Erinnerungen an die Tigerabteilung 503**  
Die schwere Panzerabteilung 503 an den Brennpunkten der Front in Ost und West  
Dr. F.-W. Lochmann/R. Fr. von Rosen/Alfred Rubbel  
Dies ist die Geschichte der Tigerabteilung 503. Am 4. Mai 1942 als erste von zehn selbstständigen Tigerabteilungen aufgestellt, hatte sie am 30. Dezember 1942 ostwärts und westlich des unteren Don und am Manytsch ihre Feuertaufe zu bestehen. Im Februar 1943 auf volle Stärke aufgerüstet – 3 Kompanien mit insgesamt 45 Tiger-Panzern – nahm sie an der Abwehrschlacht im Donezgebiet teil. Verlegt in den Raum von Charkow, kämpfte die Abteilung an forderster Front beim Unternehmen „Zitadelle“, an der Invasionsfront in Frankreich, in Ungarn, in den Karpaten und nördlich von Wien. Bild- und Textband im Großformat. 948 Abb. 692 Seiten  
Nr. P 575779 Gebunden mit Schutzumschlag € 49,95



**Historische Stätten Siebenbürgen**  
380 Seiten/Gebunden  
Nr. P A1411 27,90 €

Das umfassende, alphabetisch nach Orten geordnete Nachschlagewerk zur Geschichte Siebenbürgens ist für den Regionalhistoriker unentbehrlich, für den historisch interessierten Reisenden ein zuverlässiger Begleiter und für die Siebenbürger Sachsen ein einzigartiges Erinnerungsbuch. Dr. Harald Roth war von 1993 bis 2007 Geschäftsführer des Siebenbürgen-Instituts in Gundelsheim am Neckar. 2007/2008 war er Mitarbeiter des Südost-Instituts (München/Regensburg). Seit Herbst 2008 ist er Südosteuropareferent am Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam. Er ist Verfasser und Herausgeber zahlreicher Bücher zur Geschichte Siebenbürgens, darunter „Kleine Geschichte Siebenbürgens“ und „Studienhandbuch Ostliches Europa“. 32 Karten und Stadtpläne.



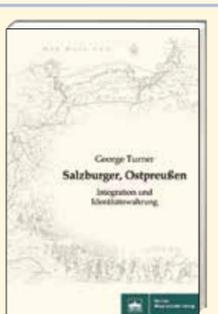
**Handbuch der Historischen Stätten Ost- und Westpreussen**  
284 Seiten/Gebunden  
Nr. P A1412 19,90 €

Der vorliegende Band erschließt den historischen Raum des ehemaligen Ost- und Westpreußen, das in der Neuzeit in Ost- und Westpreußen getrennt wurde. Er behandelt in Einzelabstimmungen alle Städte, geschichtlich bedeutende Orte, Flecken, Burgen, Klöster, Denkmäler, also allgemein die Schauplätze geschichtlicher Ereignisse. Besonders berücksichtigt wird die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung der großen Handelsstädte sowie die Geistesgeschichte, die in besonderem Maße die Einheit der geschichtlichen Entwicklung hervortreten lässt. Das Werk führt zu den Stätten und Denkmälern der Vergangenheit und vertieft so das Verständnis der Gegenwart. Dem Historiker, dem Landes- und Heimatforscher sowie den historisch interessierten Laien und Reisenden wird es sich als praktischer und anregender Begleiter erweisen.



**Über den Pregel**  
Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten  
Gerhard Bahr (331 Seiten)  
Kartiert  
Nr. P A1119 16,80 €

Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharte zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergründigkeit humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz“ mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Gesichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.



**Salzburger, Ostpreußen Integration und Identitätswahrung**  
128 Seiten/Kartiert  
Nr. P A1187 19,95 €

Professor Turner widmet sich den Lebensverhältnissen der „Salzburger“ in der Zeit 1732–1944/45 in Ostpreußen und deren Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens in unterschiedliche Länder nach 1945 zu fördern. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Themen „Integration“ und „Bewahrung der Herkunft“ durch die einzelnen Kapitel. Es zeigt sich, dass in der bisherigen Darstellung des Schicksals der „Salzburger“ manches sehr summarisch, gelegentlich auch zu euphorisch behandelt wurde. Das gilt vor allem für ihr Verhältnis zu der bereits im Siedlungsgebiet ansässigen Bevölkerung. Auch wenn die vorliegende Darstellung viele Aspekte berücksichtigt, das Thema „Salzburger und Ostpreußen“ ist noch längst nicht abgeschlossen.



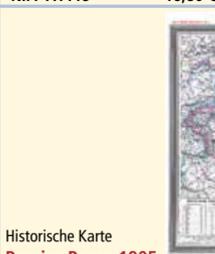
**Handbuch der historischen Stätten Schlesien**  
832 Seiten/Gebunden  
Nr. P A1413 27,90 €

Dieses Handbuch beschreibt in alphabetisch angeordneten Artikeln 531 Städte, Marktflecken, Burgen, Klöster und Adelsitze, an denen sich geschichtliches Leben verdichtet hat. Die geschichtliche Einführung und ein ausführlicher Anhang mit Stammtafeln, Bischofslisten, Glossar, Literaturverzeichnis, Personenregister und Gebietskarten machen den Band zu einem umfassenden Nachschlagewerk zur Lokal- und Landesgeschichte Schlesiens von der Frühzeit bis zur Gegenwart. Für den Fachhistoriker eine erste Einführung, für den historisch interessierten Reisenden ein unentbehrlicher Begleiter. 34 Karten und Stadtpläne. Dr. Hugo Weckerka, geboren 1930, ist Historiker und war bis 1995 Direktor des Gottfried Herder-Instituts in Marburg/Lahn. Er hat insbesondere Arbeiten zur Geschichte Rumäniens, der Hanse und Schlesiens veröffentlicht.



**Reichskanzler von Bülow**  
Architekt der deutschen Weltpolitik  
Gerd Fesser  
Früher € 24,80  
Jetzt € 9,99  
256 Seiten/Taschenbuch  
Nr. P A1444 9,99 €

Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929) zählt zu den schillerndsten und umstrittensten Persönlichkeiten der wilhelminischen Kaiserzeit. Nach dem Urteil von Zeitgenossen war er ehrgeizig und auf dem gesellschaftlichen Parkett außerordentlich gewandt. Bereits mit 24 Jahren trat er in den diplomatischen Dienst ein. Er war von 1893 bis 1897 Botschafter in Rom, anschließend drei Jahre Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (Außenminister) und danach bis 1909 Reichskanzler sowie preußischer Ministerpräsident. Bülow gilt als der Architekt der deutschen „Weltpolitik“. Vor dem Panorama des Kaiserreiches beleuchtet der Historiker den Lebensweg und die Politik Bülows. Die umfassende Biographie liefert ein ausgewogenes, lebendiges Charakterbild dieses bedeutenden Mannes.



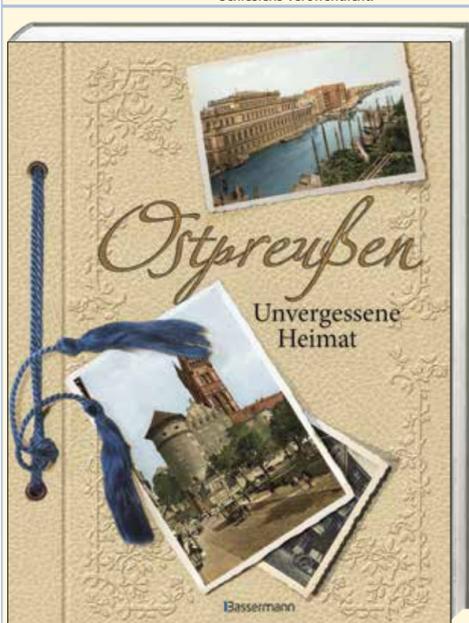
**Historische Karte Provinz Posen 1905**  
Das Großherzogtum Posen war eine der Provinzen des Königreichs Preußen, welche von 1815 bis 1920 bestand. Die vorliegende Karte zeigt die Provinz um 1905. Sie gehörte ab 1871 zum Deutschen Reich. Die Fläche der Provinz wird auf der Karte mit 28.958 qm\* ausgewiesen, dabei beanspruchte der Regierungsbezirk Posen lediglich 17.508,9 qm\*. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Darstellung 10% vergrößert zum Original. Kartograph: Friedrich Handtke (1815 bis 1879). Außenformat 64 x 86cm, Darstellungsgröße 62,2 x 83,1cm.  
Nr. P A1472 Historische Karte 19,95 €

Der Jahrgang 1937 hat viel erlebt. An die Hitlerzeit mit Bombennächten und Ruinen in Anklam an der Peene kann sich Jürgen Zils noch sehr gut erinnern. Unvergessenes Elend auf den Landstraßen und immer wieder Hunger haben sich tief in sein Gedächtnis eingegraben. Trotz widriger Verhältnisse hatte ich eine spannende und aufregende Kindheit mit vielen schönen Erlebnissen, Freundschaften, Abenteuern und Freuden in der Natur. Eine gehörige Portion Glück im Leben, trotz mancher Härten, lässt ihn zufrieden zurückblicken. Auch wenn er als Bürger der DDR die große Welt nicht sehen konnte, so konnte er doch auf zwei und später auf vier Rädern die „kleine Welt“ sehr intensiv kennenlernen. In aller Ruhe schrieb Jürgen Zils seine Erinnerungen auf, damit seine Enkel nachlesen können, wie es früher war.



**Ein langer unbarmherziger Weg nach einer schönen Kindheit**  
114 Seiten/Kartiert  
Nr. P A1128 13,90 €

Vertreibung, Flucht und ein Wiedersehen der schönen Heimat nach 59 Jahren. Ostpreußen – Schwarzwald und zurück. Geliebtes Ostpreußen! Aus dem Nachlass Ihrer Mutter hat die Autorin die wohl eindrucksvollsten Momente deren Lebens sortiert und festgehalten. Nicht nur Vertreibung, Flucht und Grauen hat die Menschen damals geprägt sondern auch eine wunderbare und freie Kindheit mit einer unauffälligen Liebe zur Heimat und letztendlich ein freudvolles Wiedersehen. So vieles wäre noch zu erzählen gewesen!



**Ostpreußen Unvergessene Heimat**  
1.000 Bildern  
Ewald Lindner  
Ostpreußen  
Unvergessene Heimat in 1.000 Bildern  
Es liegt in der Natur des Menschen, dass er nach seinen Wurzeln sucht und wissen möchte, wo er herkommt. Dieser großformatige, opulente Bildband versucht in über 1.000 alten Fotos und Postkarten die Sehnsucht nach der alten Heimat zu stillen. Die Reise in die Vergangenheit führt in die einstigen Regierungsbezirke und Landkreise und zeigt das beschauliche Leben in den Städten und Dörfern Ostpreußens. Zu jedem Gebiet gibt es eine kulturhistorische Einführung und Karten erleichtern es dem Leser, sich zurechtzufinden. 336 Seiten im Großformat.  
Nr. P A1515 Gebunden € 14,99



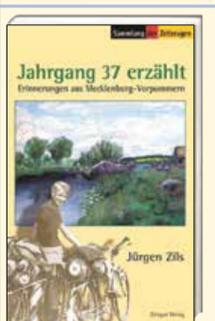
**Im Konsum gibts Bananen**  
Alltagsgeschichten aus der DDR  
Ingrid Hantke  
320 Seiten/Kartiert  
Nr. P A1442 13,90 €

Nicht nur vom Schlangengestein und von Urlaubsfreuden wird in diesem Buch erzählt. Begebenheiten aus mehr als 40 Jahren lassen eine lebendige Zeitreise entstehen. Authentisch, amüsant und leider oft auch bitter geht es durch den sozialistischen Alltag. Spannend wird es in manchen Geschichten, wenn die allgegenwärtige Staatsmacht uniformiert oder als Stasi-Mitarbeiter auftaucht. Wer im Osten aufgewachsen und gelebt hat wird sich mit Schmunzeln an ähnliche Begebenheiten zurückerinnern. Es geht um die ganz einfachen Dinge wie das Einkaufen, Urlaubsreisen oder die alltäglichen Geschehnisse. Die Erzählungen berichten ohne jede Verklärungen vom alltäglichen Leben in der DDR.



**Königspastete & Schusterstippe**  
Das große Küchenmagazin  
Sandra Lembke  
Königspastete & Schusterstippe  
232 Seiten/Kartiert  
Nr. P A1312 14,95 €

Eine Koch- und Kulturgeschichte von 1750 bis 1918 mit Selbstexperimente Gefüllte Hahnenkämme bis Vandalenwasser – eine kulinarische Zeitreise. Autorin Sandra Lembke greift in die Rezept-Kiste von königlichen Starköchen, Hof-Traiteurs und Kochbuchautorinnen der letzten Jahrhunderte, sie brutzelt, dünstet, bäckt und vor allem – sie kostet alles für ihre Leserinnen und Leser – von der Großherzogin-Suppe Potage à la Grand-Duchesse bis hin zum Albert-Biscuit. Und auch beim Trinken geht es außergewöhnlich zu: Husarenkaffee, Eichelbranntwein und Vandalenwasser. Neben unzähligen Gerichten und Getränken vom Hof bietet das Buch erprobte Rezepte aus der Küche des Volkes – nicht minder interessant zu lesen und zum selbst einmal zu versuchen.



**Jahrgang 37 erzählt**  
Erinnerungen aus Mecklenburg-Vorpommern  
Jürgen Zils  
228 Seiten/Kartiert  
Nr. P A1441 16,90 €

Der Jahrgang 1937 hat viel erlebt. An die Hitlerzeit mit Bombennächten und Ruinen in Anklam an der Peene kann sich Jürgen Zils noch sehr gut erinnern. Unvergessenes Elend auf den Landstraßen und immer wieder Hunger haben sich tief in sein Gedächtnis eingegraben. Trotz widriger Verhältnisse hatte ich eine spannende und aufregende Kindheit mit vielen schönen Erlebnissen, Freundschaften, Abenteuern und Freuden in der Natur. Eine gehörige Portion Glück im Leben, trotz mancher Härten, lässt ihn zufrieden zurückblicken. Auch wenn er als Bürger der DDR die große Welt nicht sehen konnte, so konnte er doch auf zwei und später auf vier Rädern die „kleine Welt“ sehr intensiv kennenlernen. In aller Ruhe schrieb Jürgen Zils seine Erinnerungen auf, damit seine Enkel nachlesen können, wie es früher war.



**Frühe Ansichten Ost- und Westpreußen**  
Die frühen Lithographien aus Ost- und Westpreußen überliefern das Aussehen von Orten und Landschaften dieser östlichen Kernprovinzen des Königreichs Preußen. Das erwachte romantische Interesse an Land und Leuten und die malerischen Qualitäten der damals noch ganz jungen Technik des Steindruckes ergänzen sich in idealer Weise. Viele der Zeichner und Lithographen, die diese Ansichten schufen, gehören zur ersten Generation der durch die gegen 1800 entstandenen staatlichen Kunstschulen in Königsberg und Danzig gegangenen Künstler. 144 Seiten  
Nr. P A1229 Kartiert € 4,99

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:  
**RAUTENBERG Buchhandlung**  
in der Verlagshaus Würzburg  
GmbH & Co. KG  
Beethovenstraße 5 B  
97080 Würzburg  
Telefon 09 31/46 58 89-12  
Telefax 09 31/46 58 89-29  
Email info@rautenberg-buch.de  
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....  
Straße/Nr. .... Telefon .....  
PLZ/Ort .....  
Datum ..... Unterschrift .....

## ● AUFGESCHNAPPT

Sind viele positive Corona-Tests gar nicht so „positiv“, wie das Ergebnis glauben macht? Michael Mina, Epidemiologe an der US-Elite-Uni von Harvard, hat herausgefunden, dass die gängigen PCR-Tests auch bei Testanten positiv anschlagen, deren Viruslast so verschwindend gering ist, dass sie weder krank werden noch jemand anderen anstecken könnten. Nach einer Untersuchung von Fällen in den US-Bundesstaaten New York, Massachusetts und Nevada kam Mina zu dem Schluss, dass bis zu 90 Prozent der „positiven“ Testergebnisse in diese ungefährliche Kategorie fallen, wie die „New York Times“ berichtet. Die Untersuchungsergebnisse erklären womöglich, warum beispielsweise in Deutschland trotz einer jüngst gestiegenen Zahl von Positiv-Testungen die Menge der „mit Corona“ Gestorbenen ebenso wie die der Covid-Patienten in Krankenhäusern auf niedrigstem Niveau stabil blieb. Darüber hinaus nehmen die Positiv-Resultate natürlich auch wegen der rapiden Zunahme der Testungen insgesamt zu. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Malte Lehming weist im „Tagesspiegel“ (1. September) die Kritik an den „Querdenken“-Demonstranten zurück, sie hätten sich mit den „Falschen“ gemeingemacht:

„Muss jemand auf sein Versammlungs- und Demonstrationsrecht verzichten, um nur ja nicht Beifall von der falschen Seite zu bekommen? Das ist die Logik derer, die sich in einem Kampf wähen. ... Dissens gilt als Rebellion. Das Argument, jemand provoziere mit seiner Ansicht den Beifall von der falschen Seite, tendiert ins Totalitäre. Es dient der Disziplinierung und verhindert die sachliche Auseinandersetzung.“

Susanne Gaschke legt in der „Welt“ (7. September) eine unerfreuliche Entdeckung frei, die sie im Zuge der Corona-Maßnahmen machen musste:

„Darüber hinaus finde ich aber, dass die Phase des Ausnahmezustands wieder einmal Aspekte unserer Mentalität hervorgebracht hat, die unerfreulich sind. Wie gerne spielen manche Deutsche Hilfspolizist! Wie verliebt sind viele hierzulande in die neuen Regeln, Vorschriften, Protokolle, Verbote!“

Angela Spelsberg, Ärztin, Epidemiologin und Ex-Frau von SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach, stellte gegenüber RTL (5. September) die rund 9000 mit dem Coronavirus gestorbenen Deutschen den 25.000 Grippetoten von 2018 gegenüber:

„Die Pandemie ist abgeklungen bei uns ... Wir haben steigende Test-Positiv-Zahlen, weil wir Massentestungen unstandardisiert vornehmen ... Nicht der Lockdown hat dazu geführt, dass sich die Infektionsausbreitung abgremst hat ..., sondern unser Immunsystem hat das vermocht. Im Vergleich zu den üblichen saisonalen Grippewellen, die wir ja jährlich erleben, ist das Coronavirus in die Reihe der moderaten bis milden Grippe-Erkrankungen einzuordnen.“

Gunnar Schupelius kauft Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nicht ab, dass er erst jetzt erkenne, dass Corona nicht so gefährlich sei, wie lange von der Politik behauptet. In der Berliner „B.Z.“ (3. September) schreibt er:

„Spahn stellt die Geschichte nicht richtig dar, wenn er behauptet, man habe es im März nicht besser wissen können ... Als (Charité-) Prof. (Stefan) Willich am 17. August die Ansicht vertrat, dass die Konzertsäle wieder voll besetzt werden könnten, da wurde er nicht nur überhört, sondern von Kollegen und Politikern regelrecht niedergemacht ... Die Politiker haben die Lust am Verboten entdeckt, während ganze Branchen vor dem Abgrund stehen und die Menschen vereinsamen und ohne Arbeit sind. Der Notstand wird zur Normalität umgebaut.“

## ● WORT DER WOCHE

„Ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden.“

Otto v. Bismarck, (1815–1898), Reichskanzler (1871–1890) und Preußischer Ministerpräsident (1862–1890)

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Pleite nach Plan

Warum uns Joe Biden an Heinrich Lübke erinnert, und was Wolfgang Schäuble tatsächlich vorhat

VON HANS HECKEL

S tellen wir uns kurz mal vor, Joe Biden, der Staatschef der USA werden will, wäre nicht in der Demokratischen Partei – sondern in der falschen, also in der von Amtsinhaber Donald Trump. Wie die Medien dann wohl mit dem Herausforderer umgingen? Die Amis können nur rätseln, wie das aussähe. Wir Deutsche nicht, denn wir hatten Heinrich Lübke, dessen Demenzerkrankung die letzten Jahre seiner Präsidentschaft überschattete und der daher eine unerschöpfliche Quelle für Häme bereithielt. Linke Medien lachten sich tot über echte und erfundene Fehlleistungen des armen Kerls.

Was das mit Biden zu tun hat? Dazu nur zwei Zitate des Kandidaten. So entzückte er die Vereinigung der Asiaten und Latinos in Iowa mit der ebenso sozialen wie antirassistischen Einlassung: „Arme Kinder sind genauso klug und genauso talentiert wie weiße Kinder.“ Ein wahrhaft echter „Lübke“, nicht wahr? An anderer Stelle wollte er wohl den Vorwurf entkräften, er sei ein totaler Gegner des privaten Waffenbesitzes, als Biden adierte: „Ich habe drei Jagdgewehre, mein Sohn hat drei Jagdgewehre, also haben wir zusammen fünf Jagdgewehre.“

Mit Zahlen hat er es nicht so, wie sich in Netzvideos seiner Auftritte mannigfach bestaunen lässt. Mit Namen aber auch nicht, so verwechselt Biden schon mal Angela Merkel mit Margret Thatcher oder die Bundesstaaten New Hampshire und Vermont.

Aber, wie gesagt: Zum Glück schützen uns unsere Medien vor derart bizarren Nachrichten, sie passen nicht ins Bild des „Hoffnungsträgers“ und würden uns nur verwirren. Was hätten die US-Demokraten auch machen sollen? Das freundliche Zwickern in Richtung „Black Lives Matter“ und Antifa lässt uns schwer erkennen, dass die Partei-Elite so scharf nach links gerückt ist, dass es die Mehrheit der US-Wähler schütteln dürfte. Also musste einer her, der nach „Mitte“ riecht, da war der greise Biden genau der Richtige. Den kennen die Leute, den wählen sie auch.

Später können die Parteigranden den alten Mann als atmende Pappkulisie über die Bühne schieben, derweil ganz andere Figuren die Fäden ziehen und Politik machen, ob nun für Vermont, New Hampshire oder den ganzen Rest des Landes. Und sollte Präsident Biden unsere Kanzlerin mal mit „Dear Mag-

gie“ begrüßen, wird auch die „Tagesschau“ behutsam darüber hinwegsenden. Wozu gibt's Schneidetische?

Dass Biden gewählt wird, liegt im ureigenen deutschen Interesse. Denn wie wir hören, schiebt Trump einen ausgemachten Feind Deutschlands auf den Botschafterposten in Berlin. Die US-Opposition ist ernsthaft besorgt, die Berufung von Douglas Macgregor werde die deutsch-amerikanischen Beziehungen ernsthaft beschädigen. Anlass für die Befürchtungen sind Zitate, die wir hier bereits in der PAZ 33/20 abgedruckt hatten.

Dort hatte Macgregor uns eine „kranke Mentalität“ bescheinigt, weil wir Deutsche immerfort auf die Jahre der NS-Herrschaft fixiert seien und die übrigen 1500 Jahre unserer Geschichte kaum noch wahrnähmen. Dabei habe Deutschland „in Mitteleuropa eine entscheidende Rolle bei der Verteidigung der westlichen Zivilisation“ gespielt. Auch wirft er Berlin vor, statt seine Militärausgaben zu steigern lieber kostenlose staatliche Leistungen für „Millionen unerwünschter muslimischer Eindringlinge“ anzubieten.

Ein Finsterling mit solchen Ansichten wird das ohnehin brüchige Ansehen der USA bei den Deutschen ruinieren. Also zumindest bei jenen Deutschen, die in den Talkshows sitzen. Und nur auf diese Deutschen kommt es schließlich an.

Halten wir Biden die Daumen, denn wenn er gewinnt, wird er diesen Macgregor gewiss gleich entsorgen und ersetzen durch jemanden, der bei der weisen Führung dieser Republik wieder gut ankommt, weil er etwa bei jedem Gedanken an deutsche Grenzkontrollen vor Rassismus warnt – nicht ohne Hinweis auf die zwölf Jahre.

Mit dem „Hinweis“ haben wir den Deutschen ja auch einen Gutteil ihrer Ergebnislosigkeit gegenüber der Europäischen Union eingefloßt. Da soll jetzt noch mal richtig Schwung reinkommen, und zwar dank der Corona-Krise. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble macht es ganz klar: „Wir dürfen die Chance nicht verpassen“, im Schatten von Corona die europäische Schuldenunion einzuführen.

Denn wegen Corona sind die Deutschen abgelenkt, und bei all den Hilfsmilliarden guckt eh keiner mehr genau hin. In der Schuldenunion werden die Schulden gemeinschaftlich aufgenommen. Egal, wer das Geld wie investiert oder verprasst, am Ende haften alle zu festgelegten Anteilen, wobei der deutsche natürlich der größte sein wird.

Ein neuer US-Botschafter, der von den historischen Leistungen der Deutschen schwärmt? Für Berlin unerträglich



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Funktioniert denn das? Ja sicher funktioniert das. Der renommierte Ökonom Thomas Mayer hat erklärt, wie: Stellen Sie sich vor, zehn Arbeitskollegen gehen zusammen essen. Jeder bestellt, was er will, vom opulenten Menü für 100 Euro bis zum Süppchen mit Wasser für acht Pfennig. Am Ende jedoch wird beschlossen, dass man die Rechnung zusammenlegt, weil das viel gerechter und solidarischer sei, und jeder den gleichen Anteil zahlt.

Kurz darauf gehen sie wieder essen, nur dass jetzt alle Bescheid wissen, wie gespielt wird. Ergo lässt jeder groß auffahren, weil schließlich keiner der Gelackmeierte sein will wie der mit dem Süppchen beim ersten Mal. Wie das endet? Ganz einfach: Irgendwann sind alle pleite.

Aber so weit sind wir noch nicht. Zunächst einmal heißt es, aus dem Vollen zu schöpfen, und zwar endlich ganz ohne Reue. Denn wenn eine nationale Regierungspartei nationale Schulden aufnimmt, um ihre Wähler zu bestechen, weiß sie: Die Schulden von heute erzwingen die schmerzhaften Kürzungen von morgen. Wähler mögen aber keine Kürzungen und rächen sich an der Urne, weshalb dem Schuldenmachen Grenzen gesetzt sind. Weiß dagegen die italienische Regierung (nur als Beispiel), dass ihre Schulden zum Großteil von anderen, hier hauptsächlich von den Deutschen, getragen werden, weicht die Furcht. Denn deutsche Bürgerwut kann Rom egal sein, die Deutschen haben ja am Apennin gar kein Wahlrecht.

Bleibt jedoch das Problem, dass diese Party unweigerlich in der Pleite endet. Sieht denn der Schäuble das nicht? Aber natürlich sieht er das, der alte Fuchs!

Sobald sich der kollektive Bankrott zeigt, wird es nicht etwa heißen: War nix, jetzt muss jeder wieder für sich Verantwortung tragen, weil er sonst gar keine mehr zeigt. Nein, dann werden Schäuble und die Seinen feststellen, dass „der Nationalstaat offensichtlich ausgedient hat“, und nun die Fiskalhoheit, von ein paar Bröckchen abgesehen, ganz und gar auf Brüssel überzugehen habe. Das Scheitern ist somit Teil des Plans! Dann ist er endlich da, der EU-Zentralstaat, in dem nicht mehr Völker und demokratisch gewählte Parlamente das Sagen haben (sollten), sondern die EU-Bürokratie mit ihren Lobbyisten der Kartelle und Nichtregierungsorganisationen. Die „Corona-Krise“ wird wohl so lange dauern müssen, bis dies erreicht ist. Bis dahin heißt es: Maske auf, Mund zu!